Massenmörder bleiben unbehelligt S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 13. Juli 2013 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Deutschland als Handlanger fremder Mächte? Der jetzige Abhörskandal belebt alte Befürchtungen neu

Bild: action press

Land minderen Rechts

NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?

Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.

Wie beiläufig tritt zutage, dass die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern dass zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch – so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ von mehreren geheimen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren Andeutungen rufen die sagenumwobene „Kanzlerakte“ in Erinnerung: Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, dass alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgehbar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen „Unterwerfungsbrief“, wie Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ enthüllte hat.

> Egon Bahr enthüllte 2009 die Existenz der »Kanzlerakte«

Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die „Kanzlerakte“ ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. „Freunde abhören geht gar nicht“, empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: „Keine Bundesregierung kann akzeptieren, dass wir ein Land minderen Rechts sein sollen.“ Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?

Für den Status „minderen Rechts“ spricht, dass deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.

Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, dass ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinters Licht führen. Um dem zu begegnen, muss Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfsprüche. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ad absurdum

Da ist ein Mann, der die Todesstrafe riskiert, um die Freiheitsrechte des Individuums auch in Deutschland zu schützen. Und was tut die Bundesregierung, um Edward Snowden zu schützen? Nichts. Die genannten Gründe für die Ablehnung seines Aufnahmegesuchs sind erbärmlich, ja geradezu absurd. Mit diesen Argumenten hätte die Bundesrepublik seinerzeit auch die Aufnahme von Alexander Solschenyzin oder DDR-Häftlingen ablehnen können. Zudem wird sonst bald jeder mit offenen Armen empfangen, der nur laut genug „Asyl“ ruft. Das gilt selbst für denjenigen, der in seinem Heimatland gar keine Verfolgung zu befürchten hat, der als Wirtschaftsflüchtling zu uns kommt oder auch einfach nur den deutschen Sozialstaat ausnutzen will. Und selbst derjenige, dessen Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde, wird oftmals weiter geduldet und durchgefüttert. Für den Mann aber, der das weltumspannende US-Schnüffelsystem entlarvt hat und damit für genau die Werte eintritt, die unsere demokratische Gesellschaft auszeichnen, bleibt die Tür geschlossen.

Die Empörung der Bundesregierung über die US-Geheimdienstaktivitäten war von vornherein nichts als Theaterdonner. Nun, nachdem die Regierung den Bemühungen der USA, Snowdens habhaft zu werden, auch noch durch Nichtstun Vorschub leistet, ist sie überdies noch scheinheilig. Nicht minder peinlich ist das beflissene Verhalten anderer Regierungen, die sogar Überflugrechte verwehren, um Snowdens Flucht in ein sicheres Land zu verhindern. Der Fall zeigt, wie hörig sie den USA sind. So hörig, dass sie bereitwillig Europa als Wertegemeinschaft ad absurdum führen.

Kleines großes Vorbild

Litauen übernimmt als erste Baltenrepublik EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat mit Litauen eines der jüngsten EU-Mitglieder die EU-Ratspräsidentschaft für sechs Monate übernommen. Eine kurze Zeit, in der das Land herausgefordert ist, Akzente zu setzen. Während Kritiker befürchten, dass es noch zu unerfahren sei, um Verhandlungen in großem Rahmen erfolgreich zu führen, sieht Präsidentin Dalia Grybauskaite sich gut gerüstet. Schließlich durchlief sie verschiedene politische und diplomatische Stationen in Brüssel und Washington und übernahm nach dem Beitritt ihres Landes zur EU 2004 unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Verantwortung für Finanzprogramme.

In den vergangenen 20 Jahren hat Litauen nach dem Übergang von der sowjetischen Plan- zur Marktwirtschaft große Veränderungen gemeistert. Nach einem Einbruch in

> Erfolgreiche Sparpolitik zu Hause

der Übergangsphase bis 1993 erholte sich die litauische Wirtschaft zunächst, doch aufgrund der Krise in Russland folgte eine Rezession. Durch den Beitritt zur EU erholte sich die Wirtschaft wieder. Die von den USA ausgehende Finanzkrise von 2008 beendete den Aufschwung abrupt. Zudem belastete die Abwanderung der jungen, mobilen und gut ausgebildeten Bevölkerung in die Länder Westeuropas das Land. Grybauskaite, auch Litauens „Eiserne Lady“ genannt, gelang es, mit einem strikten Sparkurs seit 2009 die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Heute liegt die Staatsverschuldung Litauens bei 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (im Vergleich: Deutschland 81 Prozent). Themen, die Grybauskaite während ihrer EU-Ratspräsidentschaft voranbringen will, sind Energiesicherheit sowie die Nachbarschaftspolitik der EU gegenüber den östlichen Staaten Ukraine, Weißrussland, aber auch Georgien und Armenien.

M. Rosenthal-Kappi

(siehe Kommentar Seite 8)

Wettlauf mit der Zeit

Berlin hofft, dass Euro-Krise erst nach der Wahl wieder aufbricht

Ein neuer Schuldenschnitt für Griechenland? „Ich sehe das nicht“, wehrt Angela Merkel ab. Wirklich? In Wahrheit „sieht“ die Kanzlerin die Gefahr eines weiteren Schuldenerlasses für Athen nur zu klar und weiß, was das für sie bedeuten könnte: Im schlimmsten Falle müsste Deutschland auf geschätzt bis zu 45 Milliarden Euro verzichten, 30 Milliarden direkt aus der Staatskasse und 15 Milliarden von der staatseigenen Bank KfW.

Griechenland ist nicht der einzige Brennpunkt, der in Berlin so kurz vor der Bundestagswahl für erhebliche Nervosität sorgt. Auch Portugal und Zypern machen wieder Schlagzeilen. Es erweist sich, dass mit den letzten Rettungsmaßnahmen wieder nur Zeit gekauft wurde. Die Kanzlerin weiß, dass einige sehr, sehr unangenehme Nachrichten kommen werden.

> Druck auf AfD Zeichen steigender Nervosität

Nun geht es ihr offenkundig nur noch darum, die Stunde der Wahrheit auf die Zeit nach dem Wahltag am 22. September zu verschieben.

Unterdessen verschärfen regierungsfreundliche Medien den Druck auf die Euro-kritische „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dabei werden alle Register gezogen, um die Neuen in den Ruch einer Rechtsaußenpartei zu bringen. So wurde etwa Ulrich Wlecke, Platz vier auf der AfD-Landesliste NRW und damit aussichtsreicher Kandidat für den Bundestag, vorgeworfen, in den 80er Jahren kurze Zeit Mitglied der Republikaner gewesen zu sein. Dass dies bald ein Vierteljahrhundert her ist und Wlecke danach viele Jahre CDU-Mitglied war (wo die Republikaner-Zeit keine Rolle spielte), bleibt unbeachtet.

Aus solchen und ähnlichen Kampagnen spricht Unsicherheit. Unsicherheit, die vermutlich unmittelbar mit anstehenden Hiobsbotschaften von der Euro-Front zusammenhängt. *H.H.*

MELDUNGEN

BdV sieht sich diskriminiert

Stuttgart – Der Bund der Vertriebenen (BdV) sieht mit dem neuen SWR-Rundfunkstaatsvertrag vom 3. Juli den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 im Grundgesetz verletzt. „Bestimmte neue Minderheitengruppen werden auf Kosten der seither vertretenen deutschen Heimatvertriebenen aufgenommen, ohne dass dafür überzeugende und zwingende Gründe ersichtlich sind“, kritisiert der BdV. Ab 2014 sollen erstmals Muslime sowie Sinti und Roma dem 74-köpfigen Kontrollgremium angehören und der BdV soll sich künftig seinen Sitz mit der Europa-Union teilen. Hierzu der BdV: „Die formale Gewährung eines Sitzes, den der BdV mit der Europa-Union teilen muss, kommt in der Praxis dem Ausschluss der deutschen Heimatvertriebenen von der Arbeit im Rundfunkrat des SWR gleich, zumal die Aufgaben und Wirkungsbereiche beider Verbände zu verschieden sind, um eine sinnvolle praktische Medienarbeit zu ermöglichen.“ Auch spricht der BdV von einer Ausgrenzung von fast einem Drittel der Bevölkerung Baden-Württembergs, die einen Vertreibungshintergrund habe. *Bel*

Dachverband entlastet

Hamburg – Das Bundestreffen des Allgemeinen Pennäler Rings, einem Zusammenschluss von 13 Schülerburschenschaften, sorgte am vergangenen Wochenende in Hamburg für einen Polizeieinsatz, da über 120 überwiegend linke Demonstranten gegen die Versammlung demonstrierten. Im aktuellen Bericht des Hamburger Verfassungsschutzes wird die „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“ allerdings auch als Vereinigung bezeichnet, die „deutliche Bezüge zum Rechtsextremismus aufweist“. Anders hingegen der Dachverband der Deutschen Burschenschaften (DB). Auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bekundete die Bundesregierung, dass der DB aus ihrer Sicht nicht verfassungsfeindlich sei. Es gäbe „keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine antidemokratische Gesinnung des Dachverbandes“, so die Bundesregierung. *Bel*

Beklemmende Bilanz

Finanzminister Schäuble feiert seine Leistungen beim Schuldenabbau, doch die Fakten sprechen gegen ihn

Mit der Bundestagswahl am 22. September könnte die Amtszeit von Wolfgang Schäuble beendet sein. Mit Blick darauf, wer anstelle Schäubles für die Opposition als potenzieller Finanzminister gehandelt wird, dürfte bei vielen Wählern das Gefühl aufkommen, zwischen der sprichwörtlichen Pest und Cholera wählen zu müssen.

Als Finanzminister Schäuble Anfang Juli die Finanzplanung bis zum Jahr 2017 vorlegte, war eine Form von Selbstlob nicht zu überhören. „Wir haben damit wesentlich mehr erreicht als alle Beobachter am Anfang der Legislaturperiode für möglich gehalten hätten“, so Schäuble. Schaut man genauer hin, ist bei dem Erreichten viel Glück und weniger eigene Leistung erkennbar. Profitiert hat Schäuble zum einen von den extrem niedrigen Zinsen für Kredite des Bundes. Der Hauptgrund dafür, dass Schäuble bisher besser als viele seiner Amtskollegen in der Euro-Zone über die Runden gekommen ist, ist aber ein anderer: Bund und Länder haben Rekordeinnahmen an Steuern. Allein für das laufende Jahr gehen die Steuerschätzer von einem Gesamtaufkommen von über 615 Milliarden Euro aus. Freuen kann sich Schäuble noch über einen anderen Rekord: Die Arbeit von Steuerfahndern hat im Jahr 2011 erstmals mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich in die Staatskasse gebracht.

Spielraum, angesichts der üppig fließenden Einnahmen durch Steuersenkungen die Bürger zu entlasten, sieht Schäuble dennoch nicht. Der Wille, unnötige Subventionen abzuschaffen, ist genauso wenig erkennbar. Auch bei dem, was Schäuble der Öffentlichkeit als erfolgreichen Konsolidierungskurs verkaufen will, kann den Bürgern nur Angst und Bange werden: Ende März stand allein der Bund mit rund 1286 Milliarden Euro in der Kreide. Länder und Kommunen erhöhten den staatlichen Schuldenberg um weitere 770 Milliarden Euro. Hinzu kommt eine Zeitbombe in Schäubles Hinterlassenschaft, deren Brisanz noch gar nicht einzuschätzen ist: Milliardenüberweisungen, Bürgschaften und geduldete Rechtsbrüche im Zuge der „Euro-Rettung“.

Ausmaß und Risiken der Verpflichtungen, die der von vielen Medien als „letzte überzeugte Europäer“ bezeichnete Minister eingegangen ist, werden wahrscheinlich erst im Laufe der Zeit voll absehbar sein. Auch die eingegangene „Schuldenbremse“ dürfte sich noch als böse Überraschung herausstellen. Korrekterweise handelt es sich nämlich um eine „Defizitbremse“. Der gewichtige Unterschied: Bestimmte Zahlungen, wie etwa an

> Straßenbau ist schlecht, Euro-Rettung gut

den Euro-Rettungsfonds ESM, sind de facto neue Staatsschulden, aber sie sind nicht defizitwirksam. Im Klartext: Deutsche Straßen und Universitäten werden künftig verfallen, um die Regeln der Schuldenbremse einzuhalten. Milliardentransfers auf Pump über den Euro-Rettungsfonds ESM an die Euro-Südschiene hingegen erhöhen zumindest nach den Regeln der sogenannten Schuldenbremse den Schuldenberg nicht.



Selbsttäuschung oder Wählerverhöhnung? Schäuble behauptet: „Keine neuen Schulden ab 2015“ Bild: action press

Mit Blick darauf, wer anstelle Schäubles für die Opposition nach dem 22. September als Finanzminister gehandelt wird, dürfte bei vielen Wählern das Gefühl aufkommen, zwischen der sprichwörtlichen Pest und Cholera wählen zu müssen. Die SPD hat für ihr „Kompetenzteam“ erstaunlicherweise überhaupt keinen Experten für den Bereich Finanzen aufgestellt. Im SPD-Schattenkabinett für die Bundestagswahl gilt das Ressort damit als Chefsache von Peer Steinbrück. Ob dieser im Falle eines Wahlerfolges tatsächlich sowohl das Amt des Kanzlers als auch das des Finanzministers schultern will, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass Steinbrück momentan nur als Platzhalter agiert. Jetzt schon einen konkreten Namen für das heikle Ressort bekannt zu geben, könnte sich für die SPD als weiterer Rohrkrepierer im Zuge ihres ohnehin holprigen Wahlkampfes erweisen. Auf einen möglichen Kandidaten für den Posten hat inzwischen der Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg aufmerksam gemacht: Jörg Asmussen, der momentan im Direktorium der EZB sitzt. Ausgestattet ist Asmussen sowohl mit Erfahrungen im Finanzministerium als auch mit einem SPD-Parteibuch. Sollte es zu einer großen Koalition kommen, könnte Asmussen wahrscheinlich sogar mit der Zustimmung der CDU rechnen. Zwar diente er als Staatssekretär zunächst unter den SPD-Finanzministern Hans Eichel und Peer Steinbrück. Er überlebte aber den dann folgenden politischen Machtwechsel und setzte seine Karriere problemlos unter Wolfgang Schäuble fort. Ein potenzieller Finanzminister Asmussen dürfte allerdings bei den Steuerzahlern Bauchschmerzen verursachen. Für sie wurde es auffällig oft sehr teuer, sobald Asmussen in der Vergangenheit im Auftrag des Finanzministeriums involviert war, sei es beim salonfähig machen des umstrittenen Kreditverbriefungsmarktes oder bei kostspieligen Bankenrettungen wie für die IKB oder die Hypo-Real Estate.

Sollte es im September zu der von Steinbrück gewünschten rot-grünen Koalition reichen, ist wahrscheinlich eher mit einer anderen Besetzung zu rechnen. In diesem Fall könnte das Finanzressort der Preis sein, den die SPD den Grünen für den Einstieg in die Koalition zahlt. Ein möglicher Kandidat: Jürgen Trittin. Bereits seit geraumer Zeit tingelt der Ex-Umweltminister durch die Talkshows der Republik und gibt die Rolle des „Finanz- und Steuerexperten“. *Norman Hanert*

Löwen im goldenen Käfig geblieben

Mitglieder des Lions-Clubs trafen sich zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung erstmals in Deutschland

Vier Tage lang war Hamburg von ausländischen Gästen nahezu „belagert“. Grund war ein Massenansturm von 23 000 Mitgliedern des Lions-Clubs, der sein internationales Jahrestreffen (Convention) zum ersten Mal in Deutschland abhielt. In der Hansestadt haben sie mit dem Australier Barry J. Palmer unter anderem einen neuen Präsidenten gewählt.

Für den Lions-Club, der mit 1,36 Millionen Mitgliedern in über 200 Ländern die weltweit größte Wohltätigkeitsorganisation ist und humanitäre Spendenprojekte vor allem in Entwicklungsländern anschiebt, sollte der 96. Internationale Kongress seit seiner Gründung im Jahr 1913 zu einer aufwendigen Werbeveranstaltung in eigener Sache dienen. Allerdings nahmen wegen der Ferienzeit nur die wenigsten Hamburger Notiz davon.

Der Lions-Club tat sein Bestes, um sich nach außen hin gegen das Image eines elitären Klüngelvereins zu wehren. Einer der Höhepunkte für die Außenwerbung sollte die Parade der verschiedenen Lions-Distrikte um die Binnenalster sein. Bei strahlendem Sonnenschein kam es ähnlich wie bei der Eröffnung der Olympischen Spiele zu einem pompösen Aufmarsch der Nationen mit aus den USA eingeflogenen Marschkapellen und Cheerleader-Mädchen, vorneweg die Präsidenten in historischen Pferdekutschen. Doch die zum Teil folkloristisch gekleideten 15 000 „Löwen“ blieben weitgehend unter sich. An einem Sonnabend um 10 Uhr morgens ist die City abgesehen von wenigen Einkaufsbummlern noch wie ausgestorben.

Dass bei den Mitgliedern das Geld locker sitzt, erkannte man auch daran, dass während der vier Tage das Messe- und Kongresszentrum mit Seminaren und diversen Galadiners in Beschlag genommen wurde. Für die Mitgliederversammlung zog man sogar in die Fußballarena ein, in der sonst der HSV spielt. Als Ehrengäste waren außerdem die frühere First Lady der USA, Laura Bush, und der blinde Startenor Andrea Bocelli eingeladen.

Umsonst gibt es das alles nicht. Nach eigenen Angaben hat die gesamte Veranstaltung drei Millionen Euro gekostet, die jeweils zur Hälfte von den Mitgliedern sowie der Stadt Hamburg aufgebracht wurden. Für die Stadt rechnet sich das in jedem Fall, reiste doch eine zahlungskräftige Kundschaft an, die sich nicht mit Jugendherbergen und Fast Food zufrieden gibt. So rechneten die Veranstalter mit einem touristischen Umsatz von 42 Millionen Euro, was ein gutes Argument für die finanzielle Zusage der Stadt war.



Löwen unter sich: Parade der Lions-Club-Mitglieder in Hamburg Bild: tws

Profitiert haben vor allem auch die Hotelbetreiber, die wegen der rasanten Betten-Nachfrage die Übernachtungspreise kräftig angezogen haben. So kostete eine Nacht in einem Dreisternehotel 328 Euro und war damit sogar noch teurer als ein Doppelzimmer in der Luxusherberge „Vier Jahreszeiten“, wo man zur selben Zeit schon ein Zimmer für „nur“ 305 Euro bekam.

Dass viele Lions-Mitglieder diese kostspieligen Mitgliederversammlungen kritisch sehen, wurde auch daran deutlich, dass nur knapp zehn Prozent der 51 200 deutschen Mitglieder nach Hamburg kamen. Sie mussten zu ihrem Jahresbeitrag von 130 Euro über fünf Jahre hinweg einen zusätzlichen Obolus von 55 Euro berappen, damit die Convention in Deutschland überhaupt stattfinden konnte. Auch die Teilnahme an dem Kongress war nicht umsonst. Für eine Akkreditierung mussten die Mitglieder im Vorfeld bis zu 100 Dollar zahlen. Viel Geld, das man sich gut zu Spendenzwecken hätte sparen können. Trotzdem ist das Engagement des Lions-Clubs nicht zu unterschätzen, treibt man geschätzt doch jährlich weltweit Spenden in Milliardenhöhe ein. *Harald Tews*

Die Schulden-Uhr: Erst jetzt für uns selbst

Steigende staatliche Schulden sind nicht auf eine etwaige Entlastung der Steuerzahler zurückzuführen. Wie der Bund der Steuerzahler aus Anlass des sogenannten Steuerzahlergedenktags mitteilte, arbeiten die Steuer- und Beitragszahler rein rechnerisch erst seit vergangenem Montag für ihr eigenes Portmonaie. Wie 2009 würden auch 2013 51,6 Prozent des Volkseinkommens an den Fiskus und die sozialen Sicherungssysteme fließen. Dem Sinken der Sozialabgaben stünden entsprechend höhere Steuern gegenüber. *M.R.*

2.073.103.453.203 €

Vorwoche: 2.085.540.721.223 €
Verschuldung pro Kopf: 25.785 €
Vorwoche: 25.433 €

(Dienstag, 9. Juli 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wenn Polizisten am Ende sind

Todesschuss am Berliner Neptunbrunnen: Die Überlastung der Beamten wird gefährlich



Einsatz ohne Ruhepause: Polizisten bei linker Demonstration gegen eine NPD-Kundgebung in Berlin

Bild: action press

Nach dem tödlichen Schuss eines Polizisten auf einen psychisch kranken 31-Jährigen in Berlins Zentrum am Neptunbrunnen nahe dem Regierungsviertel rückt ein für die Politik unangenehmes Thema in den Fokus: die brutale Überlastung der Beamten.

Berlins Polizisten stehen unter Druck, nicht nur durch ein Sparkorsett. Kürzlich hat Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt erreicht, dass sie keine Parktickets mehr ziehen müssen. Für alle Fahrten außer Eilaufträgen war bisher ein Parkschein zu lösen und privat vorzuzahlen. Die Beamten sollten die Belege sammeln und wurden per Verordnung angehalten, genug Kleingeld mit sich zu führen. In Internetforen wie „Copzone.de“ ließen Polizisten ihren Frust über die als demütigend empfundene Regel ab: „Zuerst dachte ich an einen Aprilscherz!“ Frust weicht Verbitterung, das ergibt ein Leserbrief eines Polizisten mit Führungsaufgabe in einer Berliner „Tageszeitung“, eine unmittelbare Reaktion auf den Tod des Mannes vom Neptunbrunnen.

Thorsten Schlusnath von der 22. Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei legt in seinem Brief nicht nur Wert darauf, Bürgern die Polizistensicht bekanntzumachen. Er drückt die Entfremdung der Beamten von ihrer politischen Führung aus. An den Wochenenden bleibe keine Zeit für Erholung und Familie, „weil es in einer Stadt wie Berlin kein einziges Wochenende mehr gibt, an dem nicht für oder gegen irgendetwas demonstriert, Fußball gespielt oder sich einfach bei Volksfesten geprügelt und bis zur Maßlosigkeit Alkohol konsumiert wird, der Tiergarten zum Fetischclub umfunktioniert, Rocker kontrolliert werden müssen, rechte Gruppen überprüft oder bei ‚Demo-Übungen‘ überwacht werden müssen und Staatsbesuche stattfinden.“

Verfall und Demoralisierung bedrohen demnach das Selbstverständnis und damit die Handlungsfähigkeit der Polizei: Schlusnath berichtet von hohen Hemmschwellen bei seinen Kollegen, gegen Straftäter das Mittel des Zwangs einzusetzen, „teilweise so hoch, dass das Bild einer Polizei entsteht, die sich vor dem Polizeipräsidium ohne Grund ‚ohrfeigen‘ lassen muss, damit die Situation nur nicht eskaliert“. Von „tief sitzendem Frust“ und einer „Gesellschaft, die längst den Einblick verloren hat“, was Polizisten leisten, klagt der Beamte.

> Alles einstecken, nur damit Lage nicht »eskaliert«?

Anders als frühere tragische Fälle wirft der Tod des Mannes vom Neptunbrunnen ein Schlaglicht auf den Zustand der Polizei. Bei einem ähnlichen Vorfall im Oktober 2012 wurde ein mit einem Messer Bewaffneter durch Schüsse der zu Hilfe gerufenen Beamten schwer verletzt. Passanten filmten mit dem Mobiltelefon, stellten das Material ins Internet.

Polizisten diskutierten die Notsituation ihrer medial bloßgestellten Kollegen: „Tut mir leid, aber wer mit einem Messer hantiert und nicht auf die Beamten hört ...“, schreibt ein Forumsnutzer auf der Internetseite „Beamtentalk.de“. Ein anderer spricht hingegen von „groben Fehlern“ der Kollegen.

Bei der Diskussion um das Verhalten im Fall Neptunbrunnen stehen die Beamten abermals vor allem als Buhmänner da. Leserkommentare thematisieren nicht den Einsatz von Gewalt als letztes Mittel, sondern den Einsatz von Gewalt durch Polizisten überhaupt und verweisen auf Videos angeblicher Polizeigewalt.

„Ich bin seit einem halben Jahr wieder in Berlin und bin überrascht, wie schnell meine Beamten angegangen werden und wie viel Misstrauen ihnen gegenüber gebracht wird“, sagte Kandt zu dem Vorfall. Kandt beorderte in Reaktion auf den Leserbrief die Führungsebene der Bereitschaftspolizei zum internen Gespräch. Ob die Polizei als Prügelknabe zur Sprache kam, dem „von einer bestimmten Klientel sofort reflexartig der Vorwurf rassistischer Äußerungen“ gemacht wird, wie Schlusnath schreibt, ist unbekannt. Auch wenn der Beamte diese „Klientel“ zu nennen vermeidet, aus Schlusnaths Beispielen wie dem „Camp am Oranienplatz“ geht hervor, dass linke Gruppen gemeint sind.

Eine politische Umgebung, die der Polizei viel abverlangt und sie zugleich immer weniger handeln lässt, kritisiert auch ein aktueller „Evaluationsbericht zum Berliner Modell“ der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG). Von einer „dramatischen Höhe der Arbeitsverdichtung“ und „unerträglichen Arbeitszeiten“ ist die Rede. Auch bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gärt es. Der Landesbezirksvorsitzende Michael Purper begrüßt das sogenannte „Bremer Modell“: Polizisten erheben bevorzugt keine Bußgelder mehr, sondern ermahnen die Bürger. Das zielt ins Herz von Politikern, die von der Polizei vor allem eines erwarten und die Uniformierten ansonsten aber gern im Regen stehen lassen: Geld einnehmen für die klamme Staatskasse. „Unsere Senatoren wollen nie etwas gehört, gesehen oder gesagt haben, wenn es um die bessere Bezahlung geht. Nun ist es an den Beschäftigten, sich ihrerseits nicht um die Belange des Arbeitgebers zu scheren“, so Purper in dem Papier vom 1. Juli.

Der Todesschuss ist somit ein Warnschuss an die Politik: Zwischen Sparen, Reallohnverlust und politisch verordnetem härteren Schichtdienst gehen Polizisten bei mangelnder Anerkennung zum Notdienst, zur reinen Verwaltung der Missstände über. Das sich die Lage in Berlin bald bessert, ist unwahrscheinlich, denn Kandt muss trotz neuer Polizisten die politischen Vorgaben zum Verwaltungssparen umsetzen. *Sverre Gutschmidt*

Auslese

Von Theo Maass

Partizipation ist so ein lateinisches Fremdwort, es bedeutet „Teilhabe“, unter dem sich der Normalbürger wenig vorstellen kann. Kenan Kolat, der Chef der „Türkischen Gemeinde“, einem Lobbyverein, der den Einfluss von Türken in Deutschland stärken will, führt ihn ständig im Munde. Für ihn stellt sich die Sache so dar. Die Türken sind in Deutschland benachteiligt. Darum benötigen sie dringend eine feste Quote bei Beamten, Behördenangestellten, bei privaten Arbeitsplätzen und so weiter und so fort. Abseits der Qualifikation fordert er das. Im öffentlichen Dienst gilt zwar der Grundsatz der „Bestenauslese“, der hat sogar Verfassungsrang. Aber Kolat schert das kaum. Die Grundsätze des deutschen Verfassungsrechts sind ihm egal, er verlangt Vorrechte für seine Landsleute.

Wie muss man sich die von ihm geforderte Art von Partizipation in der Praxis vorstellen? Da braucht Kenan Kolat gar nicht so weit zu suchen, da wird er gleich in der eigenen Familie fündig. Delik Kolat ist nämlich Volksvertreterin für die SPD im Berliner Abgeordnetenhaus und hat es gar zur Senatorin für „Arbeit, Frauen und Integration“ gebracht. An erster Stelle sollte ihre Sorge um die Berliner Arbeitslosen stehen. Unterbeschäftigtenquote lautet die Fachbezeichnung, und die liegt in Berlin bei stolzen 15,5 Prozent. Die Quote berücksichtigt nicht bloß die offiziell arbeitslos Gemeldeten, sondern auch die, die in der üblichen Statistik unter den Tisch fallen. In Bayern liegt sie bei 4,9 Prozent. Und selbst das „rot-rot“ regierte Brandenburg kommt nur auf 12,4 Prozent.

Dieser Tage wurde nun behördenintern bekannt, dass die Senatorin Gelder des Europäischen Sozialfonds (ESF) nicht vollständig abgerufen hat. Das zieht sich über die letzten Jahre hin und Wirtschaftsstaatssekretär Henner Bunde wies in einem Brief darauf hin, dass von den für 2013 zustehenden Geldern von insgesamt 119,6 Millionen Euro zurzeit nur 98,8 Millionen Euro realisiert werden können. Der Rest droht zu verfallen, wenn er nicht schleunigst beantragt wird. Allein zwischen 2010 und 2012 hat die Arbeitsverwaltung 42,7 Millionen Euro an ESF-Geldern verfallen lassen. Als Ähnliches über Griechenland bekannt wurde, war der Spott riesengroß, bei Kolat wird geschwiegen.

Auf anderen Gebieten agiert die Senatorin nicht so zögerlich. Wenn es um Einbürgerungen und damit verbundene doppelte Staatsbürgerschaften oder um islamische Bekleidungsvorschriften am Arbeitsplatz geht, weiß sie sich ins rechte Licht und in die Schlagzeilen zu bringen.

Doch Delik Kolat braucht, trotz erwiesener Unfähigkeit, eine Entlassung aus dem Amt nicht zu fürchten. Sie ist gleich doppelt von der Quotenpolitik geschützt, als Ausländer und als Frau. *(Siehe Bericht unten)*

Kolat verplempert Millionen

Quotengeschützte Arbeitssenatorin lässt Zuschüsse verfallen

Berlins Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) sieht sich erneut Vorwürfen ausgesetzt, ihr Haus nicht im Griff zu haben: 20 Millionen Euro an EU-Geldern sollen von Kolats Ressorts in Brüssel bisher nicht abgerufen worden sein, so der Vorwurf, den Wirtschaftsstaatssekretär Henner Bunde in einem Brandbrief an die Senatorin erhoben hat.

Konkret geht es um Geld aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Qualifizierung von Arbeitslosen, auf die Berlin einen Anspruch hätte, die aber in Brüssel bisher nicht abgerufen wurden. Wird in der Angelegenheit nichts unternommen, „würde dem Land Berlin ein finanzieller Schaden entstehen“, so die Warnung aus dem Wirtschaftsressort. Die Gefahr, die durch die Bummelei im Hause Kolat droht: Berlins Anspruch auf die Brüsseler Gelder droht schlicht und einfach komplett zu verfallen.

Auch bei den Geldern, die bereits abgerufen wurden, scheint einiges im Argen: Ein Bilanzbericht der Wirtschaftsverwaltung, aus dem die „BZ“ zitierte, übt harsche Kritik an der Mittelverwendung im Jahr 2012. Auch wenn in den letzten Jahren vieles besser geworden sei, würden viele Ziele immer noch „deutlich verfehlt“, so das Fazit des Berichts. Im Klartext: Das Geld wird zu einem gehörigen Teil sinnlos verplempert.

> Bislang prallte die Kritik einfach an ihr ab

Damit nicht genug: Aus dem Wirtschaftsressort wird noch ein weiterer Missstand bemängelt. In die ewig klammen Kassen des Senats hätten bereits mehr als neun Millionen Euro an ausstehenden Zahlungen eingehen können, wenn Kolats Leute endlich entsprechende interne Berichte bearbeiteten. Derartige Meldungen, die den Eindruck erwecken, dass die Senatorin überfordert ist, sind indessen nicht neu. Bereits im November 2012 hatte es Berichte gegeben, wonach Kolat rund zehn Millionen Euro des Bundes hat verfallen lassen. Auch diese Gelder sollten zur Weiterbildung von Arbeitslosen und anderen Arbeitsmarktmaßnahmen dienen.

Der Karriere der Senatorin haben die Versäumnisse keinen Abbruch getan: Die Ehefrau von Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, dürfte bei dem offiziell verbreiteten „Gender und Diversity“-Zeitgeist nahezu unangreifbar sein. Auch in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg scheint man mit der Arbeit Dilek Kolats zufrieden zu sein. Für die SPD holte sie bereits zum zweiten Mal ein Direktmandat für das Berliner Abgeordnetenhaus. *N.H.*

Zensus: Lage verfahren

180 000 Einwohner weniger? Senat will klagen, Bezirke nachzählen

Nach der Blamage bei der Volkszählung (Zensus 2011), die für Berlin weniger Einwohner und damit weniger Geldtransfers ermittelte, will der Senat gegen das Ergebnis klagen. Die Bezirke prüfen unterdessen, wo Einwohner „verlorengingen“, wo also Politik und Behörden Fehler gemacht haben.

„Da führt kein Weg dran vorbei, wir müssen den Widerspruch zwischen den verschiedenen Größen endlich auflösen, da hängen schließlich Rechtsverbindlichkeiten dran“, so Klaus-Dieter Gröhler (CDU), Vize-Bürgermeister des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Dem Bezirk nahm der Zensus ein Zehntel der Bewohner. Lange hatten Experten vor schlampigen Melderegistern gewarnt. Doch Berlin setzte allein auf die „wachsende Stadt“. Und Berlins Datenschutzbeauftragter Alexander Dix erklärt den Zensus kurzerhand für verfassungswidrig.

Während die betroffenen Stadtstaaten Hamburg und Berlin Widerspruch gegen die Volkszählung einlegten, um die korrigierten Daten erneut zu korrigieren, wollen die betroffenen Behörden vor Ort aus den gemachten Fehlern bei der Verarbeitung von Einwohnerdaten lernen. Und die sind gravierend, „fehlen“ doch allein Berlin 180 000 Einwohner.

> Für Berlin geht es um Hunderte Millionen Euro

Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bereitet persönlich die fristgerechte Beschwerde gegen den Zensusbescheid vom eigenen Landesamt für Statistik vor. Das Ressort von Innensenator Frank Henkel (CDU) ist für das weitere Verfahren zuständig. Findet es keinen rechtlichen Hebel gegen den Zensus, dürfte das die rot-schwarze Koalition belasten, denn der durch die neue Bevölkerungslage nötige Sparkurs engt vor allem die SPD ein: Von der „Inklusion“ von Behinderten über Wohnungsförderung bis hin zu den Bildungsausgaben scheinen zentrale SPD-Projekte nun kaum noch finanzierbar.

Für einen erfolgversprechenden Einspruch fehlt indes die Möglichkeit einer Gegenprüfung der Statistik. Sie ist rechtlich schlicht nicht vorgesehen. Darauf beruft sich auch Dix, der Charlottenburg-Wilmersdorf Stichproben zur Nachprüfung gemeldeter Einwohner untersagte. Gröhler geht es um eine Stichprobe bei 1000 Einwohnern, denn die Zahl nicht zustellbarer Wahlunterlagen ist geringer als die der fehlenden Bürger – ein Widerspruch zum neuen Zensus. Durch die unklaren Zahlen können sogar Entscheidungen wie die Bundestagswahl angreifbar werden. *SV*

Zeitzeugen



Marcel Fratzscher – Die Forderung des neuen Chefs des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) klingt größenwahnsinnig. So ist der 1971 geborene Ökonom überzeugt, in Deutschland müssten derzeit jährlich 75 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden, um den Rückstau der letzten Jahrzehnte zu beheben. Bedauerlicherweise legt der ehemalige Leiter der Abteilung Internationale wirtschaftspolitische Analysen bei der EZB den Finger in eine offene Wunde, denn der Bedarf für derartige Investitionen ist vorhanden. Und ganz nebenbei sieht er darin auch ein Konjunkturprogramm für ganz Europa. Immerhin ist er nicht der Meinung, Deutschland solle seine Wettbewerbsfähigkeit zulasten anderer Euro-Länder aufgeben, indem hierzulande die Löhne übermäßig erhöht werden, wie es andere Ökonomen fordern. Fratzscher weiß, dass die wichtigsten Wettbewerber der deutschen Industrie nicht im Mittelmeerraum, sondern in China, den USA oder Südkorea sitzen.



Peter Ramsauer – Zwar beklagt auch der Bundesverkehrsminister regelmäßig die Unterfinanzierung der Infrastruktur, aber offenbar gelingt es seinem Ministerium nicht, das Geld, was es zur Verfügung hat, verbauen zu lassen. So hat die Bundesregierung zwei „Infrastrukturbeschleunigungsprogramme“ erlassen, von dessen Mitteln aber bisher nur wenig ausgegeben worden ist. Im Herbst 2011 wurde Ramsauer eine Milliarde Euro zusätzlich zugewiesen, doch davon wurde bisher erst knapp die Hälfte ausgegeben. Dabei melden die 16 Bundesländer milliardenschweren Bedarf an. Von den zu Beginn des Jahres genehmigten zusätzlichen 750 Millionen Euro wurden laut „Spiegel“ bis Ende März nur 20 Millionen Euro investiert.



Peer Steinbrück – „Deutschland braucht einen Modernisierungsschub durch eine Investitionsoffensive“, heißt es in einem SPD-Papier zu Bundestagswahl. Zusätzliche 80 Milliarden Euro sollen laut SPD-Kanzlerkandidat und seiner Partei in Infrastruktur und Bildung fließen. Dies soll zum Teil über Steuererhöhungen für Reiche und Gutverdiener geschehen und zum Teil über Investitionen aus der Wirtschaft und über Privatanleger.

Politik lähmt Entwicklung

Fehlende Investitionen von Staat und Wirtschaft verhindern zukünftiges Wachstum

Auf eine Billion Euro soll sich der Investitionsrückstau seit 1999 summieren. Die Folgen für die Zukunft sind eigentlich leicht verständlich, doch die deutsche Politik handelt nicht.

Offenbar hat der Streit um das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 dem Energiekonzern Eon die Lust auf weitere Großprojekte verdorben. Noch immer hat Eon keine Erlaubnis, das zu über 80 Prozent fertiggestellte, 1,2 Milliarden Euro teure Bauprojekt endlich zu beenden und ans Stromnetz gehen zu lassen. Dieser Umstand und die absolute Unsicherheit in Sachen Fortgang der Energiewende sind wohl Grund dafür, dass der Konzern seine Ausbaupläne für das Kavernen-Pumpspeicherkraftwerk „Waldeck 2plus“ in Hemfurth-Edersee weiterhin zurückstellt. Zurzeit sei aufgrund der energiewirtschaftlichen Situation keine Investitionssicherheit gegeben, hieß es aus dem Konzern. Dabei bräuchte Deutschland dringend mehr und größere Pumpspeicherwerke als bisher, die in der Lage sind, in Zeiten überschüssig erzeugten Stroms durch Windräder oder Photovoltaikanlagen aufgrund passender Wetterlage zu speichern.

Dabei sind Investitionen wie die in das Pumpwasserspeicherwerk „Waldeck 2plus“ genau das, was das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) dringend fordert. „Die deutsche Wirtschaft steht längst nicht so gut da, wie viele derzeit denken“, erklärt DIW-Präsident Marcel Fratzscher. „Seit 1999 hat Deutschland einen Investitionsrückstand von rund einer Billion Euro aufgebaut und dadurch erhebliche Wachstumschancen verpasst. Wir gefährden damit die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort und die Nachhaltigkeit unserer Wettbewerbsfähigkeit.“

Lieber Kindergelderhöhung, statt neuer Straße

Dass der Staat zu wenig in Ausbau und Sanierung von Straßen, Brücken, Schulen, Universitäten, Wassernetze und Wasserwege investiert, ist schon länger bekannt, dass aber auch die deutsche Wirtschaft zu wenig in Fabriken, moderne Glasfasernetze und Maschinenparks investiert, ist vielen nicht so bewusst. Das DIW warnt vor den Folgen, denn die Investitionen von heute seien das Wachstum von morgen.

Laut DIW ist die deutsche Investitionsquote eine der niedrigsten weltweit. Deutschland zehrt also derzeit von der Substanz und obwohl die Politiker aller Parteien im Wahlkampf versprechen, Geld in Straßen und auch Bildung zu stecken, zeigen die Erfahrungen, dass nach der Wahl Transferzahlungen vor Investitionen gehen. Dann siegt die Erhöhung von Hartz IV oder Kindergeld sowie die eine oder andere Steuererleichterung – je nach Partei – vor dem Bau neuer Brücken und Straßen.

Als einen Grund für fehlende Investitionen von Seiten der Wirtschaft führt das DIW mangelnde Planungssicherheit an. Obwohl anlässlich der Energiewende Milliarden in neue Speicher, Netze und Anlagen investiert werden müsse, geschehe dies nicht im nötigen Umfang. Ständige Debatten über Strompreisbremse oder Senkung der Umlage laut Erneuerbare-Energien-Gesetz ohne Beschlüsse und Bürgerproteste gegen Bauprojekte hätten eine lähmende Wirkung.

Spannend ist auch ein weiterer Aspekt, den das DIW für fehlende Investitionen nennt. Deutsche Unternehmen, Banken, aber auch Privatleute hätten in den letzten Jahrzehnten lieber Geld ins Ausland investiert. So wollte beispielsweise die Telekom in den USA durch den Kauf zweiter Mobilfunkanbieter Gewinne machen, doch heraus kamen milliardenschwere Verluste, deutsche Banken hofften beim Kauf von US-Kreditpapieren auf das schnelle Geld und deutsche Rentner kauften zu überteuerten Preisen während des Immobilienbooms Ferienwohnungen in Spanien, die heute fast wertlos sind. *Rebecca Bellano*



Kein idyllischer See, sondern Pumpspeicherwerk: In Zeiten der Energiewende eigentlich von großer Wichtigkeit — Bild: mauritius



Land der maroden Brücken

Zumindest in den neuen Bundesländern müsste die Infrastruktur auf einem guten Niveau sein, vermuten viele, doch wer das glaubt, irrt. Zwar zahlten die deutschen Einkommenssteuerzahler und Sparer beispielsweise 2012 etwas über 13 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag, doch davon überwies der Bund nur 12,4 Milliarden Euro an die neuen Bundesländer weiter und diese zahlten davon überwiegend Sozialleistungen. Laut Institut für Wirtschaftsforschung Halle flossen 67 Prozent der zwischen 1991 und 2005 in den Osten des Landes überwiesenen 1,3 Billionen Euro aus Solidaritätszuschlag, Solidarpakt und anderen Fördertöpfen als Sozialleistungen. Nur rund zehn Prozent des Geldes sollen in sogenannte wachstumsfördernde Maßnahmen gegangen sein. Rund zehn



NRW hat größten Sanierungsbedarf

Milliarden Euro sind im Durchschnitt pro Jahr für die Investition in die Infrastruktur vorgesehen, doch da diese Fördergelder als „ungebunden“ überwiesen werden, werden sie nicht immer verbaut.

Den größten Sanierungsbedarf dürfte jedoch Nordrhein-Westfalen haben. Laut „Spiegel“ hat NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) guten Grund, schlecht zu schlafen, denn es ist nur eine Frage der Zeit, bis eine der maroden Brücken in seinem Bundesland zusammenbricht. Von bisher 120 untersuchten Brücken gelten 80 als dringend reparaturbedürftig. Straßen und Kanäle seien in einem ähnlichen Zustand. Viele der Eisenbahnbrücken sind sogar zur Kaiserzeit gebaut worden. „Es hieß in den letzten Jahren immer, wir wollen in Köpfe investieren, nicht in Beton. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland gilt aber: Beides, Bildung und Infrastruktur, ist gleichermaßen wichtig“, so der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD). *Bel*

Missbrauchte Infrastruktur

Wenn bauliche Maßnahmen die Konjunktur ankurbeln sollen

Investitionen in Infrastruktur als Mittel, um die Konjunktur anzukurbeln, haben sich bisher oft als Rohrkrepierer erwiesen. Als typisches Negativbeispiel gilt Japan. Und obwohl das Land von der Fläche international nur auf Platz 61 steht, verfügt es über 1,2 Millionen Straßenkilometer, was Platz fünf auf der Weltrangliste entspricht. Doch offenbar scheint es noch nicht genügend Straßen in dem Land zu geben, denn auch Japans jetziger Premier Shinzo Abe macht jetzt das, was seine Vorgänger schon seit über 20 Jahren gemacht haben, in der Hoffnung auf diese Weise die Wirtschaft anzukurbeln: Er investiert 80 Milliarden Euro in die Infrastruktur. Abe behauptet, er müsse dies als Folge des Tsunamis 2011 tun, der Teile des Landes zerstört hat. Doch Experten sehen trotz Ausbesserungsbedarf in der betroffenen Region wenig Bedarf, für sie gilt das japanische Verkehrsnetz bereits als gut ausgebaut. Eher zu gut, denn für manche der 68000 Brücken, 10000 Tunnel und 98 Flughäfen ist selbst Jahre nach ihrer Fertigstellung nicht erkennbar, für wen sie gebaut wurden, da gar kein Bedarf vorhanden ist. Zudem wird dieser auch noch sinken, denn die massive Alterung der japanischen Gesellschaft führe dazu, dass immer weniger Autos und Menschen unterwegs seien. Extrembeispiele wie ein 180 Millionen Euro teurer Flughafen, nur 80 Kilometer von Tokio entfernt, auf dem nur sechs Flüge pro Tag verzeichnet werden, sprechen eine eigene Sprache.

Geld muss langfristig sinnvoll investiert werden

Doch Deutschland ist nicht Japan, hier wurde über Jahrzehnte zu wenig in die Infrastruktur investiert, so dass es durchaus einen beachtlichen Bedarf gibt. Den kennt auch die schwarz-gelbe Bundesregierung und legte deshalb schon einige Sonderfonds auf, die jedoch schlecht umgesetzt wurden. Ein Beispiel für schlechte Umsetzung ist in diesem Zusammenhang auch das Konjunkturpaket II, dass die damals schwarz-rote Koalition unter Angela Merkel 2009 beschlossen hatte, um die Folgen der weltweiten Finanzkrise auf Deutschland abzumildern. Doch es geschah trotz Erleichterungen bei der Mittelvergabe genau das, was Experten vorhergesagt hatten: Das Geld kam erst deutlich zeitverzögert in der Wirtschaft an. Laut Bundesrechnungshof führte der Umstand, dass Bauleistungen bis zu 100000 Euro ohne Vergabeverfahren und bis zu einer Million Euro nur beschränkt ausgeschrieben werden mussten, nur zu einer Zeitersparnis von zum Teil wenigen Tagen. Zugleich stellte der Bundesrechnungshof, der 16000 Vergabeverfahren überprüft hatte, fest, dass durch die fehlende Konkurrenz die Preise nachher bis zu 22 Prozent teurer waren als mit Ausschreibungen bei vergleichbaren Fällen. Eine Studie, ob die Milliarden Euro sinnvoll investiert wurden, wurde bisher nicht veröffentlicht.

Dieser Tage hat nun die britische Regierung ein Infrastrukturprogramm in Höhe von 33 Milliarden Euro angekündigt. Sie hofft, auf diese Weise bis 2015 ein Wirtschaftswachstum zu erzeugen, denn dann sind Parlamentswahlen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2804**



Massenmord bleibt ungesühnt

Mutmaßliche Täter des Brandanschlags auf Aleviten in Sivas leben unbehelligt in Deutschland

In Berlin haben die aus der Türkei stammenden Aleviten mit einer großen Demonstration des Brandanschlags in der anatolischen Stadt Sivas im Jahr 1993 gedacht. Damals zündete ein sunnitisch-islamistischer Mob ein Hotel an, wodurch 35 Menschen, unter ihnen viele alevitische Künstler und Intellektuelle, ums Leben kamen. Mehrere mutmaßliche Täter konnten nach Deutschland fliehen, wo sie bis heute unbehelligt leben – zum Teil als anerkannte Asylanten.

Die Aleviten werfen Deutschland vor, mutmaßliche Täter des „Massakers von Sivas“ zu schützen. Nach Angaben der Alevitischen Gemeinde Deutschland leben mindestens neun Tatverdächtige in der Bundesrepublik. Einer von ihnen sei eingebürgert worden, andere hätten Asyl erhalten. Einige der mutmaßlichen Täter sind in der Türkei zum Tode verurteilt worden, doch gelang ihnen die Flucht ins Ausland – die Aleviten vermuten, mit staatlicher Hilfe. Unter Berufung auf die Todesurteile ersuchten mindestens neun mutmaßliche Täter in Deutschland um Asyl – oder zumindest Schutz vor Abschiebung in die Türkei – und zwar alle mit Erfolg. Alle Tatverdächtigen in Deutschland sind auf freiem Fuß. Die Aleviten kennen Namen, auch Adressen. Einer zum Beispiel, Vahit K., soll in Berlin-Gesundbrunnen in der Prinzenallee Geschäfte betreiben, ein anderer in Mannheim leben.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Memet Kilic, selbst Alevit, hat versucht, mit Fragen im Bundestag Licht in das auch juristische Dunkel zu bringen. Konkrete Antworten werden jedoch meist unter Verweis auf den Datenschutz verweigert. Im Gespräch mit der *PAZ* äußert Kilic die Vermutung, Tatverdächtige könnten dem Verfassungsschutz als V-Männer dienen. Die nach Deutschland Geflohenen seien hier von der islamischen Gemeinschaft Milli Görüs unterstützt worden. Milli Görüs wiederum werde vom Verfassungsschutz beobachtet.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) war noch im Dezember 2011 beim Versuch, einen der mutmaßlichen Täter auszuweisen, vor dem Verwaltungsgericht Aachen gescheitert. Im Urteil heißt es, der Betreffende sei im Dezember 2000 auf dem Luftweg nach Deutschland eingereist. Im Januar 2001 habe er Asyl beantragt. Als Grund habe er vorgetragen, er sei vom Staatssicherheitsgericht in Ankara zum Tode verurteilt worden. Man habe ihm vorgeworfen, in Sivas mit anderen das Hotel in Brand gesetzt zu haben, obwohl er damit nichts zu tun gehabt habe. Das BAMF sah keine politische Verfolgung und erklärte auch, seit 2002 sei die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft. Das Gericht wies das Ausweisungsbegehren des BAMF unter anderem damit zurück, dass das Bundesamt nicht genügend aufgeklärt habe, warum der Kläger zur Todesstrafe verurteilt worden sei; eine Tatbeteiligung sei nicht genügend dokumentiert, außerdem habe in der Türkei ein Militärrichter am Urteil mitgewirkt. Das Gericht sprach von einer „nicht ansatzweise sachlich und nachvollziehbar begründeten und damit willkürlichen Wertung“ des BAMF. Kritik am Bundesamt äußert auch der Abgeordnete Kilic im Gespräch mit der *PAZ*. Das Amt sei nicht einmal mit einem Prozessvertreter beim Gerichtstermin erschienen. In anderen Fällen gebe sich das Amt mehr Mühe, so Kilic.

> Tatverdächtige von Milli Görüs unterstützt

Das BAMF wiederum erklärte gegenüber der *PAZ*, wegen Personalmangel könne nur ein sehr kleiner Teil der Termine vor den Verwaltungsgerichten durch einen Prozessvertreter wahrgenommen werden. Die Teilnahme eines Prozessvertreters an der Verhandlung hätte in diesem Fall, so das BAMF, auch keinen Einfluss auf den Ausgang des Verfahrens gehabt.

Auf die Frage der *PAZ*, ob das BAMF nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts versucht habe, den Fall weiter aufzuklären, und ob der Kläger Asyl erhalten habe, erklärte das Amt, es könne zu „Einzelfällen – und damit auch zum Fortgang dieses konkreten Falls – aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Stellungnahme abgeben“. Auf die Frage, ob Tatverdächtige im Fall Sivas nicht vor deutsche Gerichte gestellt werden könnten, verwies das BAMF auf das Verbot der Doppelbestrafung gemäß Artikel 14 Absatz 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Doch das ist falsch: Auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts normiert dieser Pakt ein Doppelbestrafungsverbot nur für den innerstaatlichen Bereich, nicht transnational.

Zehn türkische Auslieferungsersuchen wurden den deutscherseits als unzulässig oder als zu wenig begründet abgelehnt. Ob es jemals eine deutsche staatsanwaltschaftliche Ermittlung zum Massenmord von Sivas gab, vermag auch der Abgeordnete Kilic nicht zu sagen. Kilic fordert, den Asylstatus Tatverdächtiger zu überprüfen.

Bei der Berliner Aleviten-Demonstration liefen türkische kommunistische Gruppen hinterdrein, wohl als Trittbrettfahrer. Unter ihnen war auch die verbotene „Volksfront“ („Halk Cephesi“, DHKP-C). Sie ist seit 2002 auch auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen verzeichnet. Ungehindert konnten ihre Vertreter mit Fahnen und Transparenten mit marschieren.

Michael Leh



Wünschen sich Gerechtigkeit: Auf einer großen Kundgebung in Berlin gedachten die Aleviten der Opfer des Massakers in der türkischen Stadt Sivas im Jahr 1993 Bild: Leh

MELDUNGEN



Sexszene erregt Muslime

Duisburg – Proteste muslimischer Studenten und die Beschädigung eines Ausstellungsstücks haben an der Universität Duisburg-Essen zur vorzeitigen Schließung einer studentischen Ausstellung geführt. Auslöser des Eklats war ein Plakat eines US-amerikanischen Zeichners, das eine Sexszene und daneben die Aufschrift „Allah“ zeigt. Angesichts des Verdachts einer Selbstzensur übt sich die Uni-Leitung inzwischen in Schadensbegrenzung. „Eine teilzensierte Ausstellung hätte als Eingeständnis einer Schuld gewertet werden können, was auf jeden Fall vermieden werden sollte“, so ein Vertreter der Universität. Außerdem galt es, die Studierenden zu schützen und einen normalen Bibliotheksbetrieb zu gewährleisten. Gegen eine Studentin, die das von ihr als anstößig empfundene Plakat zerstört hatte, wurde Strafanzeige gestellt. *N.H.*

AfD: Demokratie ist in Gefahr

Berlin – Bernd Lucke, Vorsitzender der Euro-kritischen Partei Alternative für Deutschland (AfD), fürchtet, dass die Euro-Rettung zur Gefahr für die Demokratie werden könnte. Hintergrund ist eine Studie der US-Großbank J.P. Morgan. Die Bank beklagt darin demokratische Mitbestimmungsrechte in Europa, welche die Euro-Rettung gefährdeten. Nur leicht verklausuliert schlussfolgert die Bank, dass der Euro nur zu erhalten sei, wenn die demokratischen Rechte der Völker in der Euro-Zone eingeschränkt würden. AfD-Chef Lucke warnt nach Bekanntwerden der Bank-Studie: „Den Euro zu retten, koste es, was es wolle, entpuppt sich demnach als Demokratie-Abbau-Programm. Weil die Menschen von Madrid bis Athen gegen die Euro-Diktatur aufbegehren, sollen sie jetzt an die Kette gelegt werden.“ *H.H.*

Mit zweierlei Maß

Westliche Agenten bleiben in Deutschland oft straffrei

Nur wenige Tage nachdem Deutschlands Politik dem von den USA gesuchten abtrünnigen Geheimdienstler Edward Snowden schlechte Aussichten auf Asyl signalisiert hatte, rächte sich der US-Enthüller: Bundesnachrichtendienst (BND) und US-Dienst National Security Agency (NSA) machten gemeinsame Sache, sagte er. Das politische Berlin weiß demnach seit geraumer Zeit von der großangelegten Ausspähung deutscher Telefone und Netzverbindungen durch britische und amerikanische Spione, es goutiert den Übergriff sogar.

Brauchten Spione bis in die 1990er Jahre Radartürme, um unter dem Vorwand des Kalten Krieges auch den westdeutschen Bündnispartner auszukundschaften, so bedarf es heute keiner Großtechnik mehr. Die Möglichkeiten haben sich durch das Internet enorm erweitert. Dank global versandter Daten lässt sich kein Lauschangriff umgehen. Die Ahndung von Spionage ist indes im Kalten Krieg steckengeblieben: Ein Stuttgarter Gericht verurteilte jetzt ein Rentnerpaar bekannt, als „Heidrun“ und „Andreas“, wegen Spionage für Russland zu fünfeinhalb und sechs Jahren Haft. Sie hatten den Nato und die EU ausgehorcht. Der Anwalt des Paares kritisierte das Urteil: Gleiches Recht müsse für alle gelten.

Die Liste der in Deutschland in den letzten Jahren verurteilten Spione weist tatsächlich keine westlichen „Verbündeten“ auf: Im Dezember verurteilte das Berliner Kammergericht einen Mann wegen Spionage für Syrien zu drei Jahren und drei Monaten Haft, weil er in Berlin syrische Oppositionelle bespitzelt hatte. Im Oktober 2011 erhielt ein Chinese eine Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung, weil er Uiguren in Deutschland ausgehorcht hatte. Spionage für Russland, Libyen, China und den Iran wurden in den letzten zehn Jahren geahndet. Eine Übersetzerin, die deutsche militärische U-Boot-Elektronikdaten aus eigenem Antrieb an China verkaufen wollte, erhielt 2004 eine Bewährungsstrafe von einem Jahr.



Fünfeinhalb Jahre Gefängnis: Für russische Agentin „Heidrun“ Bild: pa

Die eingeübte Rollenverteilung und Naivität gerät nun durch die Enthüllungen Snowdens ins Wanken, denn der wirtschaftliche Schaden ist enorm. Das Beratungsunternehmen Corporate Trust geht von mindestens 4,2 Milliarden Euro pro Jahr allein in Deutschland aus. Wirtschaftsdaten kleiner und mittelständischer Firmen sind am schlechtesten geschützt. Sie geraten als Beifang in die angeblich zur Terrorabwehr gespannten Abhörnetze der USA. Der Vertrieb, die Forschungsabteilung sowie Übernahmen und Fusionen von Firmen interessieren die Spione dabei laut Experten am meisten. Der Anteil westlicher Freunde am Lauschangriff ist unbekannt, galt doch China als Cyber-Angreifer Nummer eins. Die größte Schwachstelle der Firmen sind indes, Ironie für die von Snowden verratene NSA, illoyale Mitarbeiter. *SV*

MELDUNGEN

Niederlande: EU-Frust wächst

Den Haag – Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup im Auftrag der Tageszeitung „De Telegraaf" haben sich 39 Prozent der befragten Niederländer für einen EU-Austritt ihres Landes ausgesprochen. Bemerkbar macht sich die zunehmende EU-Skepsis vieler Niederländer inzwischen auch in der Politik der Regierungskoalition in Den Haag. Bereits im Juni hat Premier Mark Rutte eine Liste von Politikfeldern vorgelegt, die in nationaler Verantwortung bleiben sollen und für die Brüssel keine Kompetenzen erhalten soll. „Die Niederlande sind überzeugt, dass die Zeit einer immer engeren Union in jedem möglichen Politikfeld hinter uns liegt", so die niederländische Regierung in einem Bericht über die Zukunft der EU. *N.H.*

McDonalds verweigert sich

Ariel – Bewohner der gut 20 000 Einwohner zählenden israelischen Siedlung haben ihre Landsleute zum Boykott der 180 McDonalds-Restaurants im Land aufgerufen. Grund für den Aufruf ist die Weigerung von McDonalds Israel, in einem neu gebauten Einkaufszentrum in der Siedlung eine Filiale zu eröffnen. Der israelische Firmenchef Omri Padan, ein Gründungsmitglied der Organisation „Frieden Jetzt", ist der Meinung, dass die israelische Niederlassung des US-Konzerns nicht für das Gebiet zuständig sei, da es 19 Kilometer vom israelischen Kerngebiet entfernt im palästinensischen Westjordanland liegt. Im Firmenhauptquartier in den USA wird die Entscheidung unterstützt. Dies erzürnt einige Siedler offenbar sehr. Aus ihrer Sicht ist McDonalds Israel kein Unternehmen, sondern eine ideologische Organisation mit antiisraelischer Agenda. *Bel*

Hollande ist Glücksfall für Le Pen

Unzufriedenheit über die Unfähigkeit der sozialistischen Regierung spielt Front National in die Hände

In der Parti Socialiste von Präsident François Hollande liegen die Nerven blank. Die eigenen Umfragewerte sinken in den Keller, gleichzeitig steigt die Front National (FN) in der Gunst der Franzosen immer mehr auf. Das Erfolgsrezept von FN-Chefin Marine Le Pen sind bekannte Forderungen wie Zuwanderungsbegrenzung kombiniert mit „linken" Themen und einer offenen Kampfansage an die EU.

Vom „Versager" bis zum „Chamäleon auf Postensuche bei der Nato": EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso muss sich zurzeit einiges an Verbal-Attacken aus Paris anhören. Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg hat die Palette der Angriffe inzwischen um eine weitere Variante bereichert. „Herr Barroso ist die Antriebsfeder für die französische Front National. Das ist die Wahrheit", so Montebourg.

Zwar mag Barroso am EU-Verdruss einen gehörigen Anteil haben, bei vielen Franzosen wächst allerdings der Eindruck, dass es Präsident Hollande selbst ist, der das Land reif für die Front National macht. In Frankreich mehren sich die Zeichen, die nicht nur auf einen Stimmungswechsel, sondern sogar auf ein kommendes politisches Erdbeben hindeuten. Spektakulär schaffte es etwa ein Kandidat der Front National bei einer Nachwahl auf einen Stimmanteil von 46 Prozent. Während der Wahlkreis Villeneuve-sur-Lot bisher als linke Hochburg galt, schaffte es der Kandidat der Sozialisten dieses Mal nicht einmal bis zur Stichwahl. FN und UMP machten stattdessen die Wahl unter sich aus.

Dass in Hollandes Partei inzwischen die Nerven blank liegen und Zukunftsängste grassieren, hat aber noch eine andere Ursache. Erstmalig liegt die FN in Umfragen auf Augenhöhe mit den großen Volksparteien UMP (Gaullisten) und PS (Sozialisten). Für die beiden etablierten Parteien sind die prognostizierten Werte von lediglich 21 Prozent ein Desaster und für die FN ein Zeichen für einen fundamentalen Wandel in Frankreich. Die einst ausgegrenzte Protestpartei ohne reelle Machtchance beginnt, sich immer mehr zur politischen Alternative zu entwickeln. Die FN ist für viele Franzosen inzwischen wählbar geworden. Den Hauptanteil an dieser Entwicklung hat ein Konzept der FN-Parteichefin Marine Le Pen zur Erschließung neuer Wählerschichten. Während sich im linken Lager nach dem ersten Regierungsjahr Hollandes massive Enttäuschung breitgemacht hat, setzt die 44-jährige Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen immer stärker auf „linke" Themen. Sie kombiniert Kritik an Großbanken, Turbo-Kapitalismus, Nato und USA mit klassischen FN-Themen wie Islamkritik und Zuwanderungsbegrenzung, was eine Mischung mit

Umstrittene FN ist für immer mehr Franzosen wählbar

hoher politischer Durchschlagskraft ergibt. Nicht nur bei den Wählern, auch bei der politischen Konkurrenz, wie der Fall Anna Rosso-Raig zeigt. Mit ihr ist unlängst eine Politikerin zur FN übergelaufen, die bei den Wahlen im vergangenen Jahr noch als Kandidatin der Kommunisten angetreten war. Das Beispiel könnte sowohl bei der Parti Socialiste als auch bei der UMP Nachahmer finden.

War das erste Regierungsjahr von Hollande schon eine Steilvorlage für Marine Le Pen, so läuft die FN-Chefin mit der anhaltenden Euro-Krise erst richtig zu Höchstform auf. Sie fordert nichts anderes als den Ausstieg Frankreichs aus dem Euro und die Rückkehr zur eigenen Währung. „Sobald Frankreich aus dem Euro austritt, hört er auf zu existieren. Was wollen sie machen? Panzer schicken?", so die FN-Chefin, die für einen koordinierten Austritt von Frankreich, Italien und Spanien aus der Euro-Zone plädiert. Ziel des Plans ist die Wiederherstellung der französischen Wettbewerbsfähigkeit durch Rückkehr zu einer eigenen Währungspolitik.

Für noch mehr Alarmstimmung in Brüssel dürfte sorgen, was Marine Le Pen für den Fall ihres Einzugs in den Elysee-Palast als erste Amtshandlung angekündigt hat: die Abhaltung eines Referendums über den EU-Austritt Frankreichs.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Erfolge der FN könnten sich aktuelle Bestrebungen, Le Pen zu kriminalisieren, schnell zu einem politischen Eigentor entwickeln. Nachdem das EU-Parlament ihre parlamentarische Immunität aufgehoben hat, droht Le Pen eine Verurteilung wegen „Aufstachelung zum Hass, Diskriminierung und Gewalt gegen eine Gruppe von Personen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit". Der Anlass: Bereits im Jahr 2010 hatte die FN-Chefin auf einer Wahlveranstaltung das vor allem an Freitagen von Muslimen praktizierte Beten auf öffentlichen Plätzen in Frankreich kritisiert. Sie hatte diese Praxis mit der Okkupation durch Nazi-Truppen während des Zweiten Weltkriegs verglichen; es handle sich um eine Besetzung von Territorium ohne Panzer und Waffen, aber dennoch um eine Art Okkupation, so Le Pen. Der passende Hintergrund für den Versuch, die Politikerin nun per Strafgesetzbuch zu erledigen, sind nicht enden wollende handfeste Skandale bei Parti Socialiste und UMP. Erst wenige Wochen ist es her, dass Hollandes Budgetminister Jerome Cahuzac wegen einem Schwarzgeld in der Schweiz seinen Posten räumen musste. Nicht viel besser sieht es bei der Opposition aus. Der neueste Vorwurf gegen den ohnehin sehr skandalbehafteten Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy: Er soll bei der Erstattung der Kosten für seinen Präsidentschaftswahlkampf massiv getrickst haben. In diesem politischen Klima dürften Erfolge der FN bei den französischen Gemeindewahlen und der Europawahl im Jahr 2014 fast ein Selbstläufer sein. *Norman Hanert*



Immer mehr hoffen auf sie: FN-Chefin Marine Le Pen umgeben von Bewunderern Bild: Getty

Überdruss entscheidet

Kanadier vom Charme des neuen Liberalenchefs eingefangen

Zwar brachte der kanadische Premierminister Stephen Harper sein Land relativ unversehrt durch die weltweite Finanzkrise, trotzdem wackelt der Stuhl des Vorsitzenden der konservativen Partei. 2006, nach jahrelanger liberaler Dominanz, war Harper über die Bildung einer Minderheitsregierung an die Macht gelangt. Fünf Jahre später markierte seine Wiederwahl den Beginn einer konservativen Regierungsmehrheit in Kanada. Nun droht Harper der Wiederaufstieg der liberalen Partei, die seit April mit einem neuen Parteivorsitzendem, Justin Trudeau, wieder im Medienrampenlicht steht. Der 41-jährige Trudeau tritt in die politischen Fußstapfen seines verstorbenen Vaters, des ehemaligen Premierministers Pierre Trudeau, der während seiner Amtszeit eine sogenannte „Trudeau-Manie" in Kanada auslöste: Der erste Trudeau erlangte in Kanada einen Promi-Status, vergleichbar mit dem der Beatles.

Sollte diesen Sommer eine Wahl stattfinden, würden laut einer vor Kurzem durchführten Umfrage der kanadischen Zeitung „The National Post", 38 Prozent der Kanadier die liberale Partei wählen. Damit könnte Trudeau schon eine Minderheitsregierung bilden, denn nur 30 Prozent der Befragten würden die konservative Partei wählen. Allerdings ist die nächste Wahl erst für 2015 vorgesehen. Doch das scheint weder Harper noch Trudeau zu stören. Beide Politiker führen schon jetzt einen inoffiziellen Wahlkampf: Trudeau, wie sein Vater, mit Charme und Charisma und Harper, indem er die Schwächen seines jüngeren Gegners betont, hauptsächlich dessen politische Unerfahrenheit. Auch plant Harper zur Auffrischung seines Images die Umbildung seines Kabinetts. Bekannte kanadische Politiker wie Finanzminister Jim Flaherty und Außenminister John Baird könnten sich deswegen schon bald in anderen Ministerien wiederfinden.



Smart: Politischer Nachwuchs Justin Trudeau

Außenpolitisch ist Kanada vor allem als internationaler Friedensstifter bekannt, doch Harper fokussierte sich in seiner bisherigen Amtszeit stark auf die Innenpolitik. Manche spekulieren, dass Harpers Desinteresse an einer aktiven Außenpolitik das Land 2010 den Sitz im UN-Sicherheitsrat gekostet hat. Auch der Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll fand während der Harper-Regierung statt. Kritiker der konservativen Regierung werfen ihr unter anderem vor, dass Harper sich zu wenig um die Umwelt und die internationale Rolle Kanadas kümmerte. In diesen Punkten kontrastiert die liberale Partei wesentlich, denn in den politischen Grundsätzen der Partei stehen sowohl die Umwelt wie auch solide internationale Beziehungen im Vordergrund.

Kanada gilt für deutsche Politiker als wichtiger Handelspartner und in Kanada ist Deutschland als einer der zehn wichtigsten Direktinvestoren anerkannt. Die zwei Staaten verbindet ein wachsender Handel, der sich in den letzten 20 Jahren in einigen Bereichen mehr als verdoppelt hat. Noch ist es unklar, wie stark ein Regierungswechsel die kanadische Außenpolitik beeinflussen könnte. Spätestens bis 2015 stellt sich heraus, ob Angela Merkel weiterhin mit Harper verhandeln wird oder ob dieser durch den aufstrebenden Trudeau ersetzt wird. *Zoe H. Todd*

Wo das Volk Weichen stellt

Anders als in Stuttgart: Wie Zürich seinen Bahnhof tieferlegt

Den Reisenden, der in Zürich auf Gleis 7 mit dem Rail Jet ankommt, empfängt ein tiefes Loch. Große Schilder verkünden, wohin es dort demnächst gehen wird: 16 Meter in die Tiefe. Dort unten entsteht der neue Löwenbahnhof, dessen vier Durchgangsgleise den altehrwürdigen, seit nunmehr 166 Jahren bestehenden Kopfbahnhof entlasten sollen.

Bei täglich über 3000 Zugankünften und -abfahrten mit rund 400 000 Reisenden standen die Zürcher Anfang dieses Jahrhunderts vor ähnlichen Problemen wie die Stuttgarter: Der alte oberirdische Kopfbahnhof war dem heutigen Verkehr nicht mehr gewachsen, verbrauchte zudem viel wertvollen innerstädtischen Raum, verlängerte Fahrt- und Abfertigungszeiten. So reifte etwa zeitgleich in beiden Städten die Idee, mit der Bahn unter die Erde zu gehen.

Bald aber trennten sich die (Schienen-)Wege. Im Schwäbischen stellten Planer, Politiker und allzu oft auch Ideologen die Weichen, in der Schweiz das Volk. Am 23. September 2001 befanden die Stimmbürger des Kantons Zürich über das kühne Projekt – und genehmigten mit satten 82 Prozent Ja-Stimmen den Staatsvertrag, der auch die Finanzierung festschrieb. Danach übernimmt die Eidgenossenschaft zwei Drittel der Kosten, ein Drittel trägt der Kanton. Ursprünglich waren 1,45 Millionen Franken veranschlagt. Durch erhebliche Erweiterungen des Projekts (unter anderem Ausbau des Bahnhofs Oerlikon) stiegen die Gesamtkosten aber auf knapp über zwei Milliarden Franken (rund 1,6 Milliarden Euro).

Anders als in Stuttgart wollten die Zürcher ihren Hauptbahnhof

Nur ein Teil der Gleise verläuft künftig unterirdisch

nicht fast vollständig unter der Erde verschwinden lassen. Die bestehenden 16 Gleise des Kopfbahnhofs sollen weiterhin den Regionalverkehr und einen Teil der hier endenden Züge aufnehmen. Der nationale und internationale Verkehr hingegen wandert ebenso nach unten wie bereits ein Teil der Zürcher S-Bahn.

Das Tageslicht erspähen Reisende Richtung Nordwesten in diesen Zügen erst nach fünf Kilometern im neuen Bahnhof Oerlikon. So lang nämlich ist der S-förmig geschwungene Weinbergtunnel, der den Limmat, Teile der Innenstadt und die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) unterquert. Und natürlich die denkmalgeschützte alte Bahnhofshalle, die 1871 im prunkvollen Neorenaissance-Stil errichtet wurde. Damals kam man noch mit sechs Gleisen aus. Bereits 1902 wurde mit dem Bau zusätzlicher Gleise begonnen, 1933 entstand die heute noch genutzte Querhalle mit 16 Gleisen. Die alte Halle aber blieb erhalten und bildet heute den architektonischen Abschluss der Nobelmeile Bahnhofstrasse. Unter anderem beherbergt sie den alljährlichen Zürcher Weihnachtsmarkt.

Es passt natürlich zum Ruf der Limmat-Metropole, dass dieses neue Bahnhofsensemble sich auch als gigantisches Geschäfts- und Einkaufszentrum über mehrere Etagen präsentiert. Und es passt erst recht zum demokratischen Selbstverständnis der Schweizer, dass sie zu den vom Volk getroffenen Entscheidungen stehen, diese nicht in einer Flut von Prozessen und Protesten in frage stellen, sondern darauf achten, dass durch sorgfältige Planung und Ausführung Volkes Wille auch durchgesetzt wird. So kommt Zürich mit bemerkenswert kurzen Bauzeiten zurecht: 2007 wurde mit den Arbeiten an Bahnhof und Tunnel begonnen, im Juni 2014 sollen die ersten Züge. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Haben Goldanleger auf Sand gebaut?

Zwar ist der Preis gesunken, doch an einer verbesserten Lage der Weltwirtschaft kann es nicht liegen

Gold- und Silber-Anleger sind nach den jüngsten dramatischen Kurseinbrüchen der Edelmetalle zutiefst verunsichert. Nie seit 1920 sei der Preis von Gold in so kurzer Zeit so stark eingebrochen wie in diesem Jahr, berichten Analysten.

Wie kam es zum Einbrechen des Goldpreises? War das bloß die Folge kurzfristiger Spekulation? Oder wurde Gold als Antwort auf die Währungskrise, auf politische und wirtschaftliche Verwerfungen gar überschätzt, weil die Probleme gar nicht so groß sind, wie wir dachten? Und wie geht es weiter?

Vor allem die letzte Frage spaltet die Analysten in zwei Lager. Beide verweisen auf Erfahrungen der jüngeren Geschichte, streiten sich nur darüber, welche Epoche mit der heutigen am besten vergleichbar wäre. Die Pessimisten meinen, die 80er Jahre dürften sich wiederholen: 1980 erreichte das gelbe Metall seinen bis dahin höchsten Wert. Danach fiel es nach einem mehrere Jahre dauernden Auf und Ab in eine Lethargie, die bis zur Jahrtausendwende andauerte. Sollte sich das wiederholen, müssen sich die Goldanleger auf viele magere Jahre einstellen und die, die zu spät (also relativ teuer) eingekauft haben, gar mit herben Verlusten abfinden. Es sei denn, die Optimisten haben recht: Die sehen in den jüngsten Einbrüchen vor allem Parallelen zu den 70er Jahren: Von 1971 bis 1974 war der Goldpreis von 35 US-Dollar pro Unze (gut 31 Gramm) auf rund 200 Dollar gestiegen, bevor er sich in den zwei Folgejahren wieder halbierte. Ähnlich wie heute schrieben Banken und Medien das Metall damals tot, da komme nichts mehr.

Was sie nicht wussten: Ab 1976 setzte Gold erst richtig zum Sturm an und verachtfachte sich im Preis bis zum Ende des Jahrzehnts. Um die zwischenzeitliche Geldentwertung bereinigt stand es mit 850 US-Dollar auf seinem bis heute nicht mehr erreichten Allzeithoch. Zwar hatte es 2011 einen Preis von 1920 US-Dollar erklommen, doch die waren nach Abzug der Teuerung seit 1980 weit weniger wert als die 850 US-Dollar damals.

Wer hat Recht? Die Pessimisten fußen ihre negative Aussicht für das gelbe Metall auf positive Ausblicke zur Währungskrise und der wirtschaftlichen Entwicklung: Der Chef der US-Notenbank Fed, Ben Bernanke, hat angedeutet, die Ausweitung der Geldmenge durch massiven Ankauf von Schuldtiteln der US-Regierung (Staatsanleihen) bald zurückfahren zu wollen. Mit den Käufen pumpte er bisher Geld in den Umlauf, um die lahmende Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Der Haken: Wächst die Geldmenge stärker als die Wirtschaftsleistung, kann dies die Geldwertstabilität schwächen, was wiederum die Anleger veranlasst, zum Gold auszuweichen, um ihre Guthaben zu sichern vor dem schwachen Papiergeld der Notenbanken. Tritt Bernanke auf die Bremse bei der Geldproduktion, hätte dies den umgekehrten Effekt, Gold verliert. Die Frage ist, ob die Fed den Ankündigungen jemals Taten folgen lässt. Daran haben Experten erhebliche Zweifel, denn die Entwicklung in der Wirtschaft, am Arbeitsmarkt und in den Staatsfinanzen der USA bleibe schlecht. Und Bernanke sagte, erst wenn sich die Lage deutlich bessere, würde er mit dem „Gelddrucken“ aufhören.

Der zweite Grund für die negative Aussicht für Gold ist die Annahme, dass sich die Konjunktur in Europa, aber auch in anderen Staaten wie Japan bald aufhellen wird und die Euro-Krise damit an Dramatik verlieren würde. Die Euro-Krise war ein wesentlicher Treiber für die Flucht ins Gold. Jüngste Meldungen aus Portugal, Italien, Griechenland und sogar Frankreich deuten indes darauf hin, dass der Optimismus ziemlich verfrüht war. Statt einer Entspannung der Euro-Krise scheint vielmehr eine heftige Verschärfung ins Haus zu stehen, was dem Goldpreis bald wieder Rückenwind verschaffen könnte.

> Vieles spricht dafür, dass Banken die Preise manipulieren

Die Anzeichen deuten eher darauf, dass die Euro-Krise sich mit Macht zurückmeldet und auch wichtige Märkte wie Japan, China oder bedeutende Schwellenländer wie Indien vor äußerst heiklen Zeiten stehen. Dass Gold dann trotzdem fallen könnte, hängt auch mit bloßer Spekulation zusammen. Die geschieht beispielsweise über „Optionsscheine“ (Option: Möglichkeit), die an der Börse gehandelt werden. Dabei handelt es sich um Wetten: Wer etwa von steigenden Kursen ausgeht, kann für einen überschaubaren Geldbetrag die Option erwerben, Gold zu einem festen Datum in der nahen Zukunft für einen festen Preis zu kaufen, etwa 950 Euro. Steigt der Preis zu dem Datum auf 1250 Euro, kann er dann für 950 Euro kaufen und einen Moment später für die jetzt gültigen 1250 Euro wieder verkaufen, ein Bombengeschäft! Und ein herber Verlust für denjenigen, der ihm diese Option seinerzeit verkauft hat, denn der muss umgekehrt am Einlösetag (Verfallstag) die Unze für 1250 Euro am Markt kaufen, um sie dem Optionsinhaber für die vereinbarten 950 zu verkaufen.

Die Anbieter solcher Optionen sind große Finanzdienstleister wie Banken oder Hedgefonds, die in diesem Geschäft als „Stillhalter“ bezeichnet werden. Die Stillhalter aber haben dem kleinen Anleger gegenüber einen gewaltigen Vorteil: Sie verfügen über gewaltige Marktmacht und können die Preise beeinflussen. Fällt der Preis aber unter 950 Euro, verfällt die Kaufoption und die „Stillhalter“ können die Optionsgebühr behalten.

In der jüngeren Vergangenheit überschlugen sich Banken-„Experten“ mit positiven Aussichten für den Goldpreis, derweil sie kräftig Kaufoptionen verkauften. Als der Preis nun fiel, verfielen all diese Optionen und die Banken konnten die Kaufgebühr behalten. Ein Grund, den Prognosen der Großbanken skeptisch gegenüberzutreten. Kritiker halten ihnen nämlich vor, Anleger mit solchen Prognosen absichtlich auf die falsche Fährte zu locken, um so viel Geld mit Optionsscheinen zu verdienen, die dann – durch das Handeln der Banken selbst – im Orkus landen.

Derzeit prognostizieren die Banken fast durchweg einen weiter fallenden Goldpreis – und bieten Optionen (diesmal Verkaufsoptionen) an, mit denen die Anleger auf einen fallenden Goldpreis wetten sollen. Hierbei läuft alles entgegengesetzt zu den Kaufoptionen: Steigt der Goldpreis, verlieren die Anleger in diesem Falle und die Banken sind abermals die Nutznießer.

Für den Langfristanleger sind solche Spielchen indes unerheblich: Er orientiert sich an seiner Einschätzung vor allem der Währungsstabilität. Hält er die für gegeben, ist Gold kaum das Richtige für ihn. Hat er hinsichtlich der Festigkeit von Dollar, Euro, Yen und Pfund hingegen Bedenken, bleibt Gold attraktiv. *Hans Heckel*



Gold: Beliebte Anlagealternative in wirtschaftlichen Krisenzeiten — Bild: Glow images

KURZ NOTIERT

Euro verliert an Gewicht: Der Euro verliert als Weltreservewährung an Gewicht. Waren 2010 noch 25,8 Prozent der weltweiten Devisenreserven in Euro angelegt, so schrumpfte dieser Anteil 2012 auf 23,9 Prozent. Der Dollar konnte mit 61,9 Prozent seine Spitzenstellung als globale Leit- und Anlagewährung behaupten. Briten-Pfund und japanischer Yen machen je nur rund vier Prozent aus. *H.H.*

Peking will Yuan zur Weltwährung machen: Während sich verschiedene europäische Finanzplätze darum bewerben, neues Zentrum für den Handel mit der chinesischen Währung Yuan/Remninbi zu werden, setzt Peking alles daran, seine Währung zur Welt-Reservewährung auszubauen. Damit greift Peking den US-Dollar an. Aus Chinas Sicht ist das verständlich, denn da sehr viele Waren in US-Dollar gehandelt werden, sitzt das Land, das seit Jahren einen Exportüberschuss aufweist, auf 3,4 Billionen US-Dollar. Ob diese jedoch ihren Wert stabil halten, ist angesichts der expansiven Gelddruckerei der US-Zentralbank unwahrscheinlich. Um die eigene Währung attraktiv zu machen, kauft Peking derzeit massiv Gold auf. *Bel*

Notargebühren steigen deutlich: Um bis zu 80 Prozent steigen laut von der Tageszeitung „Die Welt“ in Auftrag gegebenen Berechnungen ab August die Notargebühren. Die Notarkammer hält die Angaben zwar für übertrieben, geht aber immerhin von einem Plus von 17 Prozent bei Standardfällen wie Hauskauf oder Testament aus. Der Bundesrat hat die Erhöhung im Schnelldurchlauf mit 40 anderen Gesetzen am letzten Tag vor der Sommerpause auf den Weg gebracht. *Bel*

Frauenquote auch bei Mittelständlern: Dem Rechts- und Frauenrechteausschuss des EU-Parlament geht der Vorschlag von EU-Kommissarin Viviane Reding, bis 2020 eine Frauenquote von 40 Prozent in den Aufsichtsräten aller börsennotierten Unternehmen einzuführen, nicht weit genug. Sie fordern diese auch für alle mittelständischen Unternehmen. *Bel*

Von wegen strahlende Zukunft

Uran wird immer knapper – Abrüstung stopft bereits Rohstoff-Lücke

Die Macht des Faktischen wird es sein, die in nicht allzu ferner Zukunft die Diskussion um die Atomkraft in eine völlig neue Richtung treiben wird: Der Brennstoff Uran wird nicht mehr für alle bestehenden und derzeit geplanten Kernkraftwerke ausreichen, so das Ergebnis einer Studie, die an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich angefertigt wurde. Die Untersuchung, bei der alle größeren existierenden und bis 2030 geplanten Uranförderstätten mit einbezogen wurden, kommt zu dem Ergebnis, dass Lieferengpässe und Rekordpreise bei Uran dazu führen, dass sich künftig einige Länder den Betrieb von Atomkraftwerken nicht mehr leisten können. Die drohende Folge: In den betroffenen Ländern gerät die Stromversorgung in ernste Gefahr.

Einstellen wird sich dieses Szenario selbst für den Fall, dass die nukleare Stromerzeugung nur mit einem Prozent jährlich wächst, so die Prognose. Tatsächlich sind aber weltweit zu den bereits 432 bestehenden Reaktoren derzeit noch einmal 68 Reaktorblöcke im Bau, darunter das künftig weltweit größte AKW in China. Konkret rechnen die Autoren der Studie damit, dass der Höhepunkt des Uran-Abbaus bereits 2015 mit einer Jahresförderung von rund 58 000 Tonnen erreicht sein wird. Auf den ersten Blick eine beeindruckende Zahl, tatsächlich liegt der weltweite Jahresverbrauch derzeit aber bei 60 000 Tonnen. In den darauffolgenden Jahren werde die Förderung dann rasch in den Keller gehen, so dass für 2030 nur noch mit einer Förderung von 41 000 Tonnen zu rechnen sei.

> Stromversorgung in ärmeren Ländern ist gefährdet

Vor dem Hintergrund der Prognose erscheint auch die jüngst von US-Präsidenten Barack Obama verkündete Abrüstungsinitiative bei Kernwaffen in einem etwas anderen Licht. Mit der Verringerung des Arsenals an nuklearen Sprengköpfen sparen die USA nicht nur Milliardenbeträge, es würde künftig auch mehr Uran für die zivile Nutzung frei. Der „Joker“ Friedensdividende wird schon seit dem Jahr 1990 ausgiebig genutzt. Bereits seit diesem Jahr wurde mehr Uran verbraucht als gefördert. Möglich war dies, weil nach dem Ende des Kalten Krieges zivile und militärische Uranreserven aufgelöst wurden.

Zumindest für private Investoren dürfte das von den Wissenschaftlern vorausgesagte Szenario einer kommenden Uranverknappung keine Neuigkeit, sondern nur eine Bestätigung eigener Untersuchungen sein. Selbst mit staatlichen Bürgschaften hat das Interesse an AKW-Neubauten mit privatem Geld nachgelassen. Klüger als der Markt will indessen die britische Regierung sein. Da auf Basis rein privater Investitionen ein AKW-Neubau nicht zustande kommen will, sollen nun staatliche Bürgschaften über 11,6 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Nachdem 2012 die deutschen Versorger Eon und RWE aus Kostengründen ihre Pläne für den Neubau von Kernkraftwerken in Großbritannien aufgegeben haben, scheint nun der französische Staatskonzern EDF anzubeißen. Statt der angebotenen Bürgschaften haben die Franzosen aber an London eine Forderung, die noch mehr Richtung Planwirtschaft geht: Unabhängig vom Markt will EDF einen Garantiepreis für seinen Strom. *N.H.*

Pleitegeier statt Adler

USA: Marode Infrastruktur stellt Weltmachtsanspruch infrage

Mehr als 50 Milliarden Dollar geben die USA im Jahr für ihre Geheimdienste aus, während gleichzeitig das Fundament einer funktionierenden Wirtschaft, die Infrastruktur, kurz vor dem Kollaps steht und für die Modernisierung an allen Ecken und Enden die Mittel fehlen. Ein Hochtechnologieland manövriert sich langsam ins Aus, denn der Weltmachtsanspruch Washingtons steht längst auf tönernen Füßen. Mangels Masse sind auch internationale Aktivitäten nur noch beschränkt möglich. Da können selbst die vollmundigen Reden des amtierenden US-Präsidenten Barack Obama nicht mehr darüber hinweg täuschen.

Allein die erforderliche Sanierung der Wasserversorgung würde in den kommenden zwei Jahrzehnten rund 300 Milliarden Dollar verschlingen. Derzeit gehen durch Lecks der 60 und mehr Jahre alten Leitungen täglich fast 30 Millionen Liter Trinkwasser verloren.

Die Instandsetzung der Wasserwege und anderer Transportwege erfordert gar 2,5 Billiarden Dollar. Die Wasserstraßen etwa sind mit einem Transportaufkommen von 500 Millionen Tonnen pro Jahr unverzichtbar. Ähnliches gilt für die Erneuerung des überalterten Stromleitungsnetzes, für schlechte Telefonleitungen, für löchrige Straßen, den maroden Schienenverkehr, für etwa 600 000 Brükken, von denen 100 000 akut einsturzgefährdet sind. Damit nicht genug, auch Häfen, Flughäfen und das für die Ökonomie unverzichtbare Netz der Wasserstraßen stehen vor dem Kollaps. Etwa 4000 inzwischen gefährliche Staudämme und die meisten Schulen des Landes müssten erneuert werden. Die dafür erforderlichen Finanzmittel gehen in die Billionen. Umso mehr verwundern die Kosten für einen kostspieligen Spionageapparat, der sogar vor den europäischen Partnern Amerikas nicht haltmacht.



Bröckelndes Fundament: Schlaglöcher dominieren

Der wirtschaftliche Niedergang der Stadt Detroit, in der langsam die Lichter erlischen, ist wie ein Fanal, eine Botschaft an die ganze Nation: Ähnliches könnte ihr selbst geschehen. Allein die zunehmenden Stromausfälle nach jedem Hurrikan, Gewittersturm, Tornado oder Blizzard sprechen eine deutliche Sprache. Oft sind eine Million und mehr Menschen tagelang ohne Elektrizität und retten sich, wie auch Betriebe und Hotels, mit teuren Dieselgeneratoren über die Runden.

Bereits heute rangieren die USA auf der Infrastrukturliste des World Economic Forums nur auf Platz 25, nach Ländern wie Südkorea und Barbados. Deutschland nimmt Platz neun ein. *J. Feyerabend*

Kinder schützen

Von Maria Bornhöft

Kampf gegen Rechts" bereits ab dem Kindergarten? Voller Erstaunen nahm ein *PAZ*-Leser einen Bericht seiner Lokalzeitung zur Kenntnis. Dieses Erstaunen kann man nur teilen, denn wie sollen kleine Kinder unter sieben Jahren in der Lage sein, die Materie ohne den historischen Zusammenhang zu verstehen. Da die Kleinen keinerlei geschichtliches Grundwissen mitbringen, kann man bei ihnen „Kampf gegen Rechts" nur betreiben, wenn man ihnen Schlagworte und Parolen einimpft. Dass Derartiges keine Langfristwirkung haben und sogar den gegenteiligen Effekt erzielen kann, nämlich das spätere blinde Aufbegehren gegen ideologische Indoktrination, müsste eigentlich für alle erkennbar sein. Zudem hat Politik im Kindergarten nichts zu suchen. Dafür sollte den Kindern spielerisch beigebracht werden, ein eigenes Urteilsvermögen auszubilden. Was ist gut und was ist böse, das erfährt man im Spiel miteinander, aber auch durch klassische Märchen sehr gut. Auf so etwas Simples kommen aber politisch korrekte Kleingeister offenbar nicht, zumal ja die deutschen Märchen für sie teilweise indiskutabel sind, da sie Dinge und Wörter enthalten, die für sie tabu sind.

Gut gerüstet

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU hat Litauen die Krise gut gemeistert. Und die Litauer können stolz darauf sein, denn während andere – wie das jüngste Beispiel Kroatien zeigt – schon die Hand aufhalten, kaum dass sie Mitglied der Union geworden sind, haben die Litauer ihren Kopf weitgehend selbst aus der Schlinge gezogen. Es ist das Verdienst der resoluten Präsidentin Dalia Grybauskaite, die als sehr höflich, aber hart in Verhandlungen beschrieben wird, dass sich das Land wieder auf Wachstumskurs befindet und sogar einige Auslandsschulden frühzeitig zurückzahlen konnte. 2009 verordnete sie dem Land rigide Sparmaßnahmen und Reformen trotz großer innenpolitischer Probleme. Seit dem EU-Beitritt sind Hunderttausende junger und gut ausgebildeter Menschen ausgewandert. Durch einen Sterbeüberschuss schrumpft die Bevölkerung weiter. Dennoch gelang es der überzeugten Europäerin, das Land rasch wieder nach vorne zu bringen, so dass Litauen heute wieder als europäischer Musterknabe gelten kann. Kaum eine andere Volkswirtschaft der EU kann derzeit so gute Wachstumszahlen vorweisen. Insofern tritt das Land die Ratspräsidentschaft gut gerüstet an, denn die Finanzexpertin Grybauskaite scheut sich nicht vor unangenehmen Themen. Sie will „Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors" ergreifen und die „Umsetzung der Instrumente, mit denen die Haushaltsdisziplin in der EU gestärkt werden soll". Ihre Worte, in den kommenden Monaten zu „liefern, wie es Europas Bürger jeden Tag tun" – aus ihrem Munde klingen sie glaubwürdig.

Verwirrende Statistiken

Von Rebecca Bellano

Manchmal versteht man nach dem Lesen der Zeitungen die Welt noch weniger als zuvor. So vermeldete „Focus" beispielsweise dieser Tage: „Wirtschaft verschmäht ältere Jobsuchende". Gleichzeitig meldet die „Bild"-Zeitung aber: „Mehr ältere Arbeitnehmer in Deutschland". Doch was auf den ersten Blick nicht zusammenpasst, das fügt sich auf den zweiten. So muss man im Hinterkopf haben, dass die Zahl der älteren Arbeitnehmer aufgrund der hohen Geburtenraten der Jahrgänge und einer höheren Berufstätigkeit der Frauen der betroffenen Jahrgänge im Vergleich zu den Generationen davor insgesamt eine höhere Zahl erwerbsfähiger Arbeitnehmer ergibt. Und wenn dann das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) vermeldet, dass sich bei den 60- bis unter 65-Jährigen zwischen 2001 und 2011 die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 11,6 auf 27,5 Prozent erhöht, dann schließt es nicht aus, dass sich zwischen 2008 und heute die Zahl der über 55-Jährigen, die arbeitslos sind, ebenfalls erhöht hat. Zudem sind laut Bundesarbeitsagentur für Arbeit auch viele der jetzt über 55-Jährigen seit zehn Jahren ohne Job, mit anderen Worten Langzeitarbeitslose, die in ihrer Arbeitslosigkeit einfach in die Jahre gekommen sind.

Trotzdem verärgern solche oft kommentarlos in den Raum geworfenen Statistiken. Und vor allem bietet sich den Politikern, aber auch der Wirtschaft die Möglichkeit, die jeweiligen Zahlen je nach Interessenlage in ihrem Sinne zu missbrauchen.

Egal ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – auf beiden Seiten finden sich immer Personen, die ihr Verhalten verbessern können.

> Wie ist es nun wirklich um die älteren Arbeitnehmer bestellt?

So gibt es durchaus Arbeitnehmer, die nach über drei Jahrzehnten im Beruf irgendwann keine Lust mehr haben, sich ständig Veränderungen anzupassen. Da hilft dann nur eine Abfindung von Seiten des Arbeitgebers, auch um den Betriebsfrieden zu wahren. Gleichzeitig ist die Herzlosigkeit mancher Arbeitgeber, wenn sie langjährige Mitarbeiter auf die Straße setzen, nur weil diese altersbedingt längere Krankheitsphasen aufweisen, nicht hinnehmbar. Bezüglich der Arbeitgeber kann man jedoch über öffentlichen Druck einiges erreichen. Ein gutes Images kann man hervorragend dadurch erreichen, dass man ein sozialer Arbeitgeber ist. Das fördert nicht nur die Außenwirkung, sondern motiviert auch Mitarbeiter.

Ob dieses große Ziel jedoch jedem Abteilungsleiter bewusst ist, ist zu bezweifeln. Wie sonst ist es zu erklären, dass eine junge Hamburger Assistenzärztin von ihrem Chefarzt niedergemacht wurde, als sie ihm stolz erzählte, dass sie schwanger sei, obwohl Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Politik und den Medien so hoch im Trend stehen. Denn statt Glückwünschen bekam die 28-Jährige zu hören, dass sie gefälligst nach der Geburt sofort in Vollzeit wiederzukommen habe.



Älterer Arbeitnehmer in einer Schreinerei: „Mehr ältere Arbeitnehmer in Deutschland", besagt die eine Meldung, während die andere aussagt, dass die Wirtschaft ältere Arbeitnehmer oft verschmäht. Wie passt das zusammen?

Bild: pa

Gastkommentar

Wider die vegetarischen Eiferer



Von Tahir Chaudhry

Verwahrloste Tiere auf den Straßen der Dritten Welt rühren uns zu Tränen, aber wie das Tier auf unseren Teller kommt, verdrängen wir einfach. Ja, aus dem Supermarkt, oder etwa nicht? Und vielleicht hat ja der knuddelige Grinse-Bär auf der Wurstverpackung etwas mit der Erzeugung zu tun? Hingegen fragt sich niemand, warum der Grinse-Bär eigentlich so fröhlich grinst. Er grinst ganz bestimmt, weil er sich eine goldene Nase an der Massenproduktion verdient. Bevor Sie jetzt dem Grinse-Bären grollen, muss man ihn irgendwo auch in Schutz nehmen. Er muss doch irgendwie seine Familie ernähren! Außerdem leisten sich viele andere mindestens genauso große Verfehlungen!

Ach, was haben wir nicht alles in der letzten Zeit erlebt! Das Pferd mischt sich ins Rinderhack, Dioxin in das Ei, Gammelfleisch in den Döner, Mäusekot ins Brot, Ehec in die Tomate. Ach nein, stopp ... Wir reden hier nur über Fleisch! Ja, es braucht Skandale, damit der Mensch über seine Gewohnheiten nachdenkt. Und siehe da! Ganz plötzlich prangern immer mehr Menschen die Abnahme der Fleischqualität an und finden sogar moralische Gründe für eine radikale Abkehr vom Fleischkonsum. Vor 50 Jahren hat die Moral noch niemanden interessiert. Denn meist wurde die Frage, ob man moralisch gesehen Tiere essen darf – wie es der Arzt und Psychologe Johann August Unzer treffend formulierte – von den Gelehrten „bei einem Rinderbraten entschieden". Vegetarismus scheint eine Luxuserscheinung zu sein. Fragen Sie doch mal einen Bewohner der afrikanischen Savanne oder einen Inuit, ob er auf Fleisch verzichten möchte? Ja, auch heute gibt es Menschen, die auf das Fleisch von Tieren angewiesen sind.

> Ein vollkommener Verzicht auf Fleisch ist nicht begründbar

In unserer Gesellschaft ersetzen Tiere für viele Menschen das Kind oder den Freund. Doch jedes Tier, das wir halten, wird zum „Haustier". Somit verliert es alles Tierische, sobald es verzärtelt wird, einen Namen oder ein kleines Jäckchen bekommt. Für dieselben Menschen können Tiere gleichzeitig wohlschmeckende Lebewesen sein, die als ein käufliches Objekt, als eine Sache, betrachtet werden. Tiere im Zoo, die hinter dem Zaun wild sind, werden ehrfürchtig bestaunt. Tiere in Zeichentrickfilmen treten zu Unterhaltungszwecken in menschlicher Form und Fähigkeit auf. Allerdings kann der knuddelige Grinse-Bär aus dem Supermarkt etwas, was Nemo und Bambi nicht können. Er drängt sich in den Vordergrund, schickt den Schlachter in seinem Schatten zum Huhn, um es zur leckeren Geflügelwurst werden zu lassen. Beißt der Konsument nun in die Wurst, denkt er nicht mehr an das Huhn, sondern an die leckere Wurst vom fröhlichen Bären auf der Verpackung.

Ganz egal, wie grausam sich das anhören mag, ein vollkommener Verzicht auf Fleisch ist nicht begründbar. Die Art, wie wir an das Fleisch kommen, ist dagegen höchst bedenklich. „Das ist inhuman! Das ist ja nicht zumutbar", klagen Tierschützer wie einfache Bürger, aber allen voran Vegetarier. Indes sind diese emotionalen Ausrufe keinerlei Argumente. So etwas wie „Zumutbarkeit" ist dem Tier gänzlich fremd und „inhuman" sind Tiere selbst. Daher tut es mir leid, liebe Vegetaristen. Tiere gehören genauso wie Pflanzen oder Bakterien nicht unserer Personengemeinschaft, unserer Menschenfamilie an. Religiöse, Naturwissenschaftler und Philosophen sind sich generell einig: Tiere sind instinktgebundene Wesen. Auch wenn sie eine Intelligenz und Gefühle haben, grübeln sie nicht lange vor sich hin und Leben im Hier und Jetzt. Sie haben im Vergleich zum Menschen kein Potenzial, welches es zu verwirklichen gäbe. Sie können zwar Erfahrungen speichern, aber nicht „wissen" im menschlichen Sinne, wie beispielsweise das Wissen darum, dass sie irgendwann einmal sterben werden. Demgegenüber ist der Mensch dazu in der Lage, mit seiner Vernunft zu reflektieren und sich selbst in Beziehung zu anderen zu setzen. Genau diese Fähigkeit macht ihn für sein Handeln verantwortlich. In letzter Zeit mehren sich Stimmen derer, die gegen eine Grenzziehung zwischen dem nur-animalischen und dem menschlichen sind. Doch was ist deren Ziel? Sie schwärmen von einer Welt, in der sich der Mensch wieder als eigenartiges Tier verhält noch den gemeinsamen Ursprung verdrängt. Jemand, der die Werte-Unterschiede zwischen der menschlichen Gesellschaft und dem Tierreich nicht unterscheiden kann, der sollte zurück in den Dschungel. An einen Ort, der weder „gut" noch „böse", weder Dankbarkeit noch Hass, weder Neid noch Machthunger kennt. Ein Ort, wo das Recht des Stärkeren gilt und Mord aus reinem Selbsterhaltungstrieb geschieht.

Bei aller Sensibilität sollte doch eines im Auge behalten werden. Der Mensch wäre ohne das Verlangen nach Fleisch und das damit verbundene Töten von Tieren nie so weit gekommen. Hinzu kommt, dass der Mensch, egal wo er einen Lebensraum beansprucht, Tiere tötet. Ist es praktikabel, wenn Öko-Hippie-Vegetaristen fordern, dass kein Lebewesen jemals sterben dürfe? Aber heute ist es Köchen verboten, Desinfektionsmittel gegen Bakterien einzusetzen. Kindern ist es verboten, im Garten zu spielen, da Pflanzen zertreten werden. Der Bauer darf für seine Ernte kein Ungeziefer, keine Feldhasen oder Wühlmäuse mehr töten. Es darf kein Transportmittel genutzt werden, da Kröten und Insekten getötet werden. Auf Ökostrom muss auch verzichtet werden, da Windräder Vögel und Fledermäuse töten. Bye-bye, Fortschritt!

> Doch Fleischesser tragen auch Verantwortung

Der Tötungsakt selbst kann nicht problematisiert werden. Denn dieser stellt für die Tiere, die wir für gewöhnlich verzehren, lediglich einen Augenblicksschmerz dar. Wie lange es existiert, spielt für das Tier selbst überhaupt keine Rolle. Dagegen aber sicher, wie es am Leben ist. Auch wenn Tiere keine Rechte haben, die sie einfordern könnten, haben wir dennoch Pflichten ihnen gegenüber. Aus philosophischer Sicht ergibt sich die Verpflichtung aus der Handlungsfreiheit des Menschen und der Fähigkeit, Mitleid oder Glück überhaupt zu verspüren. Aus religiöser Sicht wird der Mensch zum respektvollen Umgang mit der Schöpfung Gottes verpflichtet. Und es ist nicht die Ethik der monotheistischen Religionen, die den Menschen zum legitimen Machthaber über die Umwelt zum Zwecke der Ausbeutung erhoben hat. Sie macht dem Menschen den Vorrang vor dem Tier lediglich bewusst, damit der Mensch Verantwortung übernimmt.

Stattdessen haben wir unsere Verantwortung längst von uns gewiesen und brutale Praktiken hinter hohen Zäunen und in abgelegenen Lagerhallen weiterentwickelt. Die Folgen der brutalen Tierhaltung und der gigantischen Fleischproduktion müssen sichtbar werden, damit zur Bewusstseinsbildung des Einzelnen beigetragen wird. Kontrolle oder Zwang werden keine Veränderung des Essverhaltens herbeiführen. In Nordamerika und Europa wird am meisten Fleisch auf der Welt gegessen, in anderen Teilen der Welt ist Fleisch ein Luxusgut. Schon eine minimale Reduktion des Fleischkonsums bei uns würde die Fleischproduktion entschleunigen, die Massentierhaltung abbauen, die Umweltbelastungen reduzieren und den Auftritt von Zivilisationskrankheiten mindern. Teilzeit-Vegetarier braucht die Welt!

Tahir Chaudhry, geboren 1989 in Rendsburg als Sohn indischer Einwanderer, ist Journalist, Blogger und Dokumentarfilmer. Er studiert Philosophie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel.

Die Geburt des »Holländers«

Von Pillau aus unternahm Richard Wagner, dessen 200. Geburtstag jetzt gefeiert wird, eine denkwürdige Reise

Auf der Flucht vor Gläubigern stach Richard Wagner im Juli 1839 von Pillau aus in See. Die stürmische Reise nach London inspirierte ihn zu seiner Oper „Der Fliegende Holländer".

Am 19. Juli 1839, frühmorgens vor Sonnenaufgang, gingen Richard Wagner und seine Ehefrau Minna, die er vier Jahre zuvor in Königsberg geehelicht hatte, im Hafen von Pillau heimlich an Bord eines kleinen Frachtschiffs namens „Thetis". Ein Boot hatte die beiden Passagiere mitsamt ihrem Hund „Robber" unbemerkt von der Hafenwache zu dem abfahrbereiten Schoner gebracht. Wagner befand sich auf der Flucht vor seinen Gläubigern.

Im August 1837 hatte der damals 24-jährige Dirigent und Komponist am Deutschen Theater in Riga eine Anstellung als Musikdirektor angetreten. Es war bereits sein drittes Engagement. In der zum russischen Reich gehörenden Metropole war er sicher vor den Nachstellungen seiner Gläubiger aus Magdeburg und Königsberg. 1837/38 begann er mit der Arbeit an seiner Oper „Rienzi", und in Heinrich Heines Schelmendichtung „Aus den Memoiren des Herrn von Schnabelewopski" fand er die Sage vom „Fliegenden Holländer", die ihm die Rahmenhandlung für seine Oper gleichen Namens gab.

Die Sage beruht auf dem stark ausgeprägten Aberglauben der Seeleute und erzählt von einem verwünschten Schiff, das nie in einen Hafen gelangen kann und seit undenklicher Zeit auf dem Meer herumfährt. Sein Kapitän, ein Holländer, habe einst in einem Sturm geschworen, dass er ein Kap umrunden wolle, und sollte er auch bis zum Tag des Jüngsten Gerichts segeln müssen.



Im Mastkorb „Auf der Wacht": Anton de Ridder als singender Holländer in einer Aufführung von 1980 Bild: pa

Schon Ende März 1839 verlor Wagner nach einem Streit mit dem Theaterdirektor seine Anstellung in Riga. Außerstande, seine Schulden zu begleichen, plante er die Flucht aus Russland über Preußen ins Ausland. Damit seine Gläubiger nicht auf das Vorhaben aufmerksam wurden, stellte er für sich und seine Frau kein Passgesuch. Sein Ziel war Paris, das damalige Zentrum der Musikwelt, und er hatte sich bereits darauf vorbereitet, indem er wochenlang die französische Sprache gelernt hatte. Am 9. Juli 1839 begann die überstürzte Flucht des Ehepaares Wagner in Mitau.

Ihre Reise sollte sie zunächst nach London führen, wohin das Kaufmannsschiff „Thetis" bestimmt war. Das Schiff hatte eine Besatzung von sieben Mann und dürfte 25 bis 28 Meter lang gewesen sein. Zwar hatte der Kapitän Wagner gegenüber geäußert, dass die Fahrt wohl nur acht Tage dauern würde, aber erst am 26. Juli, nach sieben Tagen, erreichten sie Kopenhagen. Auf der Weiterfahrt durch das Kattegat zum Skagerrak steigerte sich der starke Westwind zum Sturm, der 24 Stunden anhielt. Währenddessen litten die beiden seekranken Passagiere in der engen Kajüte des Kapitäns Todesängste und kämpften mit schwerer Seekrankheit.

In seinen Memoiren „Mein Leben" schrieb Wagner Jahre später, dass ihn ein unsägliches Wohlgefühl erfasst habe, als das Schiff endlich mithilfe eines Lotsen leicht lädiert in einen norwegischen Fjord einsegelte und im riesigen Felsental der langen Wasserstraße ruhig weiterfuhr. Das Echo der ungeheuren Granitwände warf den kurzen, rhythmischen Arbeitsruf der Matrosen zurück, als sie den Anker auswarfen und die Segel einholten.

Der Hafen von Pillau in einer historischen Ansicht Bild: Archiv

Wagner empfand das Reiseerlebnis als eine tröstliche Vorbedeutung und gestaltete daraus das Thema des Matrosen-Liedes im „Fliegenden Holländer", das mit dem Passus beginnt: „Steuermann, lass die Wacht!" Durch diese Eindrücke fand er die passende poetisch-musikalische Farbe für seine Oper „Der Fliegende Holländer", die mit dem „Sturm" der düsteren und furiosen Ouvertüre beginnt.

In dem kleinen Fischerort Sandvike unweit von Arendal gingen alle von Bord, und man erholte sich zwei Tage im Haus eines abwesenden Schiffskapitäns. Dieser Aufenthalt mag Richard Wagner zu den Szenen in der heimeligen Stube des Kapitäns Daland im „Holländer" inspiriert haben, wodurch sich ein drastischer Kontrast zur unheimlichen Geisterschiff-Thematik ergibt. Erst kurz vor der Uraufführung verlegte er übrigens die Handlung von der schottischen Küste, wo sie in Heines „Schnabelewopski" angesiedelt ist, nach Norwegen.

Am 12. August 1839, nach 26 Tagen, davon 20 Tage auf See, lief der Schoner „Thetis" in die Themsemündung ein und erreichte tags darauf London. Später reiste Wagner nach Paris und beendete dort am 19. November 1841 die Partitur des „Holländer". Am 12. April traf das Ehepaar Wagner, aus Paris kommend, in Dresden ein, wo am 20. Oktober 1842 die frenetisch bejubelte Uraufführung des „Rienzi" stattfand. Am 2. Januar 1843 wurde auch „Der Fliegende Holländer" am Dresdener Hoftheater uraufgeführt. Einen Monat später erhielt Richard Wagner seine Ernennung zum Königlich Sächsischen Hofkapellmeister auf Lebenszeit. 1901 wurde „Der Fliegende Holländer" erstmals bei den Bayreuther Festspielen aufgeführt und vervollständigte den Kanon der bis heute in Bayreuth jährlich gespielten Opern von Richard Wagner. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

An der Elbe wird wieder gesägt

Hamburg – „Die Kräne drehen sich wieder." Diese frohe Botschaft verkündete Hamburgs Kultursenatorin Barbara Kisseler auf der Dauerbaustelle Elbphilharmonie. Nachdem die Arbeiten an dem Prestigeobjekt am Hafen wegen Finanzquerelen zwei Jahre lang geruht hatten, hört man jetzt tatsächlich wieder mit Sägen, Hämmern, Schleifen den typischen Baulärm. Auf einer Aussichtsebene rund 100 Meter über der Elbe rief die Senatorin erleichtert aus: „Darauf haben wir alle gewartet."

Sie hätte hinzufügen können: Das hat uns auch einiges gekostet – und zwar nicht nur Nerven. Dank einer „Neuordnungsvereinbarung" Hamburgs mit dem Baukonzern Hochtief und dem Schweizer Architekturbüro Herzog & de Meuron bewilligte man noch einmal zusätzlich 256 Millionen Euro für den jetzt 26-geschossigen ehemaligen Kaispeicher, der ein Parkhaus, eine Konzerthalle, ein Fünfsternehotel sowie Luxuswohnungen umfasst. Von den ursprünglich veranschlagten 77 Millionen Euro stiegen die Kosten seit Baubeginn im Jahr 2007 auf nunmehr 789 Millionen Euro.

Laut Senat soll sich daran nichts mehr ändern. Es sei gelungen, eine Kostenpauschale zu vereinbaren, bei der Hochtief nicht nur sämtliche Planungs- und Baurisiken übernimmt, sondern auch Fertigstellungstermine garantiert. So soll 2016 die Übergabe des Konzertsaals stattfinden. Erst ein Jahr danach und mit insgesamt siebenjähriger Verspätung soll der Konzertbetrieb aufgenommen werden. Skeptiker zweifeln das auch wegen der komplizierten Saalakustik bereits an. Bei großen Bauprojekten in Deutschland ist bekanntlich nichts mehr sicher. *tws*

Aufpoliertes Juwel

Schon Goethe war gerührt von Schloss Wörlitz, das jetzt etappenweise renoviert wird

Ende März fand auf Schloss Wörlitz ein beachtenswerter Festakt statt. Anlass war das Erreichen eines wichtigen Etappenziels bei der schrittweisen Restaurierung des Hauptbaus der Wörlitzer Anlagen. Jetzt sind die Arbeiten mit der Beendigung der Außensanierung zu einem weiteren Abschluss gekommen.

Das bei Dessau liegende Wörlitzer Schloss war von 1769 bis 1773 unter Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740–1817) errichtet worden. Für die imposante Einweihung dieses ersten klassizistischen Bauwerks in Deutschland vor 240 Jahren hatte der Kapellmeister des Fürsten, der in Wörlitz geborene Friedrich Wilhelm Rust, eine Festkantate komponiert. Das Libretto verfasste der anhalt-dessauische Prinzenerzieher und Literat Wolfgang Behrisch. Die Kantate wurde bereits im September 2012 in der Wörlitzer St.-Petri-Kirche als „Zweite Welturaufführung am Originalschauplatz" vom Concert du Soleil, Leipzig, unter Leitung von Sven Schreiber aufgeführt. Die CD der Tonaufnahme ist in allen Läden des Gartenreichs Dessau-Wörlitz (www.gartenreich.com) erhältlich. Die „Zweite Enthüllung" des Portikus im März 2013 war dagegen ein vergleichsweise schlichter Akt.

Der Gründungsbau des deutschen Klassizismus stellt eine revolutionäre baukünstlerische Leistung dar. Hier wurde kein dynamisch gegliederter barocker Baukörper mit geschwungenen Linien und reicher plastischer Dekoration mehr geschaffen, sondern ein Gebäude, das die einzelnen Bauteile wieder klar begrenzt, die Wände als Flächen betont und Dekoration nur noch in Maßen zulässt. Die hohe kunsthistorische und architektonische Bedeutung des fürstlichen Landhauses war ein wichtiger Grund für die Aufnahme des Gartenreiches Dessau-Wörlitz in die Welterbeliste der Unesco.



Erstrahlt im neuen Glanz: Schloss Wörlitz Bild: action press

Sein Baumeister Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff (1736–1800) war ein Freund des Fürsten und hatte zeitweise mit seinem Landesherren Europas relevante Kulturlandschaften gemeinsam ausgiebig bereist und gründlich studiert. Die vielfältigen Eindrücke dieser Reisen, vor allem von Bauten, Landschaften und Gärten in England und Italien, wurden in die Heimat übertragen. Vom Fürsten wird berichtet, er habe sich das Land seiner Träume, England, auf diese Weise nach Anhalt geholt – hatte Friedrich II. von Preußen ihm doch ausdrücklich untersagt, nach England auszuwandern und dort eine bürgerliche Existenz aufzubauen.

Den Blick in die Ferne hatte der Fürst jedoch nicht verloren. Und die Sehnsucht auch nicht. So ließ er 1783, zehn Jahre nach der Fertigstellung, auf sein Schloss ein Belvedere setzen, das nur über einen Aufgang in Form einer Schiffstreppe begehbar ist. Diese führt in einen Saal mit 36 hölzernen Palmen zwischen den Fenstern und darüber auf eine Aussichts- und Sonnenterrasse, die an ein Schiffsdeck erinnert und das Herz eines jeden Kreuzfahrers höher schlagen lässt.

Immerhin konnte der Fürst von hier aus die einmalige Aussicht über die Wörlitzer Anlagen und die Elbauen bis hin zum Kirchturm von Coswig genießen. Denn wie formulierte es Goethe: „Hier ists jetzt unendlich schön. Mich hats gestern Abend wie wir durch die Seen, Kanäle und Wäldchen schlichen sehr gerührt, wie die Götter dem Fürsten erlaubt haben, einen Traum um sich herum zu schaffen."

Seit dem Jahr 2000 wird Schloss Wörlitz restauriert. Bis dato wurden insgesamt mehr als acht Millionen Euro in seine Wiederherstellung investiert. Bis zur geplanten Fertigstellung 2018 werden noch einmal etwa sieben Millionen Euro nötig sein, um insbesondere die Arbeiten im Erdgeschoss abzuschließen und die Innenausstattung inklusive der noch vorhandenen Möblierung zu komplettieren. Dann sollen alle Räume für die Besucher zugänglich sein.

Damit wird Schloss Wörlitz mit all seinen Nebenräumen vom Souterrain bis unters Dach so komplett saniert und zu besichtigen sein wie kaum ein anderer vergleichbarer Bau. Doch schon heute lohnt der Besuch. Wüsste man es nicht besser, könnte man die Restaurierung des so prachtvoll wie praktisch ausgestatteten Landsitzes bereits für abgeschlossen halten. Das Schloss ist nur im Rahmen von Führungen zu besichtigen *Helga Schnehagen*

In aller Munde

Hans-Thoma-Werke im Frankfurter Städel

Um 1900 herum gingen seine Bilder nahezu durch jede Hand. Abdrucke seiner Werke zierten die Verpackung der Kölner Stollwerck-Schokoladen. Auch wegen dieser süßen Verlokkung war der Maler Hans Thoma bei seinen Zeitgenossen äußerst populär und im wahrsten Sinne in aller Munde.

„Hans Thoma – Lieblingsmaler des deutschen Volkes" heißt daher auch die Ausstellung im Frankfurter Städel Museum. Noch bis 29. September sind dort über 100 Werke des 1839 im Schwarzwald geborenen und 1924 in Karlsruhe gestorbenen Künstlers zu sehen.



Thomas „Frau mit Kind in der Hängematte" (Ölbild von 1876) Bild: Städel

Thomas Malerei verbindet realistische und symbolistische Tendenzen und nimmt wichtige Elemente des Jugendstils sowie der Neuen Sachlichkeit vorweg. Um 1900 galt er als Schlüsselfigur einer „deutschen Kunst" – eine Rolle, die später die NS-Ideologen für ihre Zwecke propagandistisch ausnutzten. Gerade diese politische Instrumentalisierung war auch der Grund dafür, dass die bis dahin sehr beliebten Werke Thomas nach 1945 praktisch in der Versenkung verschwanden.

Obwohl das Städel mit über 80 Gemälden und mehreren Hundert Arbeiten auf Papier weltweit eine der umfangreichsten Thoma-Sammlungen besitzt, fand die letzte monografische Präsentation seiner Werke dort 1934 statt. Nach 1945 wurden sie dort nur vereinzelt gezeigt.

Generell verzichtete Thoma in seiner Kunst auf die Darstellung des modernen Lebens. Sein Werk zeigt keine zeitgenössische Architektur oder technische Errungenschaften der Zeit. Im Gegenteil – seine Bilder ermöglichten den Rückzug aus einer Welt des technischen Fortschritts und der Industrialisierung.

In vier Kapiteln über Vita, idyllische Szenen, Landschaftsdarstellungen und Bühnenmalereien – er schuf Wanddekorationen zu Wagner-Opern – beleuchtet die Ausstellung mit kritischem Blick das Œvre eines politisch unverfänglichen Künstlers, dessen Gemälde, Kalender, Kinderfibeln oder religiöse und mythologische Szenen gleichwohl von allen Seiten politisiert wurden. Lässt sich über Geschmack streiten? Wenigstens schmeckte seine Kunst all jenen, die Stollwerck aßen. *tws*

Der König bittet zum Schulbesuch

Das Generallandschulreglement vom 12. August 1763 begründete das Volksschulwesen in Preußen

Wer seinen Untertanen Schulbildung ermöglicht, tut mehr für sie, als wenn er neue Gold- und Silberminen fände. Die Worte des Reformators Philipp Melanchthon fielen in der friderizianischen Ära auf fruchtbaren Boden.

Schaukelnd bahnte sich die Kutsche ihren Weg durch den Sand der brandenburgischen Landstraßen von Dorf zu Dorf. Die Herren der Abteilung für geistliche Angelegenheiten aus Berlin wurden tüchtig durchgerüttelt. Auf Order Friedrichs des Großen waren sie wochenlang unterwegs, um die Schulen zu visitieren. Was sie vorfanden, war ein Beweis dafür, dass die vom König angeordnete Schulreform noch längst nicht überall angekommen war. In dem Bericht einer Schulvisitation von 1782 heißt es: „Die Schulstube war die einzige im Haus; zwar geräumig genug, aber für das, was sie alles fassen sollte, doch immer zu klein. Als wir hereintraten, schlug uns widriger Dampf entgegen, der uns das Atmen eine Weile sehr beschwerlich machte. Das erste, was wir erblickten, war ein Hühnerhahn und weiterhin zwei Hühner und ein Hund. Am Kamin stand ein Bett … Zunächst am Bette stand eine Wiege, daneben saß die Hausfrau und besänftigte ihr schreiendes Kind. An der einen Wand war eine Schneiderwerkstatt aufgeschlagen, woran ein arbeitender Geselle saß. Den übrigen Raum nahmen die Schulkinder ein … es waren ihrer 50, alle dicht zusammengepfropft.“

Wenn die Schulkommission auch frustriert nach Berlin zurückkehrte, in Preußen lernten immer mehr Kinder lesen und schreiben. 1717 hatte der Vater Friedrich des Großen, Friedrich Wilhelm I., die allgemeine Schulpflicht für Knaben und Mädchen eingeführt. Hintergrund war die Erkenntnis, dass die wachsende Handwerkerschaft Nachwuchs brauchte, der lesen, schreiben und rechnen konnte. Bis dahin war es den Eltern überlassen, ob ihre Kinder etwas lernen sollten. Die Lehrerschaft bestand aus Pfarrern, Theologiestudenten und Feldpredigern.

Die von Friedrich Wilhelm I. verordnete Schulpflicht setzte sich kaum durch. Besonders auf dem Lande war Kinderarbeit gang und gäbe. Die Bauern schickten ihre Kinder lieber aufs Feld als zur Schule. Während der Sommermonate fand auch dort, wo es Schulen gab, kein Unterricht statt. Die langen „Großen Ferien“ sind ein Relikt aus dieser Zeit. Friedrich Wilhelm I. sah sich gezwungen, mehr Druck zu machen. 1736 verkündete er sein Schuledikt, die Principia regulativa:

„Zuvörderst wollen Wir, dass alle Unsere Untertanen, es mögen sein Eltern, Vormünder oder Herrschaften, denen die Erziehung der Jugend obliegt, ihre eigenen sowohl als ihrer Pflege anvertrauten Kinder, Knaben oder Mädchen, wo nicht eher, doch höchstens vom fünften Jahre ihres Alters in die Schule schicken, auch damit ordentlich bis ins dreizehnte und vierzehnte Jahr kontinuieren und sie so lange zur Schule halten sollen, bis sie nicht nur das Nötigste vom Christentum gefasst haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Rede und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unsern Konsistorien verordneten und approbierten Lehrbüchern beigebracht werden soll.“



König Friedrich und die Potsdamer Schuljugend: Farbdruck nach Carl Roechling (1855–1920). Bild: pa

Geregelt wurde nun auch das bescheidene Einkommen der Lehrer. Jeder Lehrer erhielt „von Seiner Königlichen Majestät einen Morgen Land, (welcher allemal hinter seinem Hause anzuweisen) solchen aufs beste zu nutzen. Die eingewidmeten Dorfschaften bearbeiten solchen und halten ihn im Gehege. Zur Subsistenz wird dem Schulmeister eine Kuh und ein Kalb, item ein Paar Schweine und etwas Federvieh frei auf der Weide gehalten und 2 Fuder Heu und 2 Fuder Stroh gereichet.“

Der fortschrittliche Theologe und Pädagoge Johann Julius Hecker, der schon Friedrich Wilhelm I. beraten hatte, stand auch bei dessen Sohn in hohem Ansehen. Am 12. August 1763, gleich nach Ende des Siebenjährigen Kriegs, erließ der Alte Fritz auf Betreiben des Pädagogen das Generallandschulreglement, um das Analphabetentum in den Dörfern endlich wirksam zu bekämpfen. Das Schulreglement begründete das Volksschulwesen. Überall entstanden nun öffentliche „teutsche“ Schulen, aber es fehlte an Lehrern, besonders in den Dörfern. Der Alte Fritz löste das Problem auf pragmatische Weise. Nach Friedensschluss gab es ein Heer von Veteranen, die nicht mehr gebraucht wurden. Ihr neuer Verwendungszweck war das Lehreramt. Ob sie die Qualifikation dazu besaßen, spielte keine Rolle. Friedrich legte andere Kriterien an. Er suchte nur Soldaten aus, die in tapferen Regimentern gekämpft hatten: Angehörige von Regimentern, die den ganzen Krieg „geberenheitert haben, Krigen nichts.“ Und überhaupt: Die Dorfkinder sollten nach Friedrichs Vorstellung nur so viel lernen, dass sie „nicht alle in die Stadt laufen und Sekretairs“ werden wollen.

Die Oberhoheit über dem sich allmählich entwickelnden preußischen Schulsystem blieb zunächst bei der protestantischen Kirche. Neben dem König erkannten auch einige seiner Adligen, dass die Armut und der schlechte Gesundheitszustand der Landbevölkerung nur durch Bildung zu verbessern war. Der Gutsbesitzer Friedrich Wilhelm von Rochow in Brandenburg fand mit seiner „Musterschule“, für die er sogar ein eigenes Gebäude bauen ließ, bald Nachahmer.

Die Manufakturen, Vorstufe zur Industrialisierung, verlangten mehr Wissen als das ABC und das kleine Einmaleins. Das sollten die Realschulen vermitteln, fortführende Schulen im modernen Sinn. Die Schüler lernten Mathematik, Chemie und Physik. Angeblich hoffte Friedrich dadurch

Kriegsveteranen erhielten als Lehrer neue Beschäftigung

auch qualifizierte Mitarbeiter für seine Seidenraupenzucht zu gewinnen, die er ziemlich erfolglos bei Köpenick betrieb.

Mitte des 18. Jahrhunderts wurden in Preußen erstmalig separate Klassenräume eingerichtet. Dass der Unterricht weiter in der Wohnstube, der Scheune oder dem Stall des Lehrers stattfand, lehnten die Schulexperten als rückständig ab. Die Bänke sollten in den Klassenräumen so stehen, dass das Licht von links einfällt, um den Kindern das Lesen und Schreiben zu erleichtern, auch daran wurde gedacht. 1787, ein Jahr nach dem Tod Friedrich des Großen, ließ sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. das protestantische Schulministerium auflösen. Die Bildung des Volkes wurde Sache des Staats.

Klaus J. Groth

Der Umsetzer

Generalinspekteur a.D. feiert 75. Geburtstag

In Deutschland beschwört der Begriff „Auslandseinsatz“ Erinnerungen an ein Zitat von Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Dieser Satz sprach Struck 2002, als er noch Bundesminister der Verteidigung war, doch die Grundlagen dafür wurden bereits gut ein Jahrzehnt zuvor geschaffen. Der erste Auslandseinsatz der Bundeswehr erfolgte nämlich 1991 während des Zweiten Golfkrieges. 1994 folgte eine Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik, wodurch Krisenreaktionskräfte mit Bezug auf die Bedürfnisse von Auslandseinsätzen ausgebildet werden sollten. Hartmut Bagger, damals Inspekteur des Heeres, setzte diese Reform um.

Bagger stand hinter dem, was er tat. Noch 1999 betonte er die wandelnde Rolle der Bundeswehr und schrieb in einem Bericht, dass die Landesverteidigung zum „unwahrscheinlichen Fall“ geworden sei. Stattdessen müssten militärische Einsätze der Bundeswehr nun weitgehend im Ausland erwartet werden. Die Professionalisierung der Bundeswehr sei dabei entscheidend. „Für viele scheint das stärkste Argument für eine Berufsarmee die damit verbundene Professionalisierung zu sein. Wehrpflicht und Professionalität schließen sich nicht gegenseitig aus“, begründete Bagger 1996 seine Haltung zur Wehrpflicht. „Die Wehrpflicht schafft darüber hinaus die Möglichkeit, das gesamte Potenzial an Intelligenz, Fähigkeiten und beruflicher Ausbildung unserer jungen Bürger zu nutzen.“

In diesem Punkt hatte Bagger jedoch keinen Erfolg, denn die Abschaffung der Wehrpflicht erfolgte 2011. Allerdings ging Bagger bereits 1999 in den Ruhestand. Am 17. Juli feiert er nun seinen 75. Geburtstag.

Foto: action press

Hartmut Bagger

Bagger wurde 1938 in Ostpreußen geboren, doch die Wirren des Krieges vertrieben ihn aus seiner Heimat. Gemeinsam mit seinem Bruder und seiner Mutter flüchtete er 1945 fast 900 Kilometer nach Celle in Niedersachsen. Dort absolvierte er 1958 sein Abitur und ging anschließend als Offiziersanwärter der Panzergrenadiertruppe zur Bundeswehr.

Als Soldat wechselte Bagger häufig sein Dienstgradabzeichen, denn er stieg rasch auf. 1996 wurde er schließlich zum Generalinspekteur der Bundeswehr ernannt und damit zum ranghöchsten Soldaten beim deutschen Militär.

Zoe H. Todd

Wie Küstrin Residenzstadt wurde

Erst ein Regelverstoß seines Vaters machte Markgraf Johann zum Landesherren

Aus heute nicht mehr ganz nachvollziehbaren Gründen verstieß Kurfürst Joachim I. (1484–1535) gegen die bestehenden Erbregeln im Hause Brandenburg und teilte seine Lande testamentarisch zwischen seinen beiden Söhnen auf. Sein 1505 geborenes ältestes Kind, Joachim II., erhielt nach seinem Tod am 11. Juli 1535 neben der Kurfürstenwürde die Mittelmark, die Uckermark, die Grafschaft Ruppin sowie die Altmark und Prignitz, während sein am 3. August 1513 im Schloss zu Tangermünde zur Welt gekommenes jüngstes Kind, Markgraf Johann von Brandenburg-Küstrin, die Neumark nebst dem Land Sternberg, die Fürstentümer Crossen und Züllichau sowie die Herrschaften Cottbus und Peitz erbte. Von der testamentarisch ihnen zugestandenen Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung machten beide Brüder keinen Gebrauch, so dass sich für einige Jahrzehnte die Brandenburger Hohenzollern in eine Haupt- und eine Nebenlinie spalteten.

Vor 500 Jahren kam Johann zur Welt

Im völligen Gegensatz zu seinem schlaffen und initiativlosen älteren Bruder erwies sich Markgraf Johann, der sich als Residenz die Stadt Küstrin auswählte, als ein sehr tüchtiger und befähigter Regent, der in seinem politischen wie wirtschaftlichen Wirken beträchtliche Ähnlichkeit mit seinem direkten Nachkommen Friedrich dem Großen erkennen ließ. Johann hatte die allermeisten seiner positiven Eigenschaften von seiner Mutter, der dänischen Prinzessin Elisabeth, geerbt. Im Gegensatz zu seinem zeitlebens streng katholischen Vater erwies sich Johann gleich seiner Mutter als überzeugter Protestant und förderte in seinen geerbten Landen die Reformation, wo er nur konnte. Er hatte eine gute Erziehung genossen und galt als fester Lateiner sowie guter Mathematiker und Astronom. Zwar war er nur mittelgroß, doch von kräftigem Körperbau, körperlich sehr gewandt, willensstark und geistig rege. Gleich Friedrich dem Großen wurde er mit einer Welfin, der braunschweigischen Herzogstochter Katharina, verheiratet. Ihre Ehe galt als sehr glücklich, zumal Katharina sich als tüchtige, zupackende und sparsame Wirtschafterin erwies. In seinen Landen, die rund 12 500 Quadratkilometer Fläche mit mehr als 30 Städten umfassten, darunter Königsberg in der Neumark, Arnswalde, Landsberg und Cottbus, führte Markgraf Johann ein zwar straffes, doch gerechtes Regime und förderte die Wirtschaft in Stadt und Land nach allen Kräften. Dass im Rahmen der Reformation das säkularisierte Kirchengut und der Grundbesitz der vielen Klöster an den Landesherren oder aber an die Städte übergingen, bedeutete einen zusätzlichen wirtschaftlichen Schub. Trotz hoher Steuern blühte die Neumark auf. Der Markgraf besaß dadurch stets prall gefüllte Kassen



Markgraf Johann Bild: Archiv

und vererbte nach seinem Tode ein beträchtliches, in langen Jahren fleißig angespartes Staatsvermögen, während sein fast gleichzeitig mit ihm verstorbener Bruder Kurfürst Joachim II. nur Schulden in riesiger Höhe hinterließ.

Obwohl durch und durch Protestant, verdarb es sich der Markgraf klugerweise nicht mit Kaiser Karl V. und wurde dadurch nicht in die Katastrophe des Schmalkaldischen Bundes der protestantischen Reichsfürsten verwickelt, die gegen den katholischen, gegenreformatorisch gesinnten Kaiser die Schlacht von Mühlberg im Jahr 1547 verloren. Der Markgraf wusste als erfahrener Politiker sehr wohl, dass man militärisch stark sein muss, um politisch einflussreich und geachtet zu sein.

So ließ er in Peitz bei Cottbus eine der stärksten Festungen im Heiligen Römischen Reich errichten und auch seine Residenzstadt Küstrin gut befestigen. Nach dem Tode des Dänenkönigs Christian II., eines Onkels mütterlicherseits, im Jahre 1559, machte der Markgraf ernsthafte Erbansprüche auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein geltend, konnte sich allerdings letztlich nicht durchsetzen.

Nach langer, politisch wie wirtschaftlich erfolgreicher Regierung verstarb der Markgraf am 13. Januar 1571 in seiner Residenz Küstrin an einer krebsartigen Geschwulstkrankheit. Weil er keinen männlichen Erben, sondern nur zwei Töchter hinterließ, fielen seine Lande zurück an die Hohenzollernsche Hauptlinie in Brandenburg, wodurch das Kurfürstentum Brandenburg wieder seinen einstigen territorialen Umfang erhielt.

Jürgen W. Schmidt

Seine Untertanen ließ er einsperren

Der DDR-Partei- und -Staatschef Walter Ulbricht verkörperte wie kein anderer die Bolschewisierung Mitteldeutschlands

In den letzten Jahrzehnten konnte das DDR-Regime in mancher Situation auf offenen Terror gegen seine Bürger verzichten, weil Walter Ulbricht sie gelehrt hatte, dass es keine Hemmungen hatte, notfalls auch andere Saiten aufzuziehen. Vor 40 Jahren starb der erste Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR.

Walter Ulbricht wurde weder von den sowjetischen Kommunisten noch von seinen SED-Genossen oder den gewöhnlichen DDR-Bürgern geliebt. Josef Stalin behauptete spöttisch, wenn Ulbricht seine Faust auf den Tisch lege, sei sie größer als dessen Kopf, und missgünstige SED-Funktionäre hielten Ulbricht insgeheim für einen „Schmalspurmarxisten“. Ein wegen permanenter Versorgungsmängel verärgerter Einwohner aus dem thüringischen Kurort Oberweisbach hingegen erwiderte Ulbricht nach dessen leutselig geäußertem Lob „Eine schöne Luft habt ihr hier“, schnippisch: „Das ist aber auch das Einzige, was es hier gibt.“ Deutschlandweit bekannt machte sich Ulbricht auch wegen seiner stark sächselnden Sprechweise und seiner unfreiwilligen Komik, wenn er beispielsweise entrüstet feststellte: „Unsere Historiker beschäftigen sich viel zu sehr mit Fragen der Vergangenheit.“

Walter Ulbricht kam am 30. Juni 1893 in Leipzig in der Familie eines Flickschneiders zur Welt und erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Tischlerberuf. Den Ersten Weltkrieg verbrachte er als einfacher Soldat einer sächsischen Nachschubeinheit vorrangig auf dem Balkan. Erst 1920 trat das vormalige SPD-Mitglied offiziell in die KPD ein, obwohl Ulbricht bereits im Jahr 1919 bei den Stadtratswahlen in Leipzig auf der KPD-Liste, allerdings nur auf dem völlig aussichtslosen Listenplatz 12, kandidiert hatte. Als KPD-Genosse erwies sich Ulbricht als ausgesprochener Apparatschik, der unverdrossen alle Weisungen von oben zielstrebig umsetzte und selbst bei jähen politischen Kursänderungen niemals Zweifel zeigte. Bei den zahlreichen Flügelkämpfen in der KPD hatte er ein glückliches Händchen. Stets setzte er mit nahezu traumwandlerischer Sicherheit auf die späteren Gewinner. So stieg Ulbricht schnell zum Politischen Leiter der Bezirksleitung Groß-Thüringen auf und reiste 1922 zum ersten Mal nach Moskau, wo er Wladimir Iljitsch Lenin persönlich traf. In der KPD setzte Ulbricht in den 20er Jahren erfolgreich ein Organisationsprinzip durch, das die Mitglieder nicht mehr nach ihrem Wohnort, sondern vielmehr nach „Betriebszellen“ an ihrem Arbeitsort einsortierte. Ulbricht erhielt dafür den Spitznamen „Genosse Zelle“. Wegen seiner Beteiligung am kommunistischen Umsturzversuch von 1923 wurde zu Zeiten der Weimarer Republik gegen Ulbricht schließlich ein Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen. Deshalb wurde Ulbricht zur weiteren Schulung und Ausbildung nach Moskau abkommandiert, wo der umtriebige Sachse schnell ein später bewährtes Beziehungsnetz zu maßgeblichen Komintern- und Sowjetführern knüpfte. Nach Auslaufen des Haftbefehls kehrte der nunmehrige Stalinist Ulbricht nach Deutschland zurück und avancierte im November 1929 zum Leiter der maßgeblichen KPD-Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark. In seiner neuen Funktion kämpfte Ulbricht ebenso eifrig gegen die aufkommenden Nationalsozialisten wie für die Stalinisierung der gesamten KPD. Der Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels vermerkte am 23. Januar 1931 in seinem Tagebuch über den hyperaktiven KPD-Führer anlässlich einer öffentlichen Volksversammlung in Berlin-Friedrichshain: „Mindestens 1000 Kommunisten sind da. Ulbricht redet zur Diskussion und verzapft einen greulichen Mist.“



Gefiel sich in seinen späteren Herrschaftsjahren in der Rolle des jovialen Landesvaters: Walter Ulbricht in Hosenträgern neben Jugendlichen und Pionieren in einem Ferienlager nahe Berlin Bild: pa

Bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 hatte der Berliner KPD-Führer Ulbricht im Unterschied zum KPD-Chef Thälmann insoweit Glück, als ihn eine sozialdemokratische Familie versteckte und ihm anschließend über Paris die Emigration nach Moskau gelang. Hier leitete er gemeinsam mit Wilhelm Pieck anstelle des inhaftierten Thälmann die Geschicke der KPD.

Kurz nach Kriegsende kehrte Ulbricht als Leiter der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin zurück, um die künftige politische Leitung Deutschlands durch die Kommunisten zu gewährleisten. Bekannt wurde sein diesbezüglicher Ausspruch „Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ In den Jahren nach 1945 überspielte der ebenso gerissene, wie auch zu staatsmännischem Denken fähige Ulbricht sogar seinen Meister Stalin, indem er gegen dessen Intentionen klammheimlich den Aufbau des Sozialismus in der DDR, inklusive der Vergesellschaftung der gesamten Volkswirtschaft, in die Wege leitete. Stalin hatte sich die weitere Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone keineswegs so stürmisch vorgestellt, denn einerseits wollte er die Westmächte nicht verschrecken und andererseits mit einem neutralen Deutschland ein Faustpfand für weitere Verhandlungen mit ihnen in der Hand halten.

Ulbricht überstand so manche Krise seines Regimes, dessen berühmteste der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war. Erst 1971 erlag der nunmehr 78-jährige Ulbricht den Ränken seines politischen Ziehkindes Erich Honecker, der sich vorher der Zustimmung der KPdSU versichert hatte. Ulbricht, dem von seinen einstigen Ämtern nur noch die rein repräsentative Funktion als Vorsitzender des Staatsrates verblieb, starb isoliert und einsam während der Berliner „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ am 1. August 1973 auf seinem Landsitz in Groß-Dölln nahe Templin. *Jürgen W. Schmidt*

Gedenken an tote »DEF«

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenlager

Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie „Amazing Grace“ spielte, dann der Männerchor Eintracht Alpsray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied „Über den Sternen“ einsetzte.

Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen. Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern erdulden mussten. Zudem möchte er, dass Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.

Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie stattdessen als „Disarmed Enemy Forces“ (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze. Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch „Der geplante Tod“ („Other Losses“) von mindestens 800 000 bis möglicherweise über eine Million verstorbener Kriegsgefangener in den zahlreichen alliierten Lagern.



Am Gedenkstein für die Lageropfer: Schultze-Rhonhof, Zips, Drucker und Wade (v.l.) Bild: Bean-Keiffenheim

Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen „weil alles wieder hochkommt“, wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkstunde geplant hatte.

Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, dass sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.

Die letzte Rede hielt General a. D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, dass „deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen“ und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, „dass in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenlager gelegt“ werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ihnen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.

Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief. Zuletzt begleitete das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade. Die Schleife trug die Aufschrift „Unseren Kameraden“ .

Brigitte Bean-Keiffenheim

Rheinwiesenlager

Zwischen März und Mai 1945 gerieten über drei Millionen deutsche Soldaten in US-amerikanische Gefangenschaft. Die Hoffnung, besser behandelt zu werden als im Osten, erfüllte sich bei weitem nicht für alle. Die Schrecken der von April bis September 1945 existierenden Rheinwiesenlager sind bis heute nicht befriedigend erforscht.

3,4 Millionen deutsche Soldaten waren nach dem 8. Mai 1945 in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, manche waren schon im Herbst 1944 in US-Gewahrsam gekommen, weitere 250 000 im Januar 1945 nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive. Als am 21. April der Ruhrkessel kapitulierte, nahmen die US-Truppen weitere 325 000 Deutsche gefangen. Statt diese vielen Gefangenen ordnungsgemäß unterzubringen und zu verpflegen, wurden sie in improvisierte Lager entlang des Rheins verbracht, die dort seit März auf Weisung von General Dwight D. Eisenhower eingerichtet wurden. Insgesamt 18 gab es von diesen im Sommer 1945.

Deren Schema war simpel: In der Nähe von Dörfern mit Bahnanschluss wurden auf freiem Feld mit Stacheldraht je zehn bis 20 Lagerbereiche für jeweils bis zu 10 000 Mann abgegrenzt. Das Wort „Lager“ ist indes bereits eine Beschönigung, weil noch nicht einmal Baracken existierten. Angrenzende Gebäude dienten zur Verwaltung der Camps, anfänglich existierten vielfach weder Latrinen noch Krankenreviere. Da die Gefangenen zu allem Übel auch noch ihre Feldausrüstung abgeben mussten, konnten die meisten der Unglücklichen noch nicht einmal Zelte errichten, sondern vegetierten in Erdlöchern unter freiem Himmel.

Laut verbindlichem Völkerrecht müssen Kriegsgefangene alsbald nach dem Ende der Kampfhandlungen entlassen werden. Nur wenn im Einzelfall der begründete Verdacht auf Mitwirkung an Kriegsverbrechen besteht, kann die Haft fortdauern, die dann aber eher einer normalen Untersuchungshaft entspricht. Der ganze Sinn und die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht schließlich darin, die entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist darum ein Widerspruch in sich.

Man kann in der Tat davon ausgehen, dass fast alle Gefangenen des Ruhrkessels die 17 Tage bis zum Kriegsende auch bei minimaler Verpflegung und unter freiem Himmel überlebt hätten. Der massive Völkerrechtsverstoß besteht darin, dass die US-Verantwortlichen nicht nur bei weitem nicht alle Kriegsgefangenen bald nach dem 8. Mai entließen, sondern sogar noch bis Juni 1945 neue Rheinwiesenlager einrichteten (siehe auch Seite 22). *PAZ*

Bloß nicht Thierse!

Zu: Beflissenheit trübt den Blick (Nr. 25)

Zum kürzlichen Baubeginn der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gab der Bund der Vertriebenen am 10. Juni eine bemerkenswerte Presseerklärung heraus. Darin lobt dessen Präsidentin Erika Steinbach, dass „heute mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse die SPD im Stiftungsrat kompetent vertreten ist“.

Das verschlägt einem die Sprache und stößt insbesondere die deutschen Vertriebenen vor den Kopf. Der Sozialdemokrat Peter Glotz, 2000 mit Erika Steinbach Initiator und Mitgründer für eine Dokumentierung der Vertreibungen in Europa als zentrale Gedenkstätte und Mahnmal in Berlin, wird sich im Grabe herumdrehen. Alle Vertriebenen in Europa werden sicher Glotz zustimmen, der damals erklärte hatte: „Wir wollen eine ehrliche Debatte. Wir wollen kein politisch-korrektes Gesäusel mehr. Wir wollen uns – gegen Ende unseres Lebens – nicht mehr verladen, einschüchtern und ... täuschen lassen.“

Thierse dagegen marschierte jahrelang an der Spitze einer Front erklärter Gegner einer Gedenkstätte als europäischem Schicksal. **Dr. Reinhard Gnauck, Mainz**

Westerwelle verdient Verachtung

Zu: Vertriebene abgehakt (Nr. 25)

Zu Recht beklagt die *Preußische Allgemeine Zeitung*, dass es keinen eigenen nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation geben wird, weil sich die Bundesregierung lediglich darauf einigen konnte, dass am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag, auch der Opfer von Vertreibungen gedacht werden soll.

Mit mir sind sicher unzählige von Betroffenen empört über diese wachsweiche Einstellung. Allerdings muss man folgende Differenzierung beachten: Die Ablehnung ist der FDP anzulasten. Nicht der FDP insgesamt, sondern einzig dem immer noch die Richtung in der FDP vorgebenden Außenminister Guido Westerwelle. Er hat aus zimperlicher Rücksichtnahme auf östliche Nachbarn einen eigenen nationalen Gedenktag abgelehnt und die drei FDP-Bundesminister im Kabinett Merkel zu gleicher Haltung gezwungen.

Eine positive Entwicklung ist noch gar nicht von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen worden: Die CDU-Fraktionen beziehungsweise CDU-Regierungen in Sachsen und Hessen haben – mit Zustimmung der FDP-Regierungspartner in diesen Ländern – beschlossen, das bayerische Modell eines Gedenktages gleichfalls einzuführen.

Das bedeutet: Die CSU und Teile der CDU sorgen dafür, dass die Erinnerung an das Unrecht der Vertreibung an einem eigenen Gedenktag wachgehalten wird, während der deutsche FDP-Außenminister in vorauseilender geistiger Unterwürfigkeit gegenüber Warschau und Prag ausländische Interessen vertritt. Westerwelle ist ein klassisches Beispiel für nationale Würdelosigkeit in unserem Staat. Er verdient nicht Achtung, sondern unsere Verachtung! **Dr. Sieghard Rost, Nürnberg**

Alles beim Alten

Zu: Vertriebene wieder deutsch (Nr. 26)

Den Artikel habe ich mit großem Interesse gelesen. Natürlich können wir von einem Erfolg reden, wenn es um Ausweispapiere geht. Leider sieht es bei der Ausstellung von Urkunden anders aus. Dazu hat das Standesamt Berlin-Reinickendorf mir folgendes mitgeteilt:

„Das Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern betrifft nicht die Beurkundung und Führung der Geburtsregister. Es geht hier um die Eintragung von Geburtsorten in Personalausweise und Reisepässe ... Die Geburtsortbezeichnungen in den Registereinträgen der Standesämter bleiben von diesem Rundschreiben unberührt. Da die entsprechenden Urkunden anhand der Register ausgestellt werden, wird sich bei der Neuausstellung von Urkunden an den Geburtsortbezeichnungen nichts ändern. Sie werden so übernommen, wie sie beurkundet wurden.“ **Matthäus Golla, Berlin**



Startschuss zum Gedenken: Kanzlerin Merkel beim Baubeginn des Dokumentationszentrum der Stiftung Fluch, Vertreibung, Versöhnung. Rechts hinter ihr: Wolfgang Thierse Bild: pa

Mutterliebe

Zu: In den Tod gehetzt (Nr. 26)

Ich danke der *Preußische Allgemeine Zeitung* für den Beitrag über meinen getöteten Sohn Giuseppe und für die ganze Mühe, die der Autor Michael Leh auf sich genommen hat. Aber dass auch Richter so etwas lesen und daraus Konsequenzen ziehen, wage ich zu bezweifeln. Doch Proteste sollen klar und deutlich ausgesprochen werden, und das erfolgt in dem Beitrag sehr gut. Sie greifen nicht an, sondern bringen informativ zum Ausdruck, dass solche Urteile beziehungsweise Prozesse nicht immer der reinen Wahrheitsfindung dienen und Urteile oft oder meistens dem Täter dienlich sind.

Giuseppe wird für immer ein Teil von uns sein. Am schwierigsten ist es für uns als Familie, damit umzugehen, dass wir ihn so sehr vermissen. Fast unerträglich ist der Gedanke, dass wir diesen großartigen Menschen mit allem, was wir an ihm hatten, nie mehr erleben dürfen. **Vaja Marcone, Berlin**

Chance einer anständigen Würdigung vertan

Zu: Vertriebene abgehakt (Nr. 25)

Nach über 60 Jahren hat es der Deutsche Bundestag endlich fertiggebracht, den 15 Millionen Vertriebenen aus Ostdeutschland, von denen zwei Millionen Frauen, Kinder und Greise 1945 auf der Flucht in den Westen ihr Leben verloren, einen nationalen Gedenktag zu gewähren.

Zukünftig soll also am 20. Juni jedes kommenden Jahres, dem UN–Flüchtlingstag, auch der deutschen Vertriebenen gedacht werden. Der Forderung nach einem gesonderten Gedenktag am 5. August von Bund der Vertriebenen und CSU wurde nicht entsprochen. Mit Ausnahme der Partei „Die Linke“, welche sich der Stimme enthielt, stimmten alle anderen Parteien diesem Koalitionsantrag zu. Das sind die nüchternen Fakten.

Was haben die 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen Deutschland getan, um von den Parteien über Jahrzehnte diskreditiert zu werden? Sie waren im Osten doch nicht verantwortlich, was in München und Berlin 1933 geschah? In Posen durfte die deutsche Bevölkerung nicht einmal an den Wahlen zum Reichstag teilnehmen. Aber bezahlen durfte sie für Adolf und Konsorten.

Es wird Zeit, an eine Gerechtigkeit zu appellieren, welche seit Jahrzehnten nach einer angemessenen Bewertung verlangt. Die deutschen Kinder in Ostpreußen, in Pommern, in Posen, in Schlesien, in der Neumark und im Sudetenland haben den Krieg nicht herbeigeführt. Sie wurden zunächst Opfer einer braunen Diktatur, welche dann in Mitteldeutschland durch die rote Diktatur ersetzt wurde.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten steht ohne Beispiel in der Weltgeschichte da, was sowohl die hohe Zahl der Vertriebenen, als auch ihre brutale Behandlung betrifft. Aus diesem Grunde wäre der 5. August ein würdiger Gedenktag gewesen. So haben die im Bundestag vertretenen Parteien (außer der CSU) erneut eine Chance vertan, die Leistungen dieser Bevölkerungsgruppe beim Wiederaufbau zu würdigen.

Die Arbeiten im Deutschlandhaus Berlin-Kreuzberg für das Zentrum Flucht, Vertreibung und Versöhnung gehen nur schleppend voran. Rot-Grün setzt offensichtlich darauf, dass die Erlebnisgeneration der Vertriebenen ihre Rehabilitierung durch die Politik in Deutschland nicht mehr erlebt. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Politik trickst Rentner aus

Zu: Staat trickst besser als Banken (Nr. 25)

Zwar erhalten beamtete Pensionäre brutto noch knapp 70 Prozent des letzten Gehaltes als Pension. Schon immer müssen sie jedoch davon jeden Pfennig versteuern. Und das wird vor allem auch zukünftigen Rentnern blühen. Daneben müssen sie von ihrer Bruttopension ebenso schon immer die erheblichen Kosten der privaten Krankenversicherung tragen. Dies sehr häufig auch für die Ehefrauen, wenn diese nicht mehr selbst versichert sind.

Einen Nettovergleich von Renten und Pensionen hat es meines Wissens noch nicht gegeben. Somit ist es unseriös zu suggerieren, dass Pensionäre „brutto wie netto“ 70 Prozent Pension hätten. Dies wäre ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Im Übrigen besteht an die Politik seit Gründung der Bundesrepublik der gesetzliche Auftrag, Pensionskassen einzurichten. Dass dieser Auftrag von Generationen von Politikerinnen und Politikern nicht nur verletzt, sondern gebrochen wird, ist in meinen Augen einer der am längsten dauernden und mit am schwersten wiegenden Rechtsbrüchen der Politik.

Daneben: Wer trickst, ist nicht „der Staat“, denn den Staat bilden wir alle. Wer trickst, ist die Politik. Natürlich muss zukünftig diskutiert werden, was noch zu verteilen ist. Nur kann man auch dieses fortdauernde rechtsamputative Verhalten der Politik nicht Menschen zum Nachteil gereichen lassen, die in ehrlicher und redlicher Lebensarbeitsleistung berechtigte Ansprüche erworben haben. **Joachim Ruhnau, 56305 Döttesfeld**

Wilhelms edle Taten

Zu: „Fahnenflüchtiger“ Kaiser hat auch in Holland keine Heimat mehr (Nr. 24)

Während seriöse Historiker seit einigen Jahren die bisher gängige Darstellung Kaiser Wilhelms II. einer Revision unterziehen und ein wesentlich hoffnungsvolleres Bild zur Geltung bringen, muss man leider immer noch die alten Klischees aus den 1920er Jahren lesen. Neben der „militärischen Rolle“ hat der Kaiser seine Tatkraft ganz besonders auf die Sozialgesetzgebung und auf die Förderung von Kunst und Wissenschaft gerichtet.

Was die „Flucht nach Holland“ betrifft, so war diese kaum eine Darstellung „konservativer Kräfte“, sondern die der antimonarchischen Kräfte der 1920er und 1930er Jahre, die meinten, damit den monarchischen Gedanken schwächen zu können.

Der Gang des Kaisers nach Holland hatte zwei gleichrangige Gründe: Zum einen wollte er dem erschöpften deutschen Volk einen möglichen Bürgerkrieg ersparen, und zum zweiten hoffte er, mit diesem Schritt Deutschland in den anstehenden Verhandlungen leichtere Friedensbedingungen zu ermöglichen. Dass die Bedingungen der Alliierten im Versailler Vertrag derart katastrophal sein würden, konnte der Kaiser nicht voraussehen. Nach diesen Ergebnissen sagten der spätere US-Präsident Herbert Hoover und der französische Marschall Ferdinand Foch den Zweiten Weltkrieg voraus. **Friedrich Carl Albrecht, Ehlershausen**

Des eigenen Verstandes bedienen

Zu: In die Abhängigkeit getrieben (Nr. 27)

Die Aufnahme Kroatiens zum 1. Juli in die Europäische Union, dann das EU-Beitrittsangebot an Serbien, obwohl der Balkan über Jahrhunderte als Brandherd Europas galt, und schließlich – stets im Hintergrund – immer noch der große Beitritts-Schatten der Türkei lassen vermuten, dass unsere Europapolitiker aus dem angerichteten Schaden immer noch nicht klug geworden sind oder Scheuklappen aufhaben.

Sind nicht schon genug „unreife“ Länder wie Rumänien und Bulgarien in die EU aufgenommen worden? Es gehören auch keine besonderen Fachkenntnisse dazu, um festzustellen, dass sich Länder in den Euro-Raum geschummelt haben, die sich schließlich am Euro verhoben haben. Ungläubig schaut man allerdings auf alle unsere Parteien, die – mit wenigen „Abweichlern“ – den Weg Richtung Zusammenbruch mitgehen und bereit sind, wider besseres Wissen jedem Rettungspaket für die uns umgebenden maroden Volkswirtschaften zuzustimmen.

Dabei ist auch unser wirtschaftlich angeblich so florierendes Deutschland selbst mit über zwei Billionen Euro Schulden (= pro Kopf über 20 000 Euro) längst pleite. Unsere laut Umfragen angesehene Bundeskanzlerin erklärt dazu immer wieder, dass diese Europa- und Schuldenpolitik alternativlos sei. Eine neuentstandene Protestbewegung, die AfD („Alternative für Deutschland“), die die Ursachen beim Namen nennt und Lösungsansätze vorschlägt, wird von allen Seiten als europafeindliche (populistische) Partei diffamiert. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall, denn nur auf einer geordneten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundlage hat unser Europa eine Zukunft. Oder wird uns in wenigen Jahren von Ländern wie China und Indien der Weg vorgegeben?

Der mündige Bürger sollte sich immer wieder auf unseren Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724–1804) berufen dürfen: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, um dich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien.“

Christian von der Groeben, Großrinderfeld

Schlaflose Nächte

Zu: Vertriebene abgehakt (Nr. 25)

Jetzt gehen die Heimatvertriebenen in der Anonymität der weltweiten Globalisierungs-Politik gänzlich unter. Ein weiterer Verrat der Regierenden an unserem Schicksal. Hier kann der Ausspruch des Dichters Heinrich Heine gut eingeordnet werden: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“! **Dr. Klaus Zinke, Neubrandenburg**

Eine Schande

Zu: In den Tod gehetzt (Nr. 26)

Was für Beweise braucht man noch, um zu sehen, dass Justitia stockblind ist. Solche Urteile sind eine Schande. **Michael Krätzsch, Leipzig**

Keiner merkt was

Zu: Kein Geld für Deutsche (Nr. 25)

Politische Dummheit kann man lernen, spottete 1959 der Londoner „Spectator“, man muss nur deutsche Schulen besucht haben. Darum wird über Deutschland für den Rest des Jahrhunderts von außerhalb entschieden. Das passt sehr gut zu diesem Artikel. Unsere Abgeordneten merken das nicht einmal, wie die „Junge Freiheit“ schreibt: „Lustig in den Untergang!“ **Gerhard Paschedag, Gütersloh**

Ziemlich »blottig«

Zu: Dem Volk aufs Maul geschaut (Nr. 25)

In der Aufstellung von ostpreußischen Begriffen im Heimatteil der *PAZ* ist für das Wort „Blott“ der Begriff „Regen“ angegeben. Im Danziger Werder war „Blott“ die Bezeichnung für vom Regen aufgeweichte Erde. Im werderschen Blott konnten die Rübenwagen bis an die Achsen versinken, was ja auch zur Verlegung von Kleinbahngleisen bis an die Felder führte. Blottige Wege oder blottige Schuhe gab es nach längerem Regen immer. **Karl-Heinz Claaßen, Wülfershausen**

UdSSR als Vorbild

Zu: Brüssel erkennt Zeichen der Zeit nicht (Nr. 22)

EU-Kommissare sollten nicht nur nach Kosten, sondern nach verursachten Schäden betrachtet werden; und da sieht die Welt schon ganz anders aus: Jeder Polit-Beamte der EU verursacht mit Sicherheit nicht nur finanzielle Schäden in Milliardenhöhe, sondern steht gleichzeitig als Synonym für eine Diktatur mit Vorbild UdSSR. **Matthias Dumke, Wedel**

Scheinheilig

Zu: D-Mark-Umfrage unterschlagen (Nr. 20)

Der Moderator Frank Plasberg ist auch nur ein Journalist, der sich politisch korrekt verhält. Er deckt nicht auf, sondern ist stets bemüht, immer gut dazustehen. „Hart aber fair“ ist eine geschönte Sendung. Ich finde Plasberg scheinheilig. **Cornelius Tobies, Lippstadt**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 13. Juli 2013

Sowjet-Symbolik auf dem Hansaplatz

Politik in Königsberg entscheidet zugunsten der Veteranen – Umstrittene Skulptur erinnert an Kriegsbeginn

Sechs Jahre lang hielt die teils hitzig ausgetragene Diskussion darüber, womit die Siegessäule auf dem Königsberger Hansaplatz gekrönt werden solle, an. Nun wurde die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt: In der Nacht zum 22. Juni, dem 72. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, wurde der Siegesorden der Sowjetunion auf die Spitze gesetzt.



Gegensätze im Stadtzentrum: Stalinistischer Orden und Kreuze auf der Kirche Bild: J.T.

Nachdem 2007 auf dem Hansaplatz in Königsberg die 25 Meter hohe Siegessäule aufgestellt worden war, begann schon bald eine Diskussion darüber, welches Symbol die Spitze zieren solle. Diese Diskussion ist nun beendet. Die zuvor eingereichten Vorschläge waren vielfältig: eine Skulptur der Siegesgöttin Nike wurde angeregt, ein Engel, der ein Kreuz in den Händen hält, ein Storch, ein Stern, die Skulptur Georgs des Siegreichen oder eben der Favorit der Veteranenverbände, der Siegesorden. Ein Teil der Bevölkerung war dafür, dass ein Objekt auf der Säule auf irgendeine Weise an den Sieg erinnern solle, andere Königsberger waren eher geneigt, die Säule so zu belassen. Viele Bewohner der Pregelmetropole bezeichneten die Säule als Phallussymbol und meinten, dass sie ohnehin fehl am Platze sei.

An der Entscheidungsfindung waren neben dem Gouverneur auch der Königsberger Bürgermeister, der Kulturrat beim Gouverneur sowie die Gesellschaft der Architekten und Veteranenverbände beteiligt. Schließlich wurde am Vorabend des Jahrestags des Beginns des Deutsch-Sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 auf der 25 Meter hohen Säule der Siegesorden angebracht. Da die Aufrichtungsarbeiten in der Nacht erfolgten, sahen viele Königsberger die Zierde erstmals am frühen Morgen auf dem Weg zur Arbeit.

Die Ordensdarstellung wurde aus Weißrussland importiert, wo sie auch hergestellt worden ist. Die Fertigungskosten betrugen umgerechnet 212 000 Euro. Mit der Herstellung wurden weißrussische Künstler beauftragt, weil sie als sehr erfahren gelten. Als Vorbild für die Königsberger Ordensdarstellung diente das Werk des Bildhauers Viktor Kopatsch auf dem Siegesplatz im Zentrum von Minsk.

Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk begründete die Entscheidung: „Es gab viele Fragen beim Kulturrat und den Architekten, aber wir hatten den Veteranenverbänden ein allgemeines Versprechen gegeben, der Gouverneur und ich haben diese Verantwortung übernommen, und nun haben wir sie erfüllt!“

Viele Königsberger Architekten halten diese Art der Gestaltung einer Säule für unglücklich, denn aus ihrer Sicht gehört auf eine Säule immer eine Skulptur, ein flacher Orden dagegen sähe unnatürlich aus.

Ebenso wie die vorangegangenen Diskussionen fielen auch die Reaktionen der ersten Passanten widersprüchlich aus. Valentina, eine Studentin der Königsberger Technischen Universität meinte, dass die Nachbarschaft der sowjetisch-stalinistischen Symbolik mit den Kreuzen auf der orthodoxen Kathedrale ein Widerspruch sei. Die Siegessäule mit dem Orden hätte vielleicht im Park neben dem Denkmal der „1200 Gardisten“, wo die Soldaten der Roten Armee begraben sind, die an dem Sturm auf Königsberg beteiligt waren, einen würdigeren Platz gefunden. Eine Rentnerin schimpfte laut: „Anstatt uns ruhig zu stellen, hätten sie sich lieber mit Wohnungsreparaturen für die noch lebenden Veteranen und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beschäftigen sollen.“

Wassilij, der in Königsberg Verwandte besuchte, zog einen Vergleich zu dem Siegesplatz in Minsk: „In der weißrussischen Hauptstadt trägt der Siegesplatz seinen Namen zu Recht, dort gibt es ein ewiges Feuer, eine große Skulpturenkomposition, die mit den Kriegsereignissen zu tun hat, aber hier ist ringsherum nichts dergleichen, nur einige Einkaufs- und Unterhaltungszentren, Parkplätze, auf denen ich eine Radfahrerversammlung sah: Das ist also eher ein Handelsplatz denn ein Siegesplatz. Jeder trifft sich hier, bloß Veteranen habe ich noch keine gesehen. Vielleicht wäre Merkur, der Gott des Handels, ein besseres Symbol für die Säule.“

Eine Frau, die mit Einkaufstaschen schnell den Platz überquert, sagte nach einem kurzen Blick auf die Säule: „Mir gefällt's“.

Jurij Tschernyschew

Siegesorden

Der Siegesorden der Sowjetunion war der höchste militärische Verdienstorden des Vielvölkerstaates. Während des Zweiten Weltkrieges, am 8. November 1943, stiftete die sowjetische Regierung den einklassigen Orden. Mit ihm sollten höchste Angehörige der Roten Armee sowie ausländische Oberbefehlshaber und Staatsoberhäupter ausgezeichnet werden, die sich durch erfolgreiche, kriegsentscheidende militärische Operationen um die Sowjetunion verdient gemacht hatten. An 14 sowjetische Marschälle und fünf Ausländer wurde der Orden verliehen. Die 20. Verleihung an Leonid Breschnew wurde später annulliert. Wie bei anderen sowjetischen Orden war auch beim Siegesorden eine mehrmalige Verleihung möglich. Abgesehen von Josef Stalin ist allerdings nur von den Marschällen Georgij Schukow und Alexander Wassilewskij bekannt, dass bei ihnen von dieser besonderen Form der Ehrung Gebrauch gemacht wurde.

Das Ordenszeichen ist ein rundlicher Stern aus Platin, der mit einem aus fünf Rubinen bestehenden fünfstrahligen, roten Stern belegt war. Das Mittelmedaillon des roten Sterns zeigt vor blauem Hintergrund einen Teil der Mauer des Kremls mit dem Erlöser-Turm und dem Lenin-Mausoleum, auf der linken Seite von einem Kranzteil aus Lorbeer und auf der rechten von einem Kranzteil aus Eichenlaub umrahmt. Über dem Turm schwebt die Inschrift „CCCP“ (Sojus Sowjetskich Sozialistitscheskich Respublik, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) und unter ihm das russische Wort für Sieg. Die Strahlen des Ordenssterns und der Rand des roten Sterns sind mit etwa 150 Brillanten von zusammen etwa 16 Karat bedeckt. *PAZ*

Zu Fuß auf dem Weg zu Mutters Geburtsort

Klaus Lüttgen will von seinem Wohnort Köln nach Usch bei Schneidemühl wandern – Ostpreußen hat er bereits erreicht

Was bewegt einen Mann in einem Alter von 54 Jahren, in dem andere beginnen, sportlich kürzer zu treten, zu dem Vorhaben, von seinem Wohnort Köln aus alleine zum Geburtsort seiner Mutter Usch bei Schneidemühl zu wandern? Klaus Lüttgen, so der Name dieses Mannes, sieht das ganz praktisch: „Ich bin zeit meines Lebens gewohnt, für mich selber klar zu kommen, war schon früh selbstständig und während meines Arbeitslebens fast immer draußen. Außerdem ist es nicht meine erste Tour.“

Die erste Fahrt ging nach Nordamerika. Der Grund dafür war der Tod seines Vaters, mit dem er sich nicht hatte aussprechen können, im Jahre 2008, der letzte Anstoß 2010 die Arbeitslosigkeit. „Da habe ich mein Leben selbst in die Hand genommen, habe Vaters Orden an ein Karnevalsmuseum verkauft, mein Oldtimer-Motorrad verkauft und alles, was ich hatte, in die Tour reingesteckt – und mich auf den Weg gemacht von Vancouver nach Alaska“, erinnert sich Klaus Lüttgen.

Da hat er Feuer gefangen. Vor einem Jahr entschloss er sich, die Idee zu verwirklichen, einmal in die Heimat der Mutter zu gehen. Aber es steckte noch mehr dahinter, so der Wanderer: „Ich wollte nachempfinden, was in den Menschen vorgegangen ist, die so ihre Heimat verlassen mussten, Polen wie Deutsche. Also 20 Kilogramm auf den Rücken und loslaufen, von heute auf morgen. Ich habe nicht extra trainiert, ich wollte es mir schwer machen.“ Und schwer wurde es dann auch, wie seine drastische Schilderung deutlich macht: „In den ersten drei Wochen hatte ich Fußschmerzen, als würde mir ein Eisen um den Fuß gepresst.“ Da wird das tägliche Problem der deutschen und polnischen Autofahrer oder der Hunde auf den polnischen Dörfern fast nebensächlich.

Zwischenstopp beim Sommerfest in Osterode

Einige Kilometer hatte Klaus Lüttgen auf dem Zwischenstopp beim Sommerfest des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren in Osterode schon in den Beinen. Einschließlich einiger zu knapp kalkulierter: „Bis Berlin brauchte ich 746 Kilometer statt 530. Jetzt habe ich 1535 Kilometer hinter mir und etwa 1850 kommen noch – nach Goldap, dann mit Bus und Bahn nach Bromberg und zum Schluss die letzten 100 Kilometer nach Usch auf der Netze.“ Und jeder Tag bringt neue Herausforderungen, etwa die, nach dem Weg zu fragen. Die Polen, die Klaus Lüttgen trifft, reagieren oft zurückhaltend und blicken skeptisch auf ihn und den Rucksack. „Dann gehe ich mit meinem nicht vorhandenen Polnisch auf sie zu und manchmal ergibt sich ein Kontakt, ein Lächeln, man sagt dzi kuj und do widzenia und dann ist es auch gut“, schildert er eine typische Situation. Die Sprachbarriere lässt sich mit Englisch nicht so leicht durchbrechen, so seine Erfahrung: „Aber sie fällt, indem man beständig ist, in die Augen schaut und lacht, und dann versteht man sich.“

Auch mit ganz praktischen Problemen gilt es zu kämpfen. Ein Wanderer braucht viele Kohlenhydrate, aber „selbst wenn es auf den Dörfern einen Sklep (Laden) gibt, kann ich da nicht warm essen. Unterwegs habe ich Kuchen oder Plätzchen gegessen und mich so zum Abend hin gerettet.



Klaus Lüttgen Bild: Hahnkamp

Dann habe ich mir am Feuer eine Suppe warm gemacht“, beschreibt Klaus Lüttgen einen normalen Tag.

Doch es gab auch andere, etwa mit einer Begegnung 50 Kilometer vor Leba. Er erinnert sich: „Da kam ich in ein kleines Örtchen mit Campingplatz. Als ich unter der Dusche stand, klopfte es. Der Sohn hatte vorher meine Geschichte gehört und hat sie seiner Mutter erzählt, und sie kam dann und brachte mir einen riesigen Teller mit Suppe mit dicken Bohnen, die ich sehr gerne mag, das war sehr herzlich.“

Solche Erlebnisse sind auch ein Grund, warum dies Klaus Lüttgens erster, aber wohl nicht letzter Besuch in der Republik Polen ist. Ein zweiter ist Heidi, seine Lebensgefährtin: „Sie lässt mich wieder mal gehen, dafür bin ich ihr sehr dankbar. Ich komme mit ihr zurück, und will ihr all das zeigen, was ich hier gesehen und erlebt habe. Aber dann kommen wir mit dem Auto und dem Fahrrad.“

Uwe Hahnkamp

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

solch ein Anruf kann auch den grauen Regentag erhellen, an denen dieser Sommer weiß Gott nicht arm ist. Er kam von jener **Ursula Brandenburg**, die wir auf ihrem Kinderbild in Folge 24 sahen, Hand in Hand mit ihrem jüngeren Spielgefährten **Werner Mai** vom Königsberger Tragheim. Der nun im Seniorenalter nach ihr gesucht und im zweiten Anlauf sie auch gefunden hat. Nach 68 Jahren gab es ein Wiederhören am Telefon, ein Wiedersehen soll es im Herbst geben, wie mir Ursula Brandenburg mitteilte. Noch immer ist sie ganz erfüllt von der Gewissheit, dass ihr kleiner Freund sie immer gesucht hatte, auch wenn lange Jahrzehnte erfolglos verstrichen waren. Erst über unsere Ostpreußische Familie geschah dann dieses Wunder – und auch als solches bezeichnet es Frau Ursula, die längst einen anderen Namen trägt, und die heute im niedersächsischen Vlotho wohnt. Das ist natürlich sehr weit entfernt von Malching in Oberbayern, vor allem, wenn man nicht motorisiert ist. Aber da will die Tochter von Frau Ursula helfen und sie zu ihrem Jugendfreund fahren, irgendwann im Herbst soll das Wiedersehen stattfinden. „Und wir werden der Ostpreußischen Familie davon berichten!“, versprach die Königsbergerin aus Vlotho, und dafür wird auch der wieder gefundene Spielgefährte sorgen.

Denn Herr Werner Mai ist sehr fleißig im Suchen und Schreiben, zumal positive Ergebnisse immer Nachwuchs bekommen. Und so steuert er jetzt auf Erfolg Nr. 3 zu, denn auch die Nachkommen einer im gleichen Königsberger Haus wohnenden Familie hatte er erfolgreich gesucht, bevor er „Ulla“ fand. Allerdings dürfte die Suche jetzt schwieriger sein, weil er weder die Namen noch die damalige Wohnanschrift nennen kann. Aber immerhin sind es doch einige konkrete Angaben, die weiterhelfen könnten. Das liest sich in dem neuen Schreiben von Werner Mai so:



Irgendwo in Ostpreußen: Einsamer Bauernhof Bild: privat

„Als die Bombennächte von Königsberg vorbei waren, kam ich mit meiner Mutter nach Metgethen zu einer Frau mit zwei Töchtern und einem Sohn. Der Junge hatte sich an beiden Füßen die Zehen verletzt. Die Mutter war sehr streng. Ihrem Siedlungshäuschen schloss sich ein gepflegter Garten an, in dem ein kleiner Hund mit uns herumtollte. Vor der Siedlung lag die Erich Koch Wiese - so benannt nach dem damaligen Gauleiter und Oberpräsidenten, auf der wir Kinder spielten und Drachen steigen ließen. Einmal kam der Namensgeber persönlich vorgefahren und wollte mit seinem Söhnchen einen übergroßen Drachen steigen lassen. Andächtiges Staunen unsererseits, doch der Start missglückte: Ein kleiner Hopser, dann ein harter Absturz, Leistenbruch, Totalschaden! Steppke mit Drachenresten, Papa Koch und uniformierter Wagenlenker stiegen ein und weg war der Spuk. Schlimm war der Tag, an dem am Wäldchen oberhalb der Wiese Soldaten auftauchten. Wir Kinder nix wie hin, doch die Vordersten erkannten an den roten Sternen an der Uniform, das es Russen waren. Zurück so schnell, wie wir konnten und Bescheid gesagt. Meine Mutter packte unsere Sachen zusammen, wir verabschiedeten uns und ab zum Bahnhof. Dort stand tatsächlich ein Zug unter Dampf, der sofort abfuhr und uns nach Königsberg zurück brachte. Gerettet – aber wie erging es den Dagebliebenen?“ Das ist nun die Frage, die Herr Mai stellt. Gibt es Jemanden unter unseren Lesern, der Auskunft darüber geben kann, wie der Familienname der Frau mit den drei Kindern aus der Siedlung lautete und wie ihr Schicksal war? Anhaltspunkte bieten die Lage und vielleicht auch die Fußverletzungen des Sohnes. „Nur der Ostpreußischen Familie, der ich so dankbar bin für die Erfolge, traue ich es zu, auch hier etwas für mich erreichen zu können“, so beschließt Herr Mai seinen dritten Suchwunsch. Vielleicht hat er ja Erfolg abonniert, und es gibt auch diesmal ein positives Ergebnis – so hoffen wir. Nicht ganz ohne Eigennutz, denn eine Triade hatten wir ja noch nie! (Werner Mai, Bürgermeister-Bals-Straße 8 in 82216 Maisach-Malching.)

Manchmal kommt der Erfolg gänzlich unerwartet und ist dann umso beglückender. So erging es jedenfalls unserem „nachgeborenen Landsmann“ **Jörn Pekrul** aus Frankfurt, der uns immer wieder mit großartigen Fotos aus dem heutigen Ostpreußen überrascht und damit zur Aktualisierung unserer Kolumne beiträgt. Im vergangenen Jahr berichteten wir, dass Jörn Pekrul mit neuen Extra-Fotos aus Königsberg gekommen war und uns die schönsten und interessantesten Aufnahmen mit einer Schilderung seiner Wanderungen durch Nordostpreußen übergeben hatte. Danach meldete sich bei ihm ein Namensvetter, und es zeichnete sich bereits ab, dass es sich um einen Verwandten aus seiner väterlichen Linie handeln könnte. Das hat sich inzwischen bestätigt, und was daraus geworden ist, teilt uns Jörn Pekrul nun mit: „Mittlerweile hat der Kontakt stattgefunden und auch eine persönliche Begegnung. Es handelt sich tatsächlich um einen Vetter meines Vaters, der früher mit seiner Familie „weit im Westen“, nämlich in der Nähe von Graudenz, wohnte. Wir gingen in unserer Familie immer davon aus, dass unsere „Westverwandtschaft“ die Flucht nicht überstanden hatte und was sich auch, wie wir nun erfahren haben, für einen Teil, der auf der ‚Wilhelm Gustloff‘ war, leider bestätigt hat. Doch andere Familienmitglieder sind durchgekommen und darunter eben auch der nette und liebenswürdige **Ben** Pekrul, für den ich sofort eine tiefe Sympathie und verwandtschaftliche Vertrautheit empfunden habe. Der aus meiner Kindheit vertraute Dialekt – hier war er wieder in seiner reinsten Form und klang wie Musik in meinen Ohren. Mein Vater hat sich ebenfalls sehr über diese Begegnung gefreut, und wir wollen die Kontakte noch vertiefen. In Gesprächen mit meinem nun aufgefundenen Onkel erfuhr ich Angaben zu Besonderheiten, die in unserer Familiengeschichte bisher noch mit Fragezeichen versehen waren. Insofern konnten wir nicht nur das Heute, sondern auch das Gestern mit interessanten Begebenheiten ausleuchten. Welch ein unerwarteter Erfolg – dank der Ostpreußischen Familie!“ Und Jörn Pekrul übersendet uns sein persönliches Dankeschön in Form einer Serie von wundervollen Fotos der Kurischen Nehrung und Cranz‘, die er mit einer einfühlsamen Schilderung seiner Wanderung durch diese einmalige Landschaft ergänzt. Für sie ist hier und heute leider kein Platz, aber mit Sicherheit in einer unserer nächsten Folgen. Eine allerdings doch sehr bedrückende Aufnahme ist in unserem Extra-Beitrag zu sehen: Sie zeigt ein vollkommen verwahrlostes Haus an der einst so gepflegten Cranzer Strandpromenade!

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Einige gut erhaltene Aufnahmen aus alter Zeit sandte uns Frau **Sigrid Matthee-Kohl** aus Rohrbach zu. Ihre Freundin fand sie im Nachlass ihrer Mutter, die diese Aufnahmen während ihrer Studienzeit in Königsberg gemacht hatte, sie müssen also um 1932 entstanden sein.

Allerdings zeigen nur zwei Fotos Königsberger Motive (Speicher und Fischmarkt), die anderen Aufnahmen entstanden in verschiedenen ost- und westpreußischen Städten. Leider sind die Aufnahmen unbeschriftet, eine Zuordnung dürfte aber aufgrund der darauf abgebildeten profanen und kirchlichen Bauten möglich sein. Hierbei taucht von Seiten der Einsenderin die Frage auf: Steht in Marienwerder noch der Hermann-Balk-Brunnen? Der langen Rede kurzer Sinn: Wer möchte diese Privatfotos haben? Ein Bild, das einen einsamen Bauernhof in der weiten Landschaft unserer Heimat zeigt, soll unsere heutige Kolumne beleben – als Erinnerung an die ostpreußischen Sommer von einst, die noch Sommer waren!

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

So war es und nicht anders

Erinnerungen an das Waisenhaus in Pobethen

Jedes Vertriebenenschicksal wäre einer Dokumentation wert, denn die Erlebnisse, die man als Heimatloser in den bittersten Stunden des Lebens erfahren musste, sind so auf den betreffenden Menschen zugeschnitten, dass man seine Biographie nicht auf andere Schicksalsgefährten übertragen kann, selbst wenn sie Ähnliches erlebt haben. Viele Flüchtlinge haben es getan, haben ihre Lebensläufe niedergeschrieben und in Buchform veröffentlicht, so auch Frau **Inge Keller-Dommasch** in ihren Erinnerungen „Wir aber mussten es erleben“. Als die in der Schweiz lebende Autorin das Buch im Jahr 2002 herausgab, ahnte sie noch nicht, dass bereits zwei Jahre später eine weitere Auflage notwendig sein würde. Und nun kann sie sogar die dritte Auflage vorlegen, die – überarbeitet und erweitert – den dokumentarischen Wert ihres Werkes noch wesentlich erhöht, denn sie konnte die Erinnerungen eines ehemaligen Flüchtlingskindes aus dem Waisenhaus Pobethen als Sonderkapitel einfügen, das die Authentizität der in dem Buch geschilderten Vorgänge beweist.



Verfallenes Haus an der Promenade von Cranz Bild: Pekrul

Es war ein Glücksfall für Inge Keller-Dommasch, als sie vor vier Jahren einen Bericht der in den USA lebenden Königsbergerin **Annemarie Golloch de Leary** erhielt, in dem diese ihre furchtbaren Kindheitserlebnisse im Jahr 1947 in dem russischen Waisenhaus Pobethen geschildert hat. Hatte doch die Autorin selber fast an den Ausführungen ihrer Mutter **Margarete Dommasch** gezweifelt, die ihre eigenen Erfahrungen in das Buch ihrer Tochter einbrachte. Diese von Mutter und Tochter aus so verschiedener Sicht geschilderten Situationen machen den besonderen Reiz des Buches aus, denn generationsgemäß erlebten beide Frauen sie anders. So beschreibt Margarete Dommasch, dass in das Waisenhaus Pobethen, in dem die Kindersterblichkeit sehr hoch war, immer wieder neue Kinder kamen, die von den Russen einfach auf den Straßen aufgegriffen wurden, um mit ihnen die geforderten Bestandslisten aufzufüllen. Das schien der Tochter, die damals von den Russen als „Sanitarka“ eingesetzt worden war, fast unglaublich, sie nahm aber diese von ihrer Mutter dokumentierten Vorfälle in ihr Buch auf.

Und das hatte absolut seine Richtigkeit, denn nun las sie den Lebensbericht von Annemarie Golloch de Leary aus Illinois, in dem diese genau diese Vorfälle bestätigte. Die Zehnjährige war im Februar 1947 in Cranz auf der Straße von russischen Soldaten aufgegriffen und mit einem Laster der Roten Armee in das Waisenhaus im nahen Pobethen gebracht worden, zusammen mit anderen deutschen Kindern, die verhungert und verwahrlost aussahen und es auch waren, denn die Mütter – wenn diese überhaupt lebten – mussten arbeiten, und es gab in dem Hungerwinter kaum etwas zu essen. Im Waisenhaus fand dann Annemarie ihre Geschwister wieder, den zwölfjährigen **Herbert** und die achtjährige **Renate**, die seit Januar spurlos verschwunden waren. Die Mutter **Elisabeth Golloch** hatte mit ihren drei Kindern die russische Okkupation in Cranz erlebt, wohin sie im August nach den Bombenangriffen auf Königsberg gegangen waren. Die Russen trieben sie dann mit anderen Cranzer Bürgern quer durch das nördliche Ostpreußen bis nach Schloßberg/Pillkallen. Den Gollochs gelang es, nach Cranz zurückzukehren. Sie waren dann mit anderen Königsberger Familien im „Haus Rosa“ untergebracht, das sie allerdings im Frühjahr 1946 verlassen mussten. Sie kamen dann in einem zerstörten Haus gegenüber dem Kasino unter, aber weil Frau Golloch für die Russen arbeiten musste, konnte sie sich nicht um die Kinder kümmern. Im Waisenhaus begann für die kleine Annemarie die Hölle. Ihre Geschwister starben beide den Hungertod und wurden in einer notdürftig ausgehobenen Grube beerdigt. Dieses traumatische Bild der dünn mit Sand bedeckten Kinderleiber in dem Massengrab hat die mit einem Amerikaner Verheiratete noch heute vor Augen. Wie sie sich überhaupt an alles erinnert, was davor und danach geschah. Drei Monate später gelang es nämlich Annemarie, von den Distelfeldern, auf denen die Kinder arbeiten mussten, zu fliehen und sich nach Cranz durchzuschlagen. Im November 1947 kamen Mutter und Tochter mit dem ersten Transport nach Sachsen-Anhalt. Dieses sehr emotional geschilderte Kinderschicksal bereichert nun die Neuausgabe des Buches von Inge Keller-Dommasch, das zusammen mit Kommentaren der Verfasserin einen Umfang von fast 290 Seiten hat und gut bebildert ist. Ein kleiner Glücksfall auch für uns, denn ich erhielt es gerade, als ich die in der obigen Kolumne geschilderten Episoden bearbeitete, so dass sich jetzt ein noch tiefer greifendes Bild jener furchtbaren Nachkriegsjahre ergibt. (Inge Keller-Dommasch: „Wir aber mussten es erleben. Erinnerungen an Ostpreußen bis zur Vertreibung 1947“, Nation & Wissen Verlag, Riesa, ISBN 978-3-9814347-9-8)

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Schwartinsky, Käthe, geb. **Lipowski**, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, am 19. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Roweck, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kochanowski, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 18. Juli

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

Runz, Heinrich, aus Ebenrode, am 14. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Krakowiki, Eva, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Schulz, Monika, geb. **Gruhn**, aus Mathildenhof und Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dostal, Erna, geb. **Kondritz**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

Krause, Ella, geb. **Kösling**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli

Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Juli

Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli

Schedwill, Walter, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

Strunck, Hildegard, geb. **Paykowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Trojahn, Lydia, geb. **Skujat**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Affenzeller, Helene, geb. **Seewald**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Bach, Liselotte, geb. **Pultke**, aus Balga (Partheinen), Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli

Baltrusch, Walter, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 19. Juli

Becker, Ilse, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli

Hoffmann, Susi, geb. **Demant**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli

Kowalewski, Fritz, aus Funken Kreis Lötzen, am 17. Juli

Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli

Möller, Erna, geb. **Gayko**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 19. Juli

Niewind, Adelheit, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 19. Juli

Potrafke, Erich, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juli

Rothenburger, Brigitta, geb. **Klebs v. Halle**, aus Franzken, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli

Strauss, Hans, aus Königsberg, am 17. Juli

Uhlemann, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Backeln, Kreis Samland, am 16. Juli

Wauschkuhn, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berg, Ursula, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Juli

Bossy, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 14. Juli

Derrey, Helmut, aus Ebenrode, am 17. Juli

Dyga, Walter, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli

Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Moderegger, Fritz, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 14. Juli

Palfner, Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abraham, Irma, geb. **Naujoks**, aus Urbanshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Bartheidel, Gertrud, geb. **Reinke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

Bartholomeiczik, Marie, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. Juli

Bartholomeyczik, Waltraut, geb. **Wabbels**, aus Wartenhöfen und Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Grätsch, Wilfried, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 16. Juli

Günther, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirch, Kreis Treuburg, am 19. Juli

Joswig, Anna, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Kolodzey, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Juli

Kowalewski, Dr. Karl, aus Leegen und aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. Juli

Krüger, Dorothea, geb. **Ohlendorf**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Link, Herbert, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. Juli

Möller, Gerda, geb. **Ewert**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juli

Piefke, Margarete, geb. **Zelustek**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli

Rohde, Erna, geb. **Szomm**, aus Wehlau, Langgasse 30, am 13. Juli

Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

Swiedelsky, Dorothea, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, und aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 13. Juli

Tenniger, Helmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. Juli

Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Zerulla, Werner, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, am 13. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bondzio, Heinz, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 17. Juli

Creuzer, Jutta, geb. **Buttgereit**, aus Königsberg, am 12. Juli

Hammermeister, Werner, aus Neidenburg, am 19. Juli

Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

Jiranek, Erna, geb. **Nimzyk**, aus Treuburg, am 16. Juli

Jung, Margarete, geb. **Kitt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Katzmann, Helmut, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

Kemmesies, Hans-Ulrich, aus Herzogskirch, Kreis Treuburg, und aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 18. Juli

Kitscha, Margarete, geb. **Sewzig**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Klimmek, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli

Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Krüger, Wanda, geb. **Zimmermann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Machel, Margarete, geb. **Brehm**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Maschlinski, Herta, aus Milussen, Kreis Lyck, am 16. Juli

Mazurek, Waltraut, geb. **Willamowski**, aus Pillau, Kreis Samland, am 15. Juli

Mey, Erika, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Milkau, Gerda, geb. **Isekeit**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 16. Juli

Onischke, Herbert, aus Schallen, Trimmau, Kreis Wehlau, am 13. Juli

Riedel, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juli

Runge, Hildegard, geb. **Lettau**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 129, am 18. Juli

Schwentech, Horst, aus Worwegen, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli

Söckneck, Gunter, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Stein, Gerda, geb. **Mattschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Szill, Kurt, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Tupeit, Lucie, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. Juli

Weigel, Emil, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Wostbrock, Ilse, geb. **Schiefke**, aus Schwalgenor, Kreis Treuburg, am 16. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ballhause, Gertrud, geb. **Schulz**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 16. Juli

Büchler-Zürcher, Ingrid, geb. **Zürcher**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 16. Juli

Buttgereit, Günther, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 18. Juli

Chuchra, Gisela, geb. **Kadzidroga**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 16. Juli

Deluga, Krystyna, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 18. Juli

Dörk, Gustav, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 15. Juli

Fiedler, Helga, geb. **Milewski**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 16. Juli

Hanke, Werner, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Heinemann, Irmgard, geb. **Matzick**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Kalkenings, Artur, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Koytka, Hans, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 12. Juli

Krzizanowski, Wolfgang, aus Elbing, am 17. Juli

Loch, Eitel, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 18. Juli

Meiser, Heinrich, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf West, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Meyer, Lieselotte, geb. **Petschuleit**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 14. Juli

Purwin, Gertrud, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. Juli

Radzewitz, Emil, aus Treuburg, am 18. Juli

Rohde, Christel, geb. **Schulz**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 15. Juli



Raze, Waltraut, geb. **Pitzer**, aus Ebenrode, am 15. Juli

Schneider, Ruth, geb. **Kronenberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Juli

Skryppek, Lieselotte, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli

Vögele, Hans-Heinrich, aus Georgenswald, Kreis Samland, am 15. Juli

Wenglorz, Gerda, geb. **Faust**, aus Mohrungen/Abbau, am 14. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adomeit, Joachim, aus Rettkau, Kreis Neidenburg,am 14. Juli

Bauszus, Wolfgang, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

Deppe, Uta, geb. **Meyhofer**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Jakielski, Harry, aus Treuburg, am 14. Juli

Janz, Helmut, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Jorgowski, Dieter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli

Kaczmarczyk, Irene, geb. **Sewczyk**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

Keruth, Waltraud, geb. **Müller**, aus Königsdorf/Lank, Kreis Heiligenbeil, am 18. Juli

Lehmann, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Metzger, Ruth, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Mlodzian, Ulrich, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli

Mogilowski, Erwin, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Ramm, Erika, geb. **Rose**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 19. Juli

Röns, Ingrid, geb. **Alschauski**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli

Schareina, Ruth, geb. **Klinner**, aus Leuthen/Schlesien, am 14. Juli

Schulze, Edda, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

Storz, Ruth, geb. **Barkmann**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Till, Elfriede, geb. **Till**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Velte, Karin, geb. **Schettkat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

Wienert, Werner, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli



Laubmeyer, Manfred, aus Bütow/Pommern, und Ehefrau Helga, geb. **Dobischat**, aus Heiligenbeil, am 12. Juli

9. Internationales VGH Trakehner Bundesturnier

Sonntag, 25., bis Mittwoch, 28. Juli, Hannover, Reiterstadion in Vahrenwald: Dressur und Springen bis zur schweren Klasse.

Der Eintritt ist kostenfrei!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 13. Juli, 14 Uhr, ARD: Auf der Flucht vor Armut. Dokumentation.
SONNABEND, 13. Juli, 22.40 Uhr 3sat: Wahrer Anfang – ein Mann Anfang 70, der sein Leben und seine Zweifel in Momentaufnahmen nacherlebt. Dokumentation.
SONNTAG, 14. Juli, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 14. Juli, 20.15 Uhr HR: Grenzgeschichten zwischen Westerwald und Taunus. Dokumentation.
SONNTAG, 14. Juli, 20.15 Uhr, Tele 5: 1492 – Die Eroberung des Paradieses. Historienabenteuer von 1992.
MONTAG, 15. Juli, 16.10 Uhr NDR: Inselgeschichten. Reportage.
MONTAG, 15. Juli, 16.55 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1945. Die Befreiung der Konzentrationslager. Reportage.
MONTAG, 15. Juli, 20.15 Uhr, ARD: The King's Speech – Die Rede des Königs. Historiendrama über King George VI. Spielfilm von 2010.
MONTAG, 15. Juli, 23.50 Uhr, ARD: Unser wirtschaftliches Wunder – Die wahre Geschichte. Dokumentation.
DIENSTAG, 16. Juli, 20.15 Uhr, NDR: Das große Wunschkonzert. Musik.
DIENSTAG, 16. Juli, 22.10 Uhr, Arte: Schattenkampf – Europas Resistance gegen die Nazis. 1939/1941. Dokureihe.
MITTWOCH, 17. Juli, 20.15 Uhr, Kabel Eins: Unbeugsam – Defiance. Kriegsdrama von 1941.
MITTWOCH, 17. Juli, 20.15 Uhr, SWR/SR: Achtung Erbschleicher – Der Kampf um Omas Häuschen. Dokumentation.
MITTWOCH, 17. Juli, 21.05 Uhr, Deutschlandfunk: Adenauer, Strauß und „Mutti." CDU und CSU im Blick des Kabaretts.
DONNERSTAG, 18. Juli, 17 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1953. Elisabeth II. wird gekrönt. Reportage.
DONNERSTAG, 18. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Jane Austens Verführung. Kostümdrama von 2007.
FREITAG, 19. Juli, 12.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1937. Die „Hindenburg"-Katastrophe. Reportage.
FREITAG, 19. Juli, 20.15 Uhr, NDR: Die Nordstory. Elbinsel im Fluss – Hamburg-Wilhelmsburg wandelt sich. Doku.
FREITAG, 19. Juli, 20.15 Uhr WDR: Wir vor 100 Jahren. Aufbruch ins moderne Leben. Dokumentation.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@ junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 14. Juli, Schloss Burg an der Wupper: **NRW-Landestreffen der Ostpreußen.** Der BJO nimmt mit einem Infostand und dem beliebten Café Lorbaß teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Einzelheiten unter http://www.ostpreussen-nrw.de/Div/Schloss-Burg-2013/index.htm.

Sonnabend, 20. Juli bis 3. August: **BJO-Sommerfahrt durch Ostmasuren** (Raum Lötzen/Treuburg/Lyck). Die vollständige Einladung ist unter www.junge-ostpreussen.de einsehbar. Informationen erteilt Marius Hempelmann unter mariushempelmann@live.de beziehungsweise Telefon (0151) 12747534 oder (0521) 9474951.



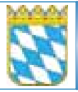
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 13. Juli: **Kleines Sommerfest am Häuserbrunnen.** Treffpunkt am Rathaus in Hainstadt um 14.45 Uhr. Abholung am Musterplatz in Buchen um 14.30 Uhr. – Von Mittwoch, 24. Juli., bis Sonnabend 3. August, Ostpreußenfahrt. Infos unter (06281) 8137.

Ludwigsburg – Montag, 22. Juli, 15 Uhr, Besuch von einem Biergarten oder einer Weinstube.

Ulm – Sonnabend, 20. Juli, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung in den Ulmer Stuben.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Bamberg – Dienstag, 16. Juli, Insel: Zusammenkunft der Gruppe im Biergarten. – Mittwoch, 17. Juli, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße (Nebenzimmer): Sommerfest der Gruppe.

Ingolstadt – 21. Juli, 14.30 Uhr, Monatliches Heimattreffen im Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8.

Nürnberg – Dienstag, den 23. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat in Nürnberg Langwasser, Imbuschstr. 1, Endstation der U-1, Mitgliederversammlung, gezeigt wird das Schatzkästchen Ostpreußen, Gäste herzlich willkommen. – Sonnabend, 20. Juli, ab 12 Uhr während des Tages der offenen Tür und der Aussiedlerkulturtage findet das Fest unter der Eiche am Haus der Heimat statt. Zwischen 15 und 17 Uhr Kulturprogramm der Aussiedler mit Tanz und Gesang. Angeboten werden auch kulinarische Spezialitäten.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

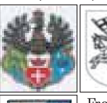


BERLIN

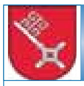
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekkstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 14. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 19. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe. Kontakt bei Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

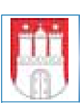


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen-Nord – Sonnabend, 13. Juli, 12 Uhr: **Diesjähriges Sommerfest.** Die Veranstaltung findet wie gewohnt in der Waldschmiede in Beckedorf statt. Um 12.30 Uhr gemeinsames Mittagessen und danach gemütlicher Nachmittag mit verschiedenen Darbietungen. Die ostpreußische Mundart wird auch dieses Mal nicht zu kurz kommen. Der Kostenbeitrag beträgt für Mitglieder 15 Euro und für Gäste 18 Euro. Anmeldungen unter folgenden Rufnummern: (04296) 747701 oder (0421) 483424.

Bremerhaven – Im Juli und August ist Sommerpause.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. Juli, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88. Anfahrt: Mit Bus 443 bis Waldquelle. Thema: Sommer und Urlaub in Ost- und Westpreußen. Im August findet kein Heimatnachmittag statt.

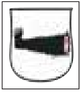
KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr, Restaurant Ribling, gegenüber Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, auch von Fuhlsbütter Straße 757 zu erreichen, Hamburg-Ohlsdorf: Herzliche Einladung zum Sommerfest der Gruppe bei einem gemütlichen Nachmittag. Beginn mit einer gemütlichen Kaffeetafel, danach gemeinsames Singen und Erzählen.



Sensburg – Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – **Medikamentensammlung für die Deutsche Gesellschaft „Mauersee" und Johanniter Station in Angerburg** – Der Apotheker Jörg Rott, Rathaus Apotheke, 65468 Trebur, Hauptstraße 50, Apothekerin Petra Ranker, Igel Apotheke Astheim, Alt Astheim 2, und der Apotheker Volker Becker, Hubertus Apotheke Geinsheim, Treburerstraße 7, haben sich bereit erklärt, die Medikamentensammlung zu übernehmen. Die Medikamente müssen mindestens noch zwei Jahre gültig sein. Die Arzneimittelsammlung ist mit Schreiben vom 19. Juni vom Regierungspräsidium Darmstadt genehmigt worden. 2007 hat Siegfried Kugies selbst eine Medikamenten-Spende und drei Krankenfahrstühle der Station übergeben können. 2010 überbrachte die Firma Dieter Rausch 15 Krankenfahrstühle und einen Karton mit Medikamenten. Die Krankenfahrstühle hatte das Treburer Seniorenheim zur Verfügung gestellt. 2011 und 2012 fuhr Dr. Hans-Ulrich Kugies mit seiner Frau nach Angerburg, um seinen Urlaub in Masuren zu verbringen. Jedes Mal konnte er der Station je einen Karton mit Medikamenten übergeben. Am 1. Juli 2012 erhielt Kugies vom Angerburger Bürgermeister Krzysztof Piwowarczyk und der Leiterin der „Deutschen Gesellschaft – Mauersee" und der Johanniterstation Herta Andrulonis folgendes Dankesschreiben: „Wir möchten uns herzlich bedanken für die Bemühungen und Unterstützung betreffend unserer Station. Schon öfter, dank Ihrer Hilfe, erhielten wir Medikamente als Spende. Dank der Hilfe ist es uns möglich den Armen im Kreis Angerburg zu helfen. Herzlichen Dank für diese Hilfe und wir bleiben in der Hoffnung auf weitere Kontakte mit unserer Johanniter Station. Jede Hilfe ist für uns sehr wichtig." Sven Ceranka, Inhaber des „Radhaus Vatter" in Rüsselsheim wird mit seiner Ehefrau Iwona, die aus Goldap stammt, voraussichtlich in den Sommer- oder Herbstferien 2013 seinen Urlaub in Masuren verbringen. Er wird die Medikamente mitnehmen und in der Station in Angerburg abliefern.

Gelnhausen – Trotz tropischer Temperaturen, es wurden in Gelnhausen 32 Grad gemessen, trafen sich die Mitglieder der Gruppe am Treckdenkmal, das vor 25 Jahren feierlich enthüllt wurde, durch Blumenniederlegung der Menschen zu gedenken, die damals im Jahre 1988 die Idee, ein Denkmal zu errichten, in die Tat umsetzten. Unter den Anwesenden waren noch zwei Mitglieder, die bei der ergreifenden Feierstunde vor 25 Jahren dabei waren. Es war nicht leicht für den Initiator und damaligen Vorsitzenden der Gruppe, Fritz Kallweit, die Idee in die Tat umzusetzen. Bei



Treckgedenkstein in Gelnhausen Bild: privat

solchen Vorhaben galt es, erstmal die bürokratischen Hürden zu überwinden, und an Geld mangelte es auch. Kallweit sammelte die Gelder überall und dank der sehr großen Spendenbereitschaft der Mitglieder konnte die Idee verwirklicht werden. Die Bronzetafel mit der Treckdarstellung schuf der Gettenbacher Künstler Harald Kraus, der selbst Heimatvertriebener war. Wagen an Wagen, gezogen durch Pferde, meistens durch Trakehner, den treuesten und ausdauerndsten Tieren, die je in Ostpreußen gezüchtet wurden. Begleitet wurde der unendlich lange Treck durch Menschen, die ihr ganzes Hab und Gut in einem Bündel auf dem Rücken trugen. Schaut man sich genauer die Darstellung der Flucht an, so erkennt man in den Gesichtszügen der Menschen und der Kreatur die Qualen und Strapazen, die diese durchlebten. Der damals amtierende Bürgermeister der Stadt Gelnhausen, Jürgen Michaelis, der als Schirmherr die Veranstaltung ermöglichte, bemängelte bei seiner Ansprache, dass es nach 40 Jahren seit Kriegsende noch kein Grundrecht auf Heimat gibt. Er erinnerte aber auch an die außergewöhnlichen Leistungen der vertriebenen Landsleute und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Menschen, die in der Stadt Gelnhausen jetzt wohnen, eine schöne, neue Heimat gefunden haben. Fritz Kallweit und Dietrich von Lenski-Kattenau enthüllten an der Müllerwiese das mitten in der Stadt stehende Denkmal. Während der Enthüllung gaben an beiden Seiten des Denkmals stehende Trakehner Pferde samt Reiter die passende Kulisse. Die anschließende Weihe des Denkmals nahm Pfarrer Gottschalk aus Hellstein vor. Im gemeinsamen Gebet wurde der Opfer der Flucht und Vertreibung gedacht. Mit herzlichen Worten dankte er auch allen Beteiligten, die zur Verwirklichung der Idee beigetragen haben. Die Inschrift der Tafel: Trakehnen – Ostpreußen Opfer des Krieges 1939–1945 Der Leidensweg von Mensch und Kreatur bleibt unvergessen Dieses Denkmal ist für viele von uns Erinnerung an die schlimmste Zeit in unserem Leben und in der Geschichte unseres Volkes. Möge Flucht und Vertreibung sich niemals wiederholen. Nur ein sichtbares Denkmal kann die nachkommenden Generationen mahnen. Mit diesen Worten beendete die Vorsitzende Renata Gogné ihren kurzen Rückblick.

Gießen – Im Monat Juli findet kein Treffen statt. Es ist Ferienmonat. Im August erfolgt eine Kaffeefahrt. Hierzu wird noch brieflich benachrichtigt.

Wiesbaden – Sonnabend, 27. Juli, 15 Uhr: **Sommer-Gartenfest** im Kleingartenverein am Wasserwerk in Erbenheim. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zu Beginn werden die Teilnehmer mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Für Unterhaltung sorgen unser Frauenchor, Spiele und Musik. Bitte bis 18. Juli anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt: ESWE-Bus Linie 15 bis Erbenheim, Haltestelle Barbarossastraße. Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt, da ausreichend überdachte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Wiesbaden – **„Königsberg / Kaliningrad – die doppelbödige Stadt"** war das Thema postsowjetischer Eindrücke in Wort und Bild, die Luise Wolfram (Hannover) beim letzten Monatstreffen vorstellte. Doppelbödig sei in der Geschichte von kriegszerstörten Städten nichts Besonderes. Bei den meisten sei dann ein Wiederaufbau und Ineinanderwachsen der verschiedenen Schichten in noch erkennbarer Kontinuität auf dem „alten Boden" in Gang gekommen. Anders in Königsberg: Nach den Vorstellungen der neuen Machthaber sollte von dem alten Boden möglichst nichts mehr zu sehen sein. Das nördliche Ostpreußen sollte „ursowjetisch" werden mit neuen russischen Namen für alle Dörfer und Städte und radikalem Bevölkerungsaustausch. Doch inzwischen steigt die Zahl russischer Menschen, die sich für ostpreußische Geschichte einsetzen, zumal noch Spuren vom „einstigen Boden" zu sehen sind. „Die Heimatvertriebenen haben kräftig zu dem rasch wachsenden Geschichtsinteresse beigetragen – die neue russische Bevölkerung hat ihre neue ‚Heimat' neu zu sehen gelernt", meinte die in Königsberg geborene Referentin. Zusammen mit ihrem Mann, der als Propst in Königsberg für den Gemeindeaufbau unter Russlanddeutschen verantwortlich war, hat Luise Wolfram von 1999 bis 2002 in Königsberg gewohnt und das Leben der Menschen geteilt. Von ihren Erlebnissen und der Mitarbeit am Gemeindeaufbau erzählt sie in mehreren Büchern. In Königsberg werde von russischer Seite viel getan. So wurde das Straßennetz der Stadt deutlich ausgebaut; nun überspannt eine weitere Autobahnbrücke den Pregel. Vermutlich auch ein Beitrag zur 2018 stattfindenden Fußballweltmeisterschaft. Aus diesem Anlass soll im Gebiet an der Lomse auch ein Stadion für 45 000 Zuschauer entstehen, äußerlich einem Bernstein nachempfunden. Zunehmend sprießen zahlreiche moderne Kaufhäuser, Geschäfte und Restaurants aus dem Boden. Wolframs Bilder zeigen reich gefüllte Markthallen mit allem, was das Herz begehrt; doch offensichtlich fehlt den Menschen das nötige Geld zum Einkaufen. Im vergangenen Jahr wurden 13 Prozent mehr Wohnungen gebaut als 2011. Am ehemaligen Hansa-Platz steht nun die Christus-Erlöser-Kathedrale mit vergoldeten Zwiebelkuppeln, die Mauern mit weißem sibirischem Marmor verkleidet. Sie ist die zweitgrößte orthodoxe Kathedrale auf russischem Gebiet und soll das Wahrzeichen Kaliningrads sein! Doch für einen Großteil der Einwohner ist der wieder hergestellte Dom das markante Bauwerk ihrer Stadt – und das eigentliche Wahrzeichen. Das Bild des Doms war auch das Erinnerungsgeschenk, das der Vorsitzende Dieter Schetat der Referentin zur Erinnerung an den Nachmittag überreichte: allerdings kunstvoll in Königsberger Marzipan gearbeitet von der jetzt in Wiesbaden ansässigen Königsberger Konditorei Gehlhaar. Als Symbol zum

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

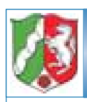
750. Stadtjubiläum hatte die Stadtverwaltung das achttürmige Königstor aus dem roten Backstein renovieren lassen. Doch das absurde offizielle Jubiläumsmotto „750 Jahre Kaliningrad“ wollten sich die Einheimischen nicht zu eigen machen. Stattdessen schrieben sie auf vielen Plakaten zu Einzelveranstaltungen „750 Jahre unsere Stadt“. „Bei der Landwirtschaft sieht es noch trübe aus und bewirtschaftete Flächen sind selten zu sehen“, beschreibt Luise Wolfram den Zustand und fügt hinzu: „Noch heute kann sich das Königsberger Gebiet alleine ernähren.“ Zu beobachten sei eine spekulative Investition in zur Zeit günstig zu bekommende ländliche Grundstücke in Erwartung eines späteren lukrativen Veräußerungsgewinns. Von den ehemals 224 Gotteshäusern in Nordostpreußen sind heute noch 66 Kirchen erhalten, und das meist durch deutsche Unterstützung. 91 Kirchen wurden völlig vernichtet und 67 sind Ruinen. Durch Gesetz wurde seinerzeit der gesamte kirchliche Besitz, auch die ehemals deutschen Kirchen, unter höchst fragwürdigen Bedingungen an die Russisch-Orthodoxe-Kirche (ROK) übertragen. Alles in allem muss man feststellen, dass das Gesicht der einstigen ostpreußischen Hauptstadt mit ihren heute rund 430000 Einwohnern zunehmend russischer wird. Luise Wolframs Resümee: „Fremd und vertraut zugleich, grau und doch liebenswert: Königsberg ist verschüttet unter Kaliningrad und doch noch spürbar. Eine Stadt auf doppelten Boden.“



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Kleines Ostpreußentreffen – Erstmals wird die Landesgruppe gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode aus Anlass des Heimatkreistreffens dieser beiden Kreisgemeinschaften ein kleines Ostpreußentreffen am Sonnabend, 13. Juli, in Winsen an der Luhe durchführen. Neben einem Vortrag über „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung: Preußen zwischen Frankreich und Russland“ in der offiziellen Feierstunde wird ein Kulturprogramm mit einem Konzert „Bern-Stein“ und eine Lesung „Woher kommen die Marjellchen“ von unserem Landsmann Tennigkeit geboten. Eingeladen sind alle Ostpreußen und alle Freunde Ostpreußens.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 14. Juli, ab 11 Uhr, Gedenkstätte der deutschen Heimatvertriebenen, Schloss Burg: **Kulturveranstaltung der Landesgruppe.** Beginn 11 Uhr. Zeit zum Plachandern, Besuch des Glockentrums, verwöhnen lassen mit ostpreußischen Spezialitäten, die reichlich angeboten werden. Platzkonzert der Dabringhauser Musikanten unter Leitung von T. Krause um 12.30 Uhr. Offizieller Teil: 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Jürgen Zauner, Trompetensolo „Ich bete an die Macht der Liebe“ von Frank Braun, Glockenläuten der Königsberger und Breslauer Glocke, Totengedenken mit Kranzniederlegungen von Jürgen Zauner, Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“ von Frank Braun, Grußworte. Unsere Jugend spricht: Stefan Hein. Festrede von Gregor Golland MdL, Gemeinsames Singen mit den Dabringhauser Musikanten „Ostpreußenlied – Deutschlandlied“. Bunter Reigen, 15 Uhr: Einführungsworte und Leitung Dr. Bärbel Beutner, Buntes Programm mit Liedern, Tänzen und Vorträgen in Mundart. Voraussichtliches Ende gegen 17 Uhr.

Bonn – Bericht von der Ostpreußenreise vom 13. bis 23. Juni – 36 Teilnehmer machten sich auf den Weg in die Heimat. Nach einer Zwischenübernachtung in Posen, gelangten die Teilnehmer über Gnesen (Dombesichtigung) nach Thorn an der Weichsel. Beata, die Reiseleiterin, machte einen kurzen Rundgang im Zentrum. Gegen 16 Uhr erreichte die Gruppe Allenstein, wo die deutsche Volksgruppe im Kopernikushaus sie erwartete. Bei Kaffee und Kuchen berichteten die Vorsitzende Christina Plocharska und Renata Barzewska über die Arbeit vor Ort. Der Geistliche Domherr Andre Schmeier gesellte sich dazu und erzählte ebenfalls über seine Tätigkeit. Die Gruppe erreichte ihr Hotel Warminski, wo sie zwei Nächte blieb. Am nächsten Morgen fuhr sie nach Osterode, wo das diesjährige Sommerfest stattfand. Nach dem ökumenischen Gottesdienst in der Arena am Drewenssee, wurden einige Ansprachen gehalten, Ehrungen vorgenommen und ein buntes kulturelles Programm wurde von den deutschen Vereinen vorgetragen. Zwei Busse aus Deutschland waren angereist, die Bonner Ostpreußen mit einigen Braunsbergern und die Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern mit Manfred Schukat. Bei herrlichem Sommerwetter wurde ein interessantes Programm angeboten. Die Rückfahrt mit dem Bus erfolgte über Dietrichswalde mit Besuch der Kreuzwegstationen und Heilquelle. Dann ging es zurück nach Allenstein. Am Sonntag verließ die Gruppe Allenstein, besuchte den Gottesdienst mit Domherrn Andre Schmeier in Jommendorf. In Hohenstein gab es einen Zwischenstopp, wo die Gruppe das Freilichtmuseum besuchte mit seinen unterschiedlichsten Häusern früherer Zeiten. Das nächste Ziel war Sensburg, wo die Teilnehmer drei Nächte verbrachten. Am nächsten Tag ging die Fahrt zur Kruttinna zum Staken und weiter nach Nikolaiken mit Schifffahrt auf dem Spirdingsee. Am folgenden Tag ging die Fahrt zum Soldatenfriedhof bei Lyck und die Gruppe besuchte die Deutsche Minderheit in Lyck, wo sie erwartet wurde und gemeinsam wurden deutsche Volkslieder gesungen. Es folgte eine Besichtigung des Wasserturms mit Museum, der Wasserturm gehört der Deutschen Minderheit. Die Gruppe fuhr zurück nach Sensburg. Dann ging es weiter nach Heilige Linde mit Orgelkonzert, die Gruppe verließ Masuren und fuhr weiter über Wormditt nach Heilsberg, wo sie einen kurzen Rundgang durch die Stadt und am Schloss vorbei unternahm. Die weitere Reise führte die Teilnehmer nach Pettelkau zum Gottesdienst, wo unter anderem der ehemalige Kreisvertreter Gerhard Steffen in der Kirche beigesetzt worden ist. Weiterfahrt nach Braunsberg und Frauenburg, wo die Gruppe zwei Nächte blieb. Am nächsten Tag gab es eine Besichtigung und Führung im Frauenburger Dom, einen Besuch des Gedenksteines mit einer kurzen Ansprache von Manfred Ruhnau und der Niederlegung eines Blumengebindes. Dann folgte die Überfahrt auf die Frische Nehrung nach Kahlberg mit Badegelegenheit in der Ostsee und dort gab es auch Gelegenheit zum Fischessen. Die Rückfahrt erfolgte gegen 17 Uhr nach Frauenburg, wo die Gruppe im Kopernik Hotel den Abschlussabend gemeinsam verbrachte. Am folgenden Tag war Abreise zur Marienburg mit Fotostopp und weiter ging es Richtung Danzig mit Besuch der Klosterkirche in Oliwa mit Orgelkonzert, einem Stopp in Zoppot mit Seestegbesuch und einem Rundgang in der dortigen Fußgängerzone. Es ging zurück nach Danzig, wo die Reiseleiterin Beata eine Stadtbegehung machte, einschließlich der Fußgängerzone. Am nächsten Morgen erfolgte die Weiterfahrt durch die Kaschubei nach Stolp, ein Stadtrundgang mit Beata und dann ging es Richtung Stettin. Die Gruppe unternahm einen Abendspaziergang zur Hakenterrasse und zum Schloss. Am letzten Tag ging es zurück in die Bundesrepublik. Alle Teilnehmer kamen mit vielen neuen Eindrücken zufrieden zurück.

Kulturprogramm der deutschen Vereine

Ennepetal – Sonntag, 14. Juli, ab 11 Uhr: Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg. – Donnerstag, Dienstag, 18. Juli, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. Eichendorff-Saal im Gerhart-Hauptmann-Haus. – Sonntag, 14. Juli, 11 Uhr, Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg (siehe Landesgruppe). – Donnerstag, 18. Juli, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, GHH/Raum 312. – Sonnabend, 20 Juli, 14 Uhr, Wandertreff der LMO, Infostand am Hauptbahnhof. Ziel ist Gut Knittkuhl.

Gütersloh – Seniorenfahrt am Sonnabend, 13. Juli: Die Seniorenfahrt der Ostpreußen führt in diesem Jahr ins Heilbad im Osnabrücker Land nach Bad Rothenfelde. Falls es nicht regnet, wird zuerst das Gradierwerk besichtigt. Anschließend wird der Kaffee im Café Moll und gleich nebenan musikalische Unterhaltung im Haus des Gastes genossen. Zeit für den Kurpark bleibt auch noch. Zehn Euro Kostenbeteiligung werden im Bus eingesammelt. Nicht-Senioren unter 65 Jahren zahlen 15 Euro. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841, oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211, bis spätestens 7. Juli. Die Busfahrt beginnt um 12 Uhr. Folgende Zusteigemöglichkeiten werden angeboten: 12 Uhr Kahlertstraße/Ecke Magnolienweg, 12.05 Uhr Marktplatz/Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 12.10 Uhr B 61/Ecke Grenzweg, 12.15 Uhr Café Rasch-ke, 12.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp und 12.25 Uhr Verler Straße/Markant Supermarkt. – Donnerstag, 18. Juli, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe.

Köln – Dienstag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Treffen der Ostpreußenrunde zur monatlichen Versammlung. Es wird bekanntgegeben, dass es die letzte Versammlung vor der Sommerpause ist. Die Erfahrung zeigt, dass die meisten im August in Urlaub sind und daher mit nur spärlichem Besuch der Versammlung gerechnet werden kann. Aus diesem Grund wird das August-Treffen, wie in den Jahren davor, ausfallen. Im September kommt die Gruppe wieder in gewohnter Weise zusammen: am dritten Dienstag des Monats, um 14.30 Uhr.

Witten – Montag, 15. Juli, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10; Vorträge und Lustiges in ostpreußischer Mundart.

Wuppertal – Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus: Nächste Veranstaltung der Gruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

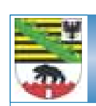
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 19. Juli, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel. – Heimattreffen der Landsleute von Schwentainen und Umgebung im Jahr 2013 in Fintel in der Lüneburger Heide.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 16. Juli, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – „Cantabile Tilsit“ bei der Jahreshauptversammlung der Ostpreußen. Ein musikalischer Leckerbissen – Nach dem Zweiten Weltkrieg im entleerten Ostpreußen zwangsangesiedelt, entwickelten diese Russen keinerlei Ressentiments gegenüber den vertriebenen Ostpreußen beziehungsweise Tilsitern und Königsbergern, deren einstige Häuser sie heute bewohnen. Ganz im Gegenteil! Von Anfang an wurde den Deutschen viel Sympathie entgegengebracht, und die Stadt Tilsit [Sowjetsk] besann sich sogar auf ihre preußische Vergangenheit. 2007 feierte die Stadt das 200. Jubiläum des Tilsiter Friedens unter Beteiligung vieler Deutscher. Bei der Gründung des Ensembles vor rund 19 Jahren war die positive Einstellung zum deutschen Kulturgut allerdings bei etlichen russischen Politikern keine Selbstverständlichkeit. Der Name Tilsit sollte eigentlich ausgelöscht sein. Und nun entstand 1994 ein russisches Gesangsensemble, das den Namen „Cantabile Tilsit“ auf seine Fahnen geschrieben hatte. Wie konnte das sein? Das Ensemble setzte sich gegen alle Widerstände durch und behielt bis heute seinen Namen. Die fünf Solistinnen, die alle aus Tilsit stammen, studierten in St. Petersburg und Königsberg Musik und kehrten nach ihrem Examen als Dozentinnen an die Musikschule von Tilsit zurück oder nahmen Engagements bei der Königsberger Oper an. Dieses Quintett schloss sich also zu einer Vokalgruppe zusammen, nämlich zu „Cantabile Tilsit“. Mit eigenen Arrangements erarbeiteten sie sich ein Repertoire von geistlicher Musik der Renaissance über Folklore bis zu moderner Unterhaltungsmusik. Im Mittelpunkt ihrer musikalischen Darbietungen steht aber immer das Volkslied, das russische und ostpreußische, weil die Sängerinnen im Königsberger Gebiet wohnen. Ostpreußische Lieder, wie „Zogen einst fünf wilde Schwäne“, „Ännchen von Tharau“, „Es dunkelt schon die Heide“, „Das Ostpreußenlied“ und viele andere Melodien deutscher Zungen gehören stets zu ihrem Repertoire. Für die Wahrung und Erhaltung des musikalischen Kulturgutes konnte Ludmila Gulajewa stellvertretend für Galina Luisa, Anna, Tatjana und Viktoria mit der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

ostpreußischen Verdienstnadel ausgezeichnet werden. Das stimmliche Können der Damen und ihr homogener Ensembleklang war im „Haus der Heimat“ in Kiel ein Ohrenschmaus. Ihr Vortrag war ebenso lebendig wie stilistisch und musikalisch bestechend. Anhaltender Applaus der Teilnehmer bei der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe der Landsmannschaft der Ostpreußen in Kiel war der verdiente Lohn für „Cantabile Tilsit“. Die Musik als Botschafterin zwischen den Völkern, hier in Kiel, feierte sie Triumphe und festigte die Freundschaft zwischen Deutschen und Russen.

Besuch der Landesgruppe in Kiel: Chor „Cantabile Tilsit“ Bild: Schwennsen, LN

Flensburg – Donnerstag, 18. Juli, 15 Uhr: Besuch der Gartenstadt Flensburg-Weiche, „Das Leben im Alter“. Bitte die Buslinien 11 oder 12 benutzen. Rundgang, Kaffeerunde in der Gartenstadt.

Neumünster – Bericht von der Fahrt mit den Ostpreußen ins „Blaue“ am 13. Juni – In aller Gemütlichkeit – ohne Stress – ging es mit 40 Personen los. Wohin ging die Reise wohl? Diesmal nicht in Richtung Nordsee – Segeberg – etwa zu Winnetou und den Rothäuten, vielleicht auch nach Hamburg oder Lübeck, Travemünde ins Spielcasino? Der Bus war zwar vornehm, aber das „Outfit“ sprich die Garderobe der Teilnehmer war eher Senioren-Touristik-Stil. Die Silhouette von Lübeck tauchte auf. Es sollte Marzipan-Torte geben. Die Gruppe fuhr um Lübeck herum, immer wieder Schilder „Stockelsdorf“, dann aber kam „Schlutup“ – Übergang zur ehemaligen DDR. Es ging also doch noch etwas weiter. Verkehrshinweise Rostock tauchten auf, vielleicht Wismar? Ein neues Stück Autobahn in der ehemaligen DDR. Danach wurde Ostseebad „Boltenhagen“ genannt, das war richtig. Es gab sogar einen Preis. „Giotto“, das klingt schon so süß und dann noch mit zwei roten Herzchen am Bande (getöpferte und gelackte Handarbeit). Da war Frau Profé’s künstlerische Ader wieder im Spiel. Nun wussten die Teilnehmer, wohin die Reise ging. Durch die Felder, durch Auen und Alleen und es kamen Neuenhagen, Rolfshagen, Boltenhagen. Ein Ort nach der Wende, ein wunderschön gepflegter Kurort. Da könnte man es eine Weile aushalten. Die Teilnehmer fuhren geradewegs zur Futterkrippe „Tarnewitzer Hof“, um zu Mittag zu speisen. Das Essen war bestellt, teils Fleisch, teils Fisch. Vorweg für den „kleinen“ Hunger frisch zubereiteter gemischter Salat, danach Seelachsfilet paniert mit köstlicher „Gurken-Dill-Tunke“ und Salzkartoffeln. Man konnte Nachschlag bekommen. Als Nachtisch wurde Vanille-Pudding mit Schoki-Sauce und i-Tüpfelchen serviert. Der Fisch wollte schwimmen, und das tat er auch, zwar nicht in Trave-, sondern in Alster-Wasser. Das war vorhanden und musste nicht erst von Hamburg geholt werden. Danach brachte der Bus die Gruppe an die „Seebrücke“ zum Kaffeetrinken. Die Teilnehmer spazierten einmal zur richtigen Seebrücke, um das hervorragende Essen zu verdauen und um die Ostsee zu sehen, zu spüren, zu riechen und um durchzuatmen, ja die Sonne schien sogar. Jetzt konnte die Marzipantorte einverleibt werden. Alles war toll! Frau Profé, das Marjellchen der Ostpreußen, hatte wieder alles super ausbaldowert. Im Bus gab es noch Quizfragen über die ehemalige DDR, solches Wissen war jedoch nicht so sehr vorhanden. Zurück ging es über Grevesmühlen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe Ost- und Westpreußen, Rot-Kreuz-Weg 1.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

100 Jahre katholische Kirche „Zum guten Hirten“

Auf Einladung von Pfarrer Piotr Mazurek nahmen Brigitte Junker und Kurt-Werner Sadowski am 9. Juni 2013 an der Jubiläumsfeier der katholischen Kirche „Zum guten Hirten“ in Angerburg [Wegorzewo] teil. Der Festgottesdienst wurde von Bischof Jerzy Mazur aus Lyck [Elk] in der überfüllten Kirche zelebriert. Der wunderbare Gesang des Kirchenchores hat den Festgottesdienst sehr bereichert. Am Gottesdienst nahmen die Landrätin Halina Faj, Bürgermeister Krzystof Piwowarczyk und die Vorsitzende der DG Mauersee, Herta Andrulonis, sowie alles, was Rang und Namen hat, teil. Es wurde nicht vergessen, die Delegation der Kreisgemeinschaft in der Begrüßungsansprache zu erwähnen. Nach dem Gottesdienst eröffnete der Bischof auf dem Neuen Markt das Jubiläumsfest für alle Bürger der Stadt. Im Anschluss daran fand ein Essen mit dem Bischof und vielen geladenen Gästen, darunter auch der Vertretung der Kreisgemeinschaft, in einem Lokal am schönen Seglerhafen in Angerburg statt. In seinem Grußwort überbrachte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski die Glückwünsche der in Deutschland lebenden Angerburger zum Kirchenjubiläum. Er ließ nicht unerwähnt, dass es den deutschen katholischen Christen nur 32 Jahre vergönnt war, in der Jubiläumskirche den Gottesdienst zu feiern und dass am 22./23. Januar 1945 der letzte deutsche katholische Seelsorger P. Martin mit dem Zug Angerburg für immer verlassen musste. Damit endete die relativ kurze Geschichte der deutschen katholischen Kirche in der Bismarckstraße [heute ul. Pionierow 4]. Die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges, Deutsche und Polen, so der Kreisvertreter, haben diese schwere Zeit mit Gottes Hilfe überstanden. Er wünschte der katholischen Kirchengemeinde eine gute Zukunft in einem friedlichen Europa. Das mit Beifall aufgenommene Grußwort wurde von Dominik Kucharski übersetzt, der im nächsten Jahr am Lyzeum in Angerburg sein Abitur machen wird und zuvor mehrere Jahre in Köln lebte. Auf Einladung der DG Mauersee besuchten am Montag die Landrätin Halina Faj und Bürgermeister Krzystof Piwowarczyk die deutsche Minderheit in den Räumen der Gesellschaft. Von dem großen Wasserschaden, der die Räume einige Monate unbenutzbar machte, war nicht mehr viel zu sehen. Viel Eigenarbeit war geleistet worden. Mit großem Interesse erfuhren die Besucher aus Deutschland, dass es für das Schloss Steinort eine Zukunft geben wird und dass in der Stadt Angerburg [Wegorzewo] 270 Heimplätze für Bedürftige geplant sind. Ferner war zu erfahren, dass der Landkreis (Powiat) die Bahnstrecke von Angerburg nach Rastenburg erworben hat, damit in den Sommermonaten eine Museumsbahn für Touristen betrieben werden kann. Außerdem wurde auch die Heeresbunkeranlage im Mauerwald übernommen. Bürgermeister Krzystof Piwowarczyk ergänzte diese Ausführungen mit dem Hinweis, dass das Angerburger Bahnhofsgebäude von der Stadt gekauft und dem Eisenbahnmuseum zur Nutzung übergeben wurde. Bei einem Besuch präsentierte sich das Eisenbahnmuseum unter der Leitung von Magister Barbara Graziewicz Chludzinska in einem sehenswerten Zustand. Zuvor wurden von Brigitte Junker und Kurt-Werner Sadowski die Sozialstation, das Gymnasium, in dem sich die Räume der DG Mauersee befinden, und das Lyzeum besucht. Rotenburger Schülerinnen und Schüler waren gerade zu Besuch gewesen und nach einem Aufenthalt in Warschau mit Besichtigungsprogramm auf dem Weg nach Rotenburg/Wümme. Auf dem Ehrenfriedhof am Schwenzaitsee, der einen gepflegten Eindruck machte, legten Brigitte Junker und der Kreisvertreter einen Kranz nieder. Am folgenden Tag wurde der Janeller Friedhof in Benkheim aufgesucht, der sich dank einiger zweckgebundener Spenden ebenfalls in einem guten Zustand befindet. Spenden zur Erhaltung des Friedhofes sind wichtig, um die jährlichen Unterhaltungskosten in Höhe von 450 Euro zu finanzieren. Ein Besuch beim örtlichen Pfarrer Wladyslaw Lada, der eingeladen hatte, schloss sich an. Dieser liebenswürdige Pfarrer, der im früheren evangelischen Pfarrhaus lebt, begrüßte die Besucher sehr herzlich. Mit einem Besuch des Großgartener Friedhofes mit einigen deutschen Gräbern ging der Tag zu Ende. Dank haben der Landkreis Angerburg [Wegorzewo], die Stadt Angerburg [Wegorzewo] und Direktor Tadeusz Ciborski in Angerburg verdient, die uns bei diesem Arbeitsbesuch unterstützt haben. Großen Dank hat aber auch Herta Andrulonis verdient, die alles organisiert und während der ganzen Zeit auch als Dolmetscherin zur Verfügung stand. Am Mittwoch ging es mit der Bahn von Allenstein über Posen, Berlin nach Hamburg und Bremen. Pünktlich erreichte der Metronom Bremen. Anstrengende, aber interessante Tage lagen hinter uns.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Einladung zur Versammlung der Mitglieder

Die früheren Bewohner des Kreises Niederung/Elchniederung sind von Freitag, 13., bis Sonntag, 15. September, im Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110, eingeladen. Geplanter Ablauf: Freitag 13. September, ab 14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros und Treffen im Restaurant. Gleichzeitig Delegiertenversammlung und Kreistagssitzung im „Hufeland-Raum“. 16 bis 18 Uhr, Film- und/oder Dia-Vorträge sowie Ausstellung: „Ostpreußen verzaubert“ im Agnes-

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Miegel-Raum. Sonnabend, 14. September, ab 9 Uhr, Eröffnung des Tagungsbüros, Verkauf von Büchern und anderem; außerdem können mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden. 12 Uhr Mittagessen im Restaurant. 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Totenehrung, verschiedene Grußworte und Bericht vom Versammlungs-Leiter des Kreistages. Wahlen der Kirchspielvertretungen und Grußworte der Kirchspiel-Vertreter. Nach dem Ostpreußenlied und den Schlussworten des Kreisvertreters ist gemütliches Beisammensein und Plachandern angesagt. Ab 18 Uhr ist musikalische Unterhaltung vorgesehen. Sonntag, 15. September, 10 Uhr, Gottesdienst in der Kirche Steinhude/Besuch des „Agnes-Miegel-Hauses" beziehungsweise Ausklang im Hotel. Anmeldungen bei der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax: (034203) 33 567.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@ gmx.de

Bücher aus 100 Jahren

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 h, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur dieses masurischen Kreises. Am Sonnabend, 27. Juli, wird wieder „Der besondere Tag" veranstaltet: Von 10 bis 16 Uhr ist an diesem Tag Gelegenheit, Bücher aus den letzten 100 Jahren zu erwerben. Ein umfangreiches Verkaufsangebot von gespendeten Sachbüchern und Belletristik wartet auf interessierte Besucher. Der Verkaufserlös kommt der Museumsarbeit zugute.

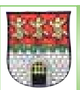


RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

57. Hauptkreistreffen

Sonnabend, 17./Sonntag, 18. August, 11 Uhr, Niederrheinhalle Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung. Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2014, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg", 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2013/2014, 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 9. August einzureichen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Geschäftsstelle geschlossen

Liebe Schloßberger Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft! Wegen Krankheit unserer Geschäftsführerin, Renate Wiese, ist die Geschäftsstelle bis auf Weiteres nicht besetzt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Ch. Jörg Heidenreich, Telefon (04821) 8881580, Fax (04821) 8881581, E-Mail: joergheidenreich@gmail.com

Erlebnisreiche Ostpreußenfahrt

Die Ostpreußenfahrt 2013 vom 13. bis 24. Mai mit 43 Mitreisenden, organisiert und geleitet vom stellvertretenden Kreisvertreter, Ch.-Jörg Heidenreich, kann als voller Erfolg gewertet werden. Bei herrlichem Sommerwetter vergingen die Tage wie im Flug. Die Stimmung war gut, genauso wie das Miteinander. Alle waren begeistert von dem reichhaltigen Programm. Am Tag vor der Abreise trafen sich die Mitreisenden in der Jugendherberge in Rotenburg/Wümme. Am Abend gab es durch den Reiseleiter eine Einführung in die Reise und wichtige Tipps. Jeder hatte Gelegenheit, sich vor seinen Mitreisenden vorzustellen. Der erste Tag war ausgefüllt mit der Anreise bis Gdingen. Die lange Busfahrt wurde von den Fahrern Dieter Schmidt und seinem Schwiegersohn Andreas Binder bravourös gemeistert. Am folgenden Tag stand ein Spaziergang auf dem Seesteg in Zoppot und der Besuch der Erzkathedrale Oliva mit Orgelkonzert auf dem Programm. Es folgte eine Rundfahrt durch Danzig und eine Führung in der Altstadt. Am Nachmittag ging die Fahrt über Elbing nach Nikolaiken. Am dritten Tag war Gelegenheit für einen Spaziergang durch Nikolaiken. Dort stand ein Ausflugschiff bereit, das uns über den Nikolaikenkanal zu einer Runde auf den Spirdingsee und dann weiter nach Niedersee brachte. Dort wurden wir von unserem Bus wieder aufgenommen. Er brachte uns zu einem leckeren Fischessen nach Krutinna. Gut gesättigt stand Staken auf der urigen Krutinna mit Stakerchefin Kristina auf dem Programm. Am vierten Tag ging die Reise weiter, zunächst zur Walfahrtskirche Heiligelinde und dann weiter zur polnisch-russischen Grenze bei Pr. Eylau. Die Grenzabwicklung ging sehr zügig und so machten wir noch einen Abstecher nach Tharau, um uns die Kirche aus dem 14. Jahrhundert und den Stand der Restaurierungsarbeiten anzusehen. Am Tagesziel Königsberg angekommen, machten wir eine Stadtrundfahrt, die unsere Reiseleiterin Tatjana, die am Grenzübergang zu uns gestoßen war, kommentierte. Tag fünf begann mit einer Stadtrundfahrt mit Ziel Dom. Die Weiterreise ging zunächst nach Gumbinnen, wo am Elch ein Fotostopp eingelegt wurde. In der Salzburger Kirche gab der Leiter der Diakonie, Alexander Michel, Erläuterungen zur evangelisch-lutherischen Kirche im Königsberger Gebiet, bevor er zu Kaffee und Blinis in die Diakonie einlud. Feuchtfröhlich wurde es dann mit Alexanders „Pillkaller". Aufgemuntert ging die Fahrt dann mit Gesang nach Insterburg, wo die nächsten Nächte das Hotel „Koyap" bezogen wurde. Eine Rundfahrt mit vielen Terminen stand am sechsten Tag, dem Pfingstsamstag, auf dem Programm. Erster Halt war in Tilsit am Elch und von dort machten wir einen Stadtrundgang, durch die neu asphaltierte Hohe Straße, wo zahlreiche alte Häuserfassaden auffielen, die vom Zahn der Zeit verfallen, aber immer noch erhaltenswert sind. Entlang der Memel endete der Rundgang an der Luisenbrücke. Hier nahm uns der Bus wieder auf und über Ragnit, wo wir an der Burg einen Fotostopp einlegten, ging es an den Memelbogen bei Untereißeln. Weiter ging die Fahrt vorbei an der Baustelle des Atomkraftwerkes nach Schloßberg, wo Honoratioren des Ortes und des Rajons bereits warteten, um der von Heidenreich vorbereiteten Kranzniederlegung an den Ehrenmalen für die in den Weltkriegen dort gefallenen deutschen und russischen Soldaten beizuwohnen. Speziell wurde dabei ein von Ehepaar Latussek an Heidenreich in Auftrag gegebener Seidenblumenstrauß mit entsprechender Schleife an der zweiten Stele auf dem Schloßberger Soldatenfriedhof unter dem Namen „Johannes Kehl" niedergelegt. Der Vater von Frau Latussek war bei Kämpfen um Schloßberg dort am 24. August 1944 gefallen. Weiterer Programmpunkt des Tages war die Fahrt hinaus aus Schloßberg und vorbei an dem am Rande im Bau befindlichen großen Kraftfutterwerk und durch den Adlerswalder Forst nach Haselberg. Hier trat im Kulturhaus eine russische Folkloregruppe auf. Ein dort bereits zur Tradition gewordener „Pillkaller" wurde von Dieter und Andreas vorbereitet und zur Überraschung aller nach der Folklore gereicht. Ein Besuch des Museums von Nikolaj Sawenko schloss sich an. Über das Storchendorf Breitenstein ging es durch die Insterniederung zurück zum Hotel Koyap. Viele Störche hatten wir an diesem Tag gesehen! Der erste Pfingsttag stand zur freien Verfügung. Jörg Heidenreich hatte acht Taxis und für den Rest einen russischen Bus für eine Rundreise organisiert. Auf dieser Fahrt besuchten wir Trakehnen mit Besichtigung des Museums im Landstallmeisterhaus und den Ebenroder Friedhof. Ebenrode querend erreichten wir zur Mittagszeit Schloßberg. Zur Mittagspause besuchten wir Sergejs Schrottmuseum. Weiter ging die Fahrt über Grumbkowsfelde und vorbei am nicht mehr existierenden Gut Sommerswalde von Jörg Heidenreich, in Richtung Altsnappen und Waldlinden, wo an der großen Pumpstation der Gazprom ein Stopp eingelegt wurde. Der nächste Halt war an der Brücke über die Scheschuppe in Haselberg und weiter ging es nach Breitenstein, wo viele Störche fotografiert werden konnten. Auch die Besichtigung des Museums von Schuldirektor Jurij Userzow in der Oberschule war im Programm, bevor man das Hotel in Insterburg erreichte. Am achten Tag ging die Reise vorbei an Königsberg an die Samlandküste. Ein Stadtrundgang in Rauschen und auf der Seepromenade und die Besichtigung der Vogelwarte Rossitten standen auf dem Programm. Danach ging es auf der Kurischen Nehrung und über die russisch-litauische Grenze nach Nidden. Eine ausgedehnte Rundfahrt am neunten Tag der Reise zur Hohen Düne, quer durch Nidden, zum Thomas-Mann-Haus, an die Ostsee, zum Niddener Friedhof und zum Bernsteinmuseum, fanden mit dem mit Reet gedeckten Oldtimer-Bus von Manfred Wagner (Reisebüro BaltTours, Memel) und seinen vielen Erklärungen großen Anklang. Ein Höhepunkt war sicher eine Tour per Schiff auf dem Haff, vorbei an den großen, weißen Dünen, auf denen die Wolkenbildung ihre Schatten warf und Möven ein ausgiebiges Sonnenbad nahmen. Sozusagen zum Abschied querte am vorletzten Tag auf der Nehrung ein Elch unsere Straße auf der Fahrt nach Memel. Mit Fotostopps an einer großen Kormorankolonie und in Schwarzort setzten wir dann per Fähre über das Kurische Haff nach Memel und fuhren quer durch die Stadt nach Polangen, um das dortige Bernsteinmuseum zu besichtigen. Zurück in Memel, sangen wir zunächst vor dem Simon-Dach-Brunnen alle gemeinsam das vorher geübte „Ännchen von Tharau" und machten danach unter Leitung von Manfred Wagner eine Stadtrundfahrt. Zur Mittagszeit besuchten wir das große Einkaufszentrum „Apollo". Nun wurde es auch Zeit, pünktlich zur Einschiffung auf die DFDS-Fähre „Victoria Seaways" Klaipeda–Kiel zu kommen. Bei einem wunderschönen Sonnenuntergang nahmen wir Abschied von Memel. Die Reise über See war ruhig und nach den doch anstrengenden Urlaubstagen für al-

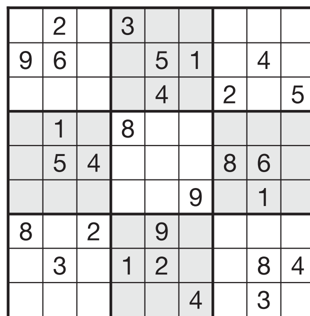
Ein Höhepunkt: Bootsfahrt übers Haff

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

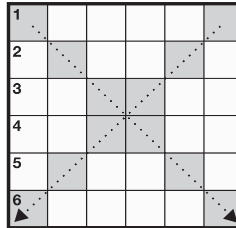
Sudoku

	2		3					
9	6			5	1		4	
				4		2		5
	1		8					
	5	4				8	6	
					9		1	
8		2		9				
	3		1	2			8	4
					4		3	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel



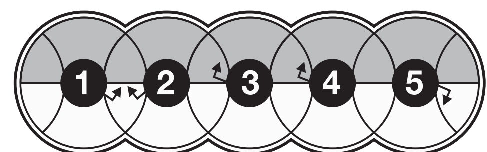
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Pferde.

1 kühl, nicht müde
2 Bierwürze
3 zur Zahlung auffordern
4 ohne Bewegung
5 Raucherzubehör (Kurzwort)
6 altrömischer Volksführer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Zirkuskünstler.

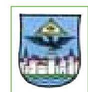
1 spanisches Volksfest, **2** Seihgerät, **3** Instrumentalstücke, **4** Gebirgs- und Heilpflanze, **5** Bediener der Feuerung



PAZ13_28

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

le Mitreisenden entspannend und einfach schön. Alle erreichten gesund, zufrieden und mit viel Erlebten im Gepäck ihre in der ganzen Bundesrepublik verstreuten Heimatorte.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @ arcor.de.

Klaus-Dieter Metschulat wird 80

Klaus- Dieter Metschulat wird 80 Jahre jung. Er wurde am 14. August 1933 in Königsberg geboren, lebte aber mit seinen Eltern in Breitenstein. Sein Vater war Gesellschafter der Breitensteiner Mühlenwerke. Nach der Flucht war der Vater Gustav Metschulat Mitbegründer der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und gehörte bis 1963 dem Kreistag an. Klaus-Dieter wurde am 9. Mai 1999 in Erfurt zum Schatzmeister der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit gewählt. Er hat seine Aufgabe mit großer Freude erfüllt und das Geld der Mitglieder sehr gewissenhaft verwaltet. Wir konnten uns glücklich schätzen, so einen Schatzmeister in unserer Mitte gehabt zu haben. Da er mit seiner Heimat sehr verbunden ist, hat er viele Reisen nach Ostpreußen begleitet. Aus gesundheitlichen Gründen hat Klaus-Dieter das Amt des Schatzmeisters und die Reiseleitung aufgeben müssen, bleibt uns aber in der Kreisgemeinschaft erhalten. Wenn Fragen offen sind, können wir telefonisch um Rat fragen. Danke für die lange schöne Zeit mit Dir und wir hoffen doch sehr, dass wir auch künftig die Belange der Kreisgemeinschaft gemeinsam meistern können. Herzliche Geburtstagsgrüße und alles erdenklich Gute wünscht die Kreisgemeinschaft



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Neustädtische Schule

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit hat über das nächste gemeinsame Treffen der drei Kreisgemeinschaften am 5. Oktober in Soest/Westfalen beraten. Ich würde mich freuen, wenn nach dem Treffen der Neustädtischen Schule in Herrmansburg auch ein Wiedersehen in Soest am 4. und 5. Oktober möglich wäre. Dazu habe ich drei Hotels zur Übernachtung angeschaut und Euch vorzuschlagen: Direkt neben der Stadthalle das „Hotel am Wall“, Telefon (02921) 35000, Dasselwall 19, 59494 Soest oder zirka 400 Meter von der Stadthalle entfernt „Pilgrim-Haus“, seit 1304 ältester Gasthof, Jakobistraße 75, 59494 Soest, Telefon (02921) 1828 oder „Im Wilden Mann“, direkt im Altstadtzentrum, am Marktplatz gelegen, 20 Minuten Fußweg bis zur Stadthalle, Telefon (02921) 15071, Am Markt 11, 59494 Soest. Für Plachandern am Freitagabend bietet sich das „Pilgrim-Haus“ an, dort würde ich gern einen Tisch für unsere Schulgemeinschaft bestellen. Über telefonische Zusagen zur Teilnahme würde ich mich freuen, umso mehr, wenn noch Gestaltungsvorschläge dabei sind.

Erwin Feige, Schulsprecher

Sommerferienprogramm Ostpreußisches Landesmuseum: Montag, 15. bis Freitag, 26. Juli, täglich 10 bis 13 Uhr: „Dinge erzählen Geschichte“. Was erzählen die Sammlungsgegenstände im Museum? In diesem Ferienkurs soll die Arbeitsweise eines Museums kennengelernt und untersucht werden.

Anmeldung unter Telefon (04131) 75 99 50.

»Weiter weg als bis zum Mond«

Vertriebene zieht Parallele ihrer eigenen Flucht zur Auswanderung der Chrysler-Vorfahren

In Tiegenhof in der Nähe von Danzig stand Familie Harder im September 1944 ein Ereignis bevor, dass man gemeinhin als ein freudiges bezeichnet. Doch damals war das tägliche Leben in Preußen von Sorge und Furcht vor der Zukunft überschattet, weil die Kriegsfront immer näher rückte.

Und da kam Karin auf die Welt, von Anfang an nicht das stärkste Kind. Als die Reichsregierung den preußischen Bürgern die Ausreise in den Westen erlaubte, überlegten sich viele, ob sie die Heimat wegen der herannahenden russischen Armee verlassen sollten. Familie Harder, Mutter, Großmutter und sechs Kinder, beschloss, wenigstens Weihnachten noch in der vertrauten Umgebung zu verbringen. Viel Zeit blieb nicht, um zu planen. Nur das Nötigste konnte mitgenommen werden, weil zu viel Ballast die Reise erschweren würde. Traurig holte Frau Harder mit ihrem 15-jährigen ältesten Sohn am Abreisetag im Januar 1945 das Vieh aus den Ställen. Es würde verenden, weil niemand mehr da war, um sich darum zu kümmern. Das Fuhrwerk war vor allem mit Kleidung und Lebensmitteln bepackt. Baby Karin reiste in dem mit Windeln dick ausgepolsterten Weidenkorb unter wärmenden Decken.

Ziel war die Halbinsel Hela, wo Schiffe die Flüchtlinge aufnehmen sollten. Zum Glück gab es Verwandte in der Nähe der Halbinsel, wo die Familie die Wochen bis zur Abreise verbringen konnte. Im April war es endlich soweit. Man hatte den Harders einen Überfahrt auf der „Urundi“, ein Frachtschiff, das Militärzwecken diente, zugesagt. Herr Harder, damals Soldat, hatte zur Unterstützung seiner Familie Urlaub bekommen. Während er mit den beiden älteren Buben für das Gepäck verantwortlich war, trug Frau Harder Karin im Weidenkorb. Der fünfjährigen Tochter war eingeschärft worden, sich an Mutters Mantel festzukrallen, damit sie nicht verlorenging. Die Großmutter kümmerte sich um die beiden drei- und siebenjährigen Söhne. Tausende von Flüchtlingen warteten darauf, an Bord zu gehen. Nie vergaß Mutter Harder den Anblick der an einem Baum aufgeknüpften desertierten Soldaten, unter dem sie Baby Karin vorübergehend deponierte. Und dann begann, was Mutter Harder später als Karins aufregendste Lebensphase bezeichnete. An Bord kam man nur über Strickleitern, deshalb wurde die Großmutter mit Karin und ihrer Schwester auf eine schwingende Planke gepackt und mit dem Lastenkran an Deck gehoben. Außer den Flüchtlingen transportierte das Schiff auch verletzte Soldaten. Bei der einige Tage dauernden Überfahrt lebten die Erwachsenen in ständiger Angst vor Bomben oder Torpedobeschuss. Krankheiten breiteten sich aus. Endlich angekommen, stellten die Reisenden überrascht fest, dass sie nicht in Deutschland, sondern in Dänemark waren, das damals von Deutschland besetzt war. Es versteht sich, dass man dort nicht mit offenen Armen aufgenommen wurde.



Ostpreußen 1945: Im Gedenkmarsch an die Flucht erinnern *Bild: Archiv*

Außerdem muss es eine bemerkenswert schwierige logistische Aufgabe gewesen sein, so viele Menschen unterzubringen und zu verköstigen. Viele überlebten die Fahrt nicht und noch mehr starben in den Flüchtlingslagern. Vor allem die Harder'schen Kleinkinder wurden vom Lagerarzt „abgeschrieben“. Es ist bewundernswert, wie Frau Harder es schaffte, Baby Karin und ihre Schwester trotz Diphterie am Leben zu erhalten. Bei ihrem dreijährigen Söhnlein gelang ihr das leider nicht. Zwei Jahre verbrachte die Familie in Dänemark, bis sie endlich in eine ungewisse Zukunft nach Deutschland entlassen wurde.

> Krankheit und Tod waren ständige Begleiter

Ähnlich und doch ganz anders war die Situation am Mittelrhein im Winter 1708/1709, die in dem Buch über die Vorfahren des Autofabrikanten Walter P. Chrysler „Kreißler – Chrysler, eine Auswanderungsgeschichte“ beschrieben wird. Eine Kältewelle ließ die Flüsse zufrieren, aber nicht nur das Wasser, auch die ausgebrachte Saat und viele Weinberge widerstanden den extremen Temperaturen nicht. Das brachte viele kleine Landwirte an den Rand ihrer Existenz. Über Auswanderung nach Amerika hatte man schon einiges gehört, und so entschlossen sich Tausende, den Schritt ins Ungewisse zu wagen. Die englische Regierung hatte ihnen in Nordamerika einen vielversprechenden Neuanfang in Aussicht gestellt. Und so war es nicht wie 1945 eine Flucht, die Familie Kreißler veranlasste ihr Heimatdorf zu verlassen, sondern der Wunsch nach einem besseren Leben. Anders als 1945 konnten die Kreißlers monatelang planen. Sie fanden Käufer für ihre Immobilien, das Vieh, den Hausrat und das sonstige Zubehör ihres Bauernhofs. Ausgestattet mit den für eine Auswanderung notwendigsten Dingen traten sie 1709 die Reise an. Mit dem Schiff ging es über Rotterdam nach England und von dort im Frühjahr 1710 nach New York. Ähnlichkeiten mit 1945 beginnen bei der Überfahrt. Monatelang musste man auf die Bereitstellung der Schiffe warten und nicht alle Ausreisewilligen hatten das Glück, auch mitgenommen zu werden. Genau wie 1945 überlebten 1710 viele Reisende die Überfahrt nicht. Von den insgesamt 3000 Passagieren (verteilt auf zehn Segelschiffe) starben wegen der schlechten Verhältnisse an Bord 470. Familie Kreißler verlor zwei der vier Kinder. Die Ankunft verlief problematisch. Wohin mit den vielen zum Teil erkrankten Leuten? Für die Amerikaner bedeutete das 1710 eine ebenso große Herausforderung wie für die Dänen 1945. Doch anders als in Dänemark und später in Deutschland wartete man in Amerika auf die neuen Siedler.

Obwohl mehr als 200 Jahre zwischen beiden Ereignissen liegen, werden sich die Gefühle beider Reisegruppen ziemlich ähnlich gewesen sein. Keiner wusste, was die Zukunft bringen würde. Man hatte alle Brücken hinter sich abgebrochen und würde nie erfahren, wie es in der Heimat weiterging; 1709, weil so gut wie kein Briefverkehr existierte und nach 1945 gab es dort keine Freunde mehr. Eine lebenslange Sehnsucht nach der verlorenen Heimat dürfte in allen gewohnt haben, die in der Fremde ein neues Zuhause suchten und, im Falle der Familien Kreißler und Harder, auch fanden. Doch für beide trifft zu, was Frau Harder Karin als Kind antwortete, als diese nach ihrem Geburtsort fragte: „Es ist eigentlich gar nicht so weit, aber wegen der Verhältnisse weiter weg als bis zum Mond.“ *Karin Holl*

Im Pflanzenmeer verschwunden

Die Internationale Gartenschau sollte der Besuchermagnet des Jahres in Hamburg werden, aber der Garten füllt sich nur langsam

Hamburg ist grün – im ökologischen Sinn. Schon zum achten Mal findet in der Elbmetropole eine Gartenschau statt, was von keiner anderen deutschen Stadt übertroffen wird. Doch das Blumenfest, das auf der Elbinsel in Wilhelmsburg stattfindet, leidet unter einer nicht nur dem Wetter geschuldeten Besucherflaute.

Der Andrang hält sich in Grenzen. Gerade einmal vier Personen stehen in der Schlange an einer der drei Eingänge zur Internationalen Gartenschau (igs) im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Glück gehabt, dass es an der Kasse so schnell geht, und das an einem der bislang seltenen warmen Sommertage, mag sich so mancher freuen. Na gut, morgens um zehn Uhr sind mitten in der Woche auch noch nicht gerade Massen unterwegs, um sich das bunte Blumenmeer anzusehen.

Doch für igs-Verhältnisse sind an diesem Morgen schon Massen auf den Beinen. Denn der späte Frühlingsanfang sowie die vielen kühlen Tage im Mai und Juni haben nicht gerade für einen Besucheransturm gesorgt. Und auch der hohe Eintrittspreis von 21 Euro lädt nicht unbedingt zum Gang in die grüne Oase ein.

Als man Ende April die Gartenschau-Toren öffnete, rechnete man bis zum Ende der Veranstaltung am 13. Oktober mit 2,5 Millionen Besuchern. Von diesem Ziel ist man weit entfernt. Um es noch zu erreichen, müssten täglich 20000 Besucher kommen. Tatsächlich pendelt sich der Schnitt bei 5000 ein. Ob trotz anhaltend gutem Wetter ausgerechnet in der Ferienzeit mit mehr Gästen gerechnet werden kann, darf bezweifelt werden. Selbst für Hamburger Urlaubsmuffel ist der von sozialen Problemen geprägte Stadtteil Wilhelmsburg nicht gerade ein attraktives Reiseziel.

Um dieses Gebiet mit seinen 50000 Bewohnern, die auf der von der Elbe umflossenen größten Flussinsel Europas leben, aufzuwerten, hat die Stadt viel investiert. Denn direkt neben der 70 Millionen Euro teuren Schau sind die neuesten architektonischen Errungenschaften der Internationalen Bauausstellung zu besichtigen, in die eine weitere Milliarde Euro investiert wurde (siehe *PAZ* vom 23. März).

Die beiden Ausstellungen sollten sich ergänzen, so das Kalkül. Wer sich für ein Haus interessiert, der würde sich gleich den passenden Garten aussuchen und umgekehrt. Doch die Synergieeffekte scheinen zu verpuffen, beide Veranstaltungen fristen ein unabhängiges Dasein voneinander.

Die Gartenschau ist in erster Linie eine Familienattraktion. Erstaunlich viele Paare mit Kindern tummeln sich schon gegen Mittag auf den Wegen. Die Kleinen können sich hier richtig Austoben, zwar nicht zwischen den Beten, aber doch an Kletterwänden, auf der Skateranlage oder im Hochseilgarten, wo man sich angeseilt von Baum zu Baum hangeln kann. Simple Kinderrutschen oder Drehscheiben sind von gestern, heute geht es nicht mehr unter technisch hoch komplexen Abenteuerspielplätzen.



Viel Betrieb? Nur wenige Besucher schlendern durch die igs. Links kommt die „Monorail" entlanggeschwebt

Bild: action press

Wie gerufen kommt da die Bahn angefahren. Keine Spielzeugeisenbahn, sondern ein High-Tech-Gefährt auf Stelzen. Die „Monorail" befördert die Besucher mit sagenhaften 18 Stundenkilometer um das Gelände, was einem bei der welligen und kurvenreichen Strecke manchmal wie eine sanfte Achterbahnfahrt unter Einfluss von Narkotika vorkommt. Die Fahrtkosten für die Schwebebahn, die nach Ende der Gartenschau wieder abgebaut wird, sind nicht im Eintrittspreis enthalten. Für eine einfache Fahrt müssen Erwachsene zusätzlich 7,50 Euro berappen.

Aus luftiger Höhe kann man „In 80 Gärten um die Welt" schweben. Unter diesem frei nach einem Roman von Jules Verne stehendem Motto steht die igs, die sich zur Aufgabe gemacht hat, jeden dieser Gärten motivisch so zu schmücken, dass man den Eindruck einer Weltreise mit nach Hause nimmt. Zwar landet man dann in exotischen Gefilden wie in Afrika mit Termitenhügel und wüstenähnlichen Sandlandschaften oder auch wie in Asien, das anhand gigantischer Holzstäbchen erkennbar ist, doch die darauf gepflanzten Blumen sind weitgehend heimisch.

Die 700 beteiligten Gärtnereien haben wohl bis zu einer Million Nelken, Rosen, Dahlien, Stauden und vieles anderes gepflanzt. Die genaue Zahl kennt keiner. Jedenfalls sind es alles Pflanzen, die das nasskalte Hamburger Klima ganzjährig vertragen, soll doch das Gelände später von den Wilhelmsburgern als Freizeitpark angenommen werden. Ob er so einschlägt wie Planten un Blomen – auf dem von den Hamburgern weithin akzeptierten Gelände in der City wurden zwischen 1897 und 1973 fünf Gartenschauen veranstaltet – bleibt abzuwarten. Ein Erfolg könnte es werden, wenn die Wilhelmsburger Reichsstraße, die jetzt noch quer durch das Gelände verläuft, einmal verlegt wird. Pläne, die vierspurige Schnellstraße, die die City mit Harburg im Süden verbindet, zu verlagern, wurden immer wieder diskutiert, aber nie verwirklicht.

Derzeit muss man sich mit dem lauten Störfaktor abfinden, wie auch damit, dass man immer wieder Umwege um die privaten Schrebergartenkolonien gehen muss, die teilweise mitten im Park liegen. Doch jetzt strahlt erst einmal die Sonne und zum Nachmittag hin ist der Park gut mit Besuchern gefüllt. Auf einer der drei Bühnen sorgen gerade Schauspieler Ulrich Tukur & Die Rhythmus Boys musikalisch für gute Stimmung. Die soll ab sofort dauerhaft auf der igs anhalten. *Harald Tews*

Der Blumenflüsterer

Gartenarbeit ist eine Wissenschaft für sich – Fernsehgärtner gibt kostenlose Tipps

Die Servicewüste blüht – jedenfalls im Gartencenter. „Also, hier bietet sich natürlich der Klassiker an, sprich der Buchsbaum, aber sie können auch", schnellen Schrittes geht die Mitarbeiterin drei Reihen weiter, „kleine Kiefern einpflanzen. Die bedürfen auch wenig Pflege und sind sehr robust. Zudem können sie noch", sie zeigt nach hinten rechts, „auch diese Pflanzen nehmen." Erwartungsvoll blickt sie die Kundin an, doch diese ist nun vollends überfordert.

Zuvor hatte die Kundin eine andere Angestellte gefragt, welche Blumen für Pflanzkübel auf einer Südterrasse geeignet wären, und war mit Informationen überschüttet worden. Zwar hat sie zum Umzug von ihrer Stadtwohnung in ein Doppelhaus am Stadtrand von Freunden ein Gartenbuch geschenkt bekommen, doch das liest sich wie eine Mischung aus Lexikon und Telefonbuch und war keine wirkliche Hilfe.

Nachdem der Besuch beim Pflanzenmarkt mit purer Ratlosigkeit endete, ist es ein Tipp des Großvaters, der den richtigen Weg weist. Bestimmt wüsste hier der NDR-Fernsehgärtner Rat. John Langley sei doch schon bei der Botanik-Lehrerin und späteren Kanzlergattin Loki Schmidt zur Schule gegangen und würde nun bei der Internationalen Gartenschau (igs) in Hamburg derzeit beratend tätig sein. Und obwohl Langley schon länger für den Norddeutschen Rundfunk gärtnert als die Enkelin alt ist und seit Jahren für die igs selbst in Zeitungen wie „Die Welt" wirbt und bei der igs Veranstaltungen moderiert, ist ihr der 1949 Geborene mit dem markanten einst roten, heute weißen Bart kein Begriff.

Außer beim NDR gibt Langley auf der igs-Homepage im Internet kostenlos Tipps für die Gartenpflege. Sein zu erwerbendes aktuelles Buch „Mit dem Fernsehgärtner durchs Gartenjahr. Mit praktischen Tipps und guten Ratschlägen" ist zudem gerade für Gartenlaien eine große Hilfe. „Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden! Und die besten Gartenarchitekten haben über Jahrhunderte vorausgedacht", schreibt Langley darin zum Thema Gartenplanung. „Auch wenn der Bau-, Super- oder Gartenmarkt zum Konsumieren verführen will. Halt! Ein spontaner Pflanzenkauf kann teuer werden."



Kein Gartenzwerg: NDR-Blumenfreund John Langley

Bild: igs

Und tatsächlich. So mancher Garten ist ein Spiegel der Gartenangebote von Aldi und Co. Ohne zuvor zu prüfen, ob die Aktionspflanzen zu der Bodenbeschaffenheit des jeweiligen Garten passen und deren Lichtbedarf in der unbepflanzten Ecke des Grundstücks gedeckt werden kann, greifen viele zu den Schnäppchen ihres Discounters oder Baumarkts. Ob die Pflanzen dann gedeihen und ins Gesamtbild passen, ist dann eher Glückssache.

„Inspiration ist der Weg zur Vollendung", philosophiert Langley in seinem aktuellen Buch, berücksichtigt dabei aber nicht, dass die Umsetzung der Garteninspirationen vom Fachwissen und vom Geldbeutel des jeweiligen Gärtners schnell geerdet wird. Immerhin kann man sich das nötige Basiswissen anlesen und auch wenn es eigentlich logisch ist, so ist es doch eine Hilfe, wenn Langley darauf hinweist, dass Pflanzen über Jahre größer werden, man sie also nicht zu eng nebeneinander setzen sollte. Auch informiert er über Dünger: Wann welcher in welcher Menge mit welchem Effekt gegeben werden muss, schildert der passionierte Pflanzenfreund. In seinem aktuellen Buch, in dem jedem Monat ein Kapitel gewidmet ist, dokumentiert Langley, in welchem Jahresabschnitt was gemacht werden muss: Wann muss was wie gepflanzt, beschnitten und gesät werden?

Aller Anfang ist schwer. Bei ihrem zweiten Besuch im Gartencenter kauft die Jung-Gärtnerin einige Pflanzenkübel für die Terrasse und bestellt Rollrasen für den vorderen Bereich des Grundstücks, denn Langley rät: "Das Ausrollen der großen Rasenflächen ist problemlos. Ob quer oder längs verlegt wird, ist ohne Bedeutung – vorausgesetzt das Grün ist oben." Und für die bisher nur mit Mutterboden bedeckten Beete gilt: Erst die Inspiration, dann die Vollendung. Und Inspirationen kann man derzeit neben der igs in Hamburg genügend bekommen, denn auch in Planten & Blomen und auf dem Freigelände des Botanischen Gartens in Klein Flottbek, der übrigens seit 2012 Loki-Schmidt-Garten heißt, blühen derzeit genügend Blumen.

Rebecca Bellano

Weitere Informationen: John Langley: „Mit dem Fernsehgärtner durchs Gartenjahr. Mit praktischen Tipps und guten Ratschlägen", Ellert & Richter, broschiert, 9,95 Euro.

Grüne Straßenoase

Verkehr wird grüner – dank Hobbygärtnern

Die Themen liegen bekanntlich auf der Straße. Manchmal sogar direkt vor der Tür der *PAZ*, wo derzeit eine Mini-Gartenschau zu besichtigen ist. Denn in der Nachbarschaft gibt es eine Anwohner-Initiative, die ihren grünen Daumen entdeckt hat und die die früher verödeten Verkehrsinseln und Straßenränder mit Blumen mit Blumen bepflanzt. An einer Ecke steht ein Felsblock, dessen Inschrift darauf hinweist, dass es sich dabei um die „Kallerschen Gärten" handelt.

„Unser verstorbener Nachbar Werner Kaller hat die Verkehrsinseln im Jahr 2003 gärtnerisch zum Leben erweckt. Wir fanden, dass seine Idee nicht auch sterben darf und pflegen die Gärten seitdem weiter," erklärt Jürgen Hegger, der mit zwölf Hobbygärtnern das Kallersche Erbe fortführt. Während die Autos mit Tempo 50 an einem vorbeirauschen, pflegen, pflanzen und gießen sie die schmalen Straßenoasen.



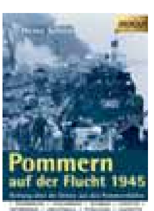
Ein Kallerscher Garten

Bild: tws

Abgesehen davon, dass es nicht ungefährlich ist, dicht an einer viel befahrenen Straße zu gärtnern, ist es auch nicht ganz legal. „Es ist öffentlicher Grund", gibt Hegger zu, „doch die Stadt hat uns für die Verschönerungsaktion ein Patenschaftsabkommen bewilligt." Bürgerliches Engagement ist durchaus willkommen, zumal es nichts kostet. Pro Jahr investieren Hegger und seine Mitstreiter aus eigener Tasche rund 1000 Euro für neue Pflanzen und Dünger.

Die Idee des urbanen Gärtnerns ist nicht neu. Schon in den 70er Jahren bildete sich in New York eine subversive Gärtnerbewegung, die nachts heimlich auszog, um das schmuddelige Antlitz der US-Metropole zu verschönern. Bewaffnet mit „Samenbomben", die aus Dünger und Pflanzenkeimen bestanden und die sie „zufällig" auf verödeten Plätzen fallen ließen", verwirklichten diese Guerillagärtner ihr botanisches Manifest um mehr urbanes Grün.

Auch in Deutschland fand die mittlerweile in vielen Städten geduldete Begrünungs-Idee viel Anklang. In Berlin werden Hobbygärtnern „Gemeinschaftsgärten" ausgewiesen, wo innerstädtische Grünflächen mit Blumen bepflanzt werden können. Und in Zürich werden auf Verkehrsinseln sogar Gemüsebeete angelegt, die von Bürgern geerntet werden können. Vom Verzehr der Früchte raten Experten wegen der Schadstoffbelastung allerdings ab. *tws*



Flucht über die Ostsee

Zeitzeugen berichten

Bis zur Kriegswende im Osten im Sommer 1944 war es noch ruhig in Ostpreußen. Nach den Luftangriffen auf Königsberg wurden dann aus Berlin evakuierte Kinder aus dem nun auch nicht mehr sicheren Ostpreußen per Bahn zurückgeschickt. Als die Russen ab Oktober 1944 in Ostpreußen einmarschierten, kam es trotz des Fluchtverbotes bald zur Bildung von Flüchtlingstrecks. Die Menschen flüchteten zuerst auf dem Landweg, bis die Rote Armee den Durchstoß zur Küste erreichte. Danach blieb nur der Seeweg offen, der von den ostpreußischen Häfen in Richtung Westen oft erst einmal im Pendelverkehr bis zu den pommerschen Häfen führte.

So war im März 1945 nicht nur die pommersche Bevölkerung noch in Pommern, sondern auch unzählige ostpreußische Flüchtlinge saßen hier fest und wurden erneut von der Front eingeholt. Auch die pommersche Bevölkerung wurde viel zu spät über die gefährliche Lage informiert. Während die Front immer näher rückte, flüchteten Menschen aus ganz Pommern bei Eiseskälte mit klapperigen Wagen und Schlitten an die Küste. Die noch zugänglichen Pommernhäfen waren oft die letzte Hoffnung für Abertausende von Menschen.

Heinz Schön gibt in dem kurz vor seinem Tod im April vollendeten Buch „Pommern auf der Flucht 1945. Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen“ einen Überblick über die Kriegslage im Osten ab Sommer 1944. Er stellt neun Pommernhäfen vor: Rügenwalde, Stolpmünde, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Greifswald, Stralsund sowie Saßnitz und zeigt jeweils die Situation in den Häfen bis zur Räumung. Es herrschte ein unvorstellbares Chaos, die Menschen strömten aus allen Richtungen in der verzweifelten Hoffnung, einen Platz auf einem Schiff zu bekommen, und waren dabei alliierten Bombenangriffen ausgesetzt.

In 56 bisher unveröffentlichten Texten lässt Schön Zeitzeugen zu Wort kommen. Die Berichte der Flüchtlinge sind erschütternd, dadurch wird dem Leser ein persönlicher Einblick gegeben. Auch Schön selbst hat einen Erlebnisbericht von der Bombardierung Swinemündes geschrieben, wo er zur Bergung von Leichen abkommandiert war. Er schildert seine Gefühle beim Weg in die zerbombte Stadt. In den bewegenden Berichten von Müttern mit Kindern, Kranken und verwundeten Soldaten kommen die Schrecken der Flucht, aber auch die Hoffnung auf einen Neuanfang zum Ausdruck, denn trotz der tragischen Untergänge der großen Schiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“, „Goya“ und vieler kleinerer Schiffe konnten über zwei Millionen Menschen dank eines logistischen Meisterwerks über die Ostsee gerettet werden.

Das letzte Buch von Heinz Schön

Heinz Schön, der als 18-jähriger Zahlmeister-Assistent den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ überlebte, hat mit seinen Forschungen dazu beigetragen, dass das größte Rettungswerk der Seegeschichte, das „Unternehmen Rettung über die Ostsee“, ausgezeichnet dokumentiert ist und nicht in Vergessenheit gerät. Bis zu seinem Tode hat er regelmäßig Bücher zu dem Thema veröffentlicht. Mit seinem letzten Werk „Pommern auf der Flucht 1945“ ist ihm ein sehr lesenswertes Buch gelungen, in dem für den Leser durch die Mischung von historischen Fakten und persönlichen Erlebnissen diese Zeit lebendig wird. *Britta Heitmann*

***Heinz Schön: „Pommern auf der Flucht 1945. Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen“**, Zeitgut, Berlin 2013, geb., 444 Seiten, 19,90 Euro*



Missbrauchter Sarrazin

Doug Saunders betont, warum er keine Überfremdung erkennen kann

Natürlich macht es neugierig, wenn ein Titel als Anti-Sarrazin-Buch gefeiert wird. Und der auf dem Buchumschlag von „Mythos Überfremdung. Eine Abrechnung“ abgedruckte Satz „Unsere von Sarrazin geprägten Vorstellungen über muslimische Einwanderung sind falsch“ lässt vermuten, dass es um eine direkte Auseinandersetzung mit den Thesen des deutschen Autors Thilo Sarrazin geht. Doch der kanadisch-britische Autor Doug Saunders befasst sich vorwiegend mit englischsprachigen Autoren, die zum Teil aber ähnliche Thesen wie der deutsche Autor vertreten. Sarrazin selbst findet nur zweimal im Buch Erwähnung. Aber irgendwie muss man es ja bewerben, hat sich der Verlag anscheinend gedacht und die Medien, die bisher den Titel rezensiert haben, bissen auch brav an.

Saunders betont zwar, er teile viele islamkritische Ansichten von Salman Rushdie und Ayyan Hirsi Ali, trotzdem sei er überzeugt, dass muslimische Einwanderer nicht bedrohlicher seien als frühere Wellen armer Neuankömmlinge. „Die Vorstellung von der klammheimlichen Übernahme durch fromme Muslime beruht auf einer Täuschung“, so der Autor. Für ihn ist der islamische Extremismus eine Reaktion unsicherer Menschen auf die Modernisierungstendenzen des Individualismus und der Globalisierung.

Moslems seien nicht anders als irische Katholiken um 1900

Gleich zwei Kapitel beginnen mit dem norwegischen Mörder Anders Breivik, der angab, aus Fremdenhass heraus 77 sozialdemokratische Jugendliche und Passanten massakriert zu haben. Derartiges verärgert massiv, denn so versucht der Autor, Sarrazin und andere Autoren mit dem Psychopathen Breivik in Verbindung zu bringen. Nur schwer ist dem Impuls zu widerstehen, das Buch schon jetzt an die Wand zu werfen.

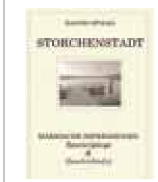
Und das Gefühl besteht fort, wenn Saunders aus seiner Sicht islamfeindliche Behauptungen anführt, sie mit Zitaten zweier Befürworter dieser Thesen unterlegt und dann schreibt, warum sich selbst renommierte Autoren wie Niall Ferguson und Oriana Fallaci aus seiner Sicht irren. So nimmt er sich zum Beispiel der These an, dass der islamische Glaube zu höheren Geburtenraten führe, und versucht diese mit dem Hinweis zu widerlegen, dass die meisten muslimischen Familien in Europa, aber auch in Länder wie dem Iran oder der Türkei inzwischen immer weniger Kinder bekommen.

Allerdings: Wie religiös sind diese Menschen, über die er schreibt, wirklich? Er selbst betont, dass der Großteil der in Europa lebenden Muslime seine Religion gar nicht auslebe, doch was sagt dann dessen Verhalten über gläubige Muslime aus? Und auch wenn Muslime nicht so schnell die Mehrheit der Bevölkerung in Europa stellen werden, so tun sie es doch jetzt schon in zahlreichen Großstadtbezirken und prägen diese in ihrem Sinne, der nicht immer von Toleranz geprägt ist.

Seltsam wird es, wenn er es als Zeichen der guten Integration hervorhebt, dass immerhin 25 Prozent der weiblichen Muslime in Frankreich einen nichtmuslimischen Partner hätten. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass aber 75 Prozent der weiblichen Muslime in ihrer eigenen Religionsgemeinschaft heiraten. Wo ist das bitte ein Zeichen von Integration? Und dass Muslime im nordamerikanischen Bildungssystem erfolgreich sind, ist ein Hinweis, der nichts an dem Umstand ändert, dass der Anteil der Schulabbrecher unter Muslimen in Europa besonders hoch ist. Auch verharmlost er die Einführung von Schariagerichten und lobt, dass sie doch die Kosten im Justizwesen senkten.

Das einzig Lesenswerte an dem Buch sind die historischen Kapitel am Ende, in denen er die Reaktion auf die Flut der irisch- und italienisch-katholischen Einwanderer in die USA und der jüdischen nach England und in die USA nachzeichnet. Und ja, es gibt auch durchaus Parallelen zur muslimischen Zuwanderung, so dass man hoffen kann, dass sich immerhin einige der Probleme bei der Integration in die Gesellschaft eines Tages lösen werden. *R. Bellano*

***Doug Saunders: „Mythos Überfremdung. Eine Abrechnung“**, Blessing, München 2012, geb., 253 Seiten, 18,99 Euro*



Heimatbetrachtung mal anders

Ungewöhnlicher Reiseführer über den märkischen Landstrich Storkow

Irgendwie erinnert die alte Postkarte auf der Rückseite des Buches „Storchenstadt“ aus der Edition Märkische LebensArt an Roms Gründerkinder Romulus und Remus. Statt der beiden, die einer sie nährenden Wölfin ihr Überleben zu verdanken haben, sitzen hier zwei Steppke neben einem Storch. Aber der denkt gar nicht daran, die Kinder zu füttern. Ähnlichkeiten zu Roms Stammvätern gibt es aber dennoch. Harald und Rainer Opolka sind Dichter, Gesellschaftswissenschaftler und Firmengründer. Sie errichteten keine Stadt, was ja noch kommen kann, aber schufen die LED Lenser Taschenlampenfirma „Zweibrüder Optoelectronicss GmbH“ Ende der 90er aus dem Nichts heraus. Inzwischen beschäftigt das Unternehmen schon 1000 Mitarbeiter. Nachdem sie das Schloss Hubertushöhe in Storkow erworben hatten, bauten sie dessen Park zum Kunst- und Literaturpark um und machten das Anwesen der Öffentlichkeit zugänglich.

Bei so viel Ideenreichtum liegt es nahe, dass nun auch ein Buch entstand. Rainer Opolka lebt seit 2012 in Brandenburg. Der ursprünglich aus Bottrop stammende Zwilling ließ seine Gedanken aufs Papier fließen und schenkte seiner Wahlheimat Storkow einen Reiseführer. Wandernd und radelnd hat sich der Autor seine neue Heimat auf Fontanes Spuren im 21. Jahrhundert erschlossen. So sind die 38 Kapitel keineswegs nur Reiseführer, sondern zeitkritische Gedanken, mal laut, mal leise in Erzählungen und Berichte gefasst. Schon allein wegen der Geschichte um einen „handgepflückten Ökoapfel“ sollte man sich das Werk nicht entgehen lassen. Nie kommt die Historie zu kurz. Was steckt hinter seltsamen Ortsbezeichnungen wie „Philadelphia“? Warum schoss der Bürgermeister auf den König? Was hat Napoleon mit Storkow zu tun?

Mit jeder Geschichte, die man liest, wächst die Neugier auf die nächste Episode. Wünschenswert wäre, diese Art der Gebietsbetrachtung für viele Regionen Deutschlands erwerben zu können. Es ist, als ob man mit den Einheimischen spricht. Als ob einem die Bewohner Geschichten erzählen, die sonst nirgendwo zu finden sind. Und man lernt diesen märkischen Landstrich kennen, als wäre man dort zu Hause.

„Man muss selber brennen, um andere begeistern zu können“, sagt der Autor im Prolog. Es ist ihm mit dem Buch mehr als gelungen. *Silvia Friedrich*

***Rainer Opolka: „Storchenstadt. Märkische Impressionen, Spaziergänge & Geschichten“**, Märkische LebensArt, 160 Seiten, 9,80 Euro*

Dreiste Verharmlosung

Massensterben auf den Rheinwiesen kleingeredet – Autoren ideologisch motiviert

Vor rund 25 Jahren hat der kanadische Historiker James Baque mit seinem Buch „Der geplante Tod“ erstmals ein breites Publikum auf das Elend der deutschen Kriegsgefangenen in den US-amerikanischen Rheinwiesenlagern aufmerksam gemacht. Angesichts des deutschen Schuldkomplexes kann es nicht verwundern, dass er heute als „Revisionist“ geächtet ist. Allerdings gibt es mittlerweile mehrere seriöse wissenschaftliche Schriften, die sich kritisch mit seiner Kernaussage und den von ihm angegebenen Verlustzahlen auseinandersetzen. Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden, sondern es soll sein Bewenden mit der Feststellung haben, dass es sich dabei nicht nur um eine wissenschaftliche, sondern vor allem auch um eine geschichtspolitische Debatte handelt.

Kurt Kleemann vom Friedensmuseum Remagen und der Ingenieur Wolfgang Gückelhorn, laut Verlagswerbung beide „renommierte Fachhistoriker“, wollen mit ihrer „Dokumentation“ „Die Rheinwiesenlager in Remagen und Sinzig“ der These vom Massensterben deutscher Kriegsgefangener „Fakten entgegensetzen“. Das ist ein hoher Anspruch, dem man nur mit wissenschaftlichen Methoden und durch umfangreiches Studium von Primärquellen gerecht werden kann. Um das Fazit dieser Buchbesprechung vorwegzunehmen: Diesem Anspruch werden die Autoren bei Weitem nicht gerecht. Das gilt allein schon deshalb, weil die auf zwei Lager fokussierte Betrachtung nicht zu einem gültigen Gesamturteil führen kann. Gleichwohl kommen sie zu dem Schluss, dass „keine Zehntausende hinter dem Stacheldraht gestorben“ seien. Glaubt man der Darstellung, muss es in den Lagern überhaupt recht kurzweilig zugegangen sein. So erfährt der Leser bereits im Geleitwort von Winfried Vogel, pensionierter Bundeswehrgeneral und Vorstandsmitglied des Fördervereins der sogenannten Wehrmachtausstellung, dass „Soldaten und weibliches Wehrmachtsgefolge“ dort „auch ‚Sonnenbäder‘ genommen“ hätten.

Zunächst werden die historischen und rechtlichen Grundlagen der Kriegsgefangenschaft geschildert. Ihr Wissen schöpfen die Autoren hier, man mag es kaum glauben, aus einem Lexikon zum Zweiten Weltkrieg. Das ist als Quellenbasis nicht nur dürftig, sondern für „renommierte Fachhistoriker“ geradezu peinlich. Danach werden die unterschiedlichen Aspekte der Organisation der Gefangenenlager geschildert, alles angereichert durch die Aussagen US-amerikanischer Zeitzeugen und die Wiedergabe mehrerer Berichte von US-Sanitätsdienststellen. Bei der Lektüre wird klar: Das Leben der Kriegsgefangenen war zwar hart aber erträglich. Anschließend kommen deutsche Zeitzeugen zu Wort, in deren Berichten ihr erlittenes Leid schon deutlicher zum Ausdruck kommt.

Rheinwiesenopfer selber Schuld

Die zentrale Frage, die zu beantworten ist, wenn man Baques „unseliges Buch“, so das Geleitwort, widerlegen will, lautet: „Massensterben im amerikanischen Kriegsgefangenenlager?“ Gestellt wird sie indes erst fast am Ende. Und dann widmen die Autoren dem so überschriebenen Kapitel gerade einmal 21 Zeilen, ohne sie auch nur ansatzweise zu beantworten. Stattdessen erfährt der Leser, wie hoch die Todesrate in deutschen Kriegsgefangenenlagern war. Was das soll, erschließt sich dem Rezensenten in keiner Weise. Es passt aber zu dem offensichtlichen Bestreben der Autoren, Ursache und Wirkung herauszustellen, indem sie das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Relation zu dem von der Wehrmacht „verursachten Leid und den großen Schäden“ setzen.

Das Buch ist reich bebildert. Dafür sucht man vergebens nach einem Anmerkungsapparat. Das Literaturverzeichnis führt gerade einmal 35 Titel fast ausschließlich aus der Populärliteratur auf und das Quellenverzeichnis verdient diesen Namen nicht. Selbst von wissenschaftlichen Mindeststandards ist das Werk weit entfernt. Wie jeder Historiker muss auch Baque akzeptieren, dass seine Forschungsergebnisse kritisiert oder widerlegt werden. Und zu ihm gibt es, wie bereits erwähnt, fundierte Gegenstimmen. Das vorliegende Buch hätte zweifellos seinen Wert als Teil einer Orts- oder Regionalchronik. Als Beitrag zur Debatte über die Todeszahl in den Rheinwiesenlagern kann man es dagegen getrost ignorieren (siehe auch Seite 10). *Jan Heitmann*

***Wolfgang Gückelhorn, Kurt Kleemann: „Die Rheinwiesenlager Remagen und Sinzig. Fakten zu einem Massenschicksal“**, Helios, Aachen 2013, geb., 120 Seiten, 26,50 Euro*

Weitere Titel

***Jochen Dehio: „Gold oder Silber – wem gehört die Zukunft?“**, R. G. Fischer, Frankfurt/M. 2013, broschiert, 175 Seiten, 12,80 Euro*

***Joachim Feyerabend: „Gesichter im Nebel“**, Eire Verlag, Salzkotten 2013, broschiert, 276 Seiten, 13,90 Euro*

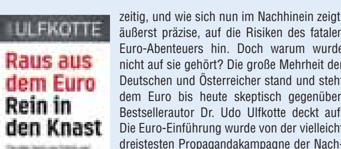
***Mark A. Gabriel: „Israel in Gefahr. Der nächste Schachzug des Islam gegen die Juden“**, Resch, Gräfelfing 2013, broschiert, 225 Seiten, 15,90 Euro*

***Bruno Hollnagel: „Was wird aus unserem Geld. Was noch alles passieren kann – mögliche Chancen und Gefahren“**, signum, Wien 2013, geb., 247 Seiten, 19,99 Euro*

***Gunda Orlov: „Unterwegs. Erinnerungen“**, Karin Fischer Verlag, Aachen 2013, broschiert 536 Seiten, 19,80 Euro*

***Stefan Rochow: „Gesucht, geirrt, gefunden. Ein NPD-Funktionär findet zu Christus“**, Gerhard Hess, Bad Schussenried 2013, kartoniert, 243 Seiten, 19,50 Euro*

Udo Ulfkotte
Raus aus dem Euro - rein in den Knast

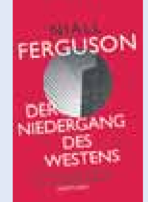


Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?
Mit einem gewaltigen Propaganda-Tsunami wurde der gerade in Deutschland ungeliebte Euro durchgeboxt. Politiker, die Finanzelite und hochbezahlte Medien-Gurus unterzogen die Bürger einer regelrechten Gehirnwäsche. Prominente Euro-Kritiker hingegen wurden verleumdet, diffamiert - und vom Verfassungsschutz bespitzelt! An Mahnungen und Warnungen hatte es nicht gemangelt: Renommierte Wissenschaftler, unabhängige Publizisten, verantwortungsbewusste Notenbanker und sogar Politiker, die sich nicht opportunistisch dem Mainstream anpassen wollen - sie alle wiesen recht-zeitig, und wie sich nun im Nachhinein zeigt, äußerst präzise, auf die Risiken des fatalen Euro-Abenteuers hin. Doch warum wurde nicht auf sie gehört? Die große Mehrheit der Deutschen und Österreicher stand und steht dem Euro bis heute skeptisch gegenüber. Bestsellerautor Dr. Udo Ulfkotte deckt auf: Die Euro-Einführung wurde von der vielleicht dreistesten Propagandakampagne der Nachkriegszeit begleitet. Wo Politiker verantwortungslos handelten und Journalisten ein mediales Trommelfeuer eröffneten, um die Bürger für den Euro sturmreif zu schießen, wurden Kritiker verunglimpft, diskriminiert und in die rechte Ecke gestellt.
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7236

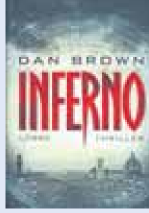
€ 19,95

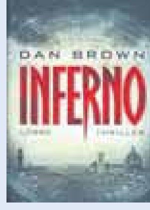


Jürgen P. Fuß
Erdogan - ein Meister der Täuschung
Was Europa von der Türkei wirklich zu erwarten hat
Geb., 296 Seiten + 16 Bilderseiten,
Best.-Nr.: 7145, 19,80 €



Niall Ferguson
Der Niedergang des Westens
Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7237, 18,00 €





Dan Brown
Inferno- Thriller
Geb., 685 Seiten
Best.-Nr.: 7241, € 26,00

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze

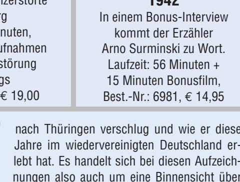


Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Neuwertige Bücher als Mängelexemplare mit leichten Lagerspuren.

Autor	Titel	Preis			Menge	Best.-Nr.:
Jacobs	**Freiwild**			€ 9,95	3	6701
von Münch	**Promotion**	statt € 19,00	nur noch	€ 12,95	5	7243
Argens	**Lügen bis zum Untergang**	statt € 19,80	nur noch	€ 14,95	3	7093
Schnatz	**Luftangriff auf Swinemünde**	statt € 14,95	nur noch	€ 12,95	5	6924
Schacht	**Vereister Sommer**	statt € 19,95	nur noch	€ 14,95	5	7170
Surminski	**Gruschelke und Engelmannke**	statt € 12,95	nur noch	€ 9,95	3	5990
Schüler	**Workuta**	statt € 12,95	nur noch	€ 9,95	3	6458
Höhler	**Die Patin**	statt € 21,95	nur noch	€ 14,95	6	7198
Grandt	**Europa vor dem Crash**	statt € 19,95	nur noch	€ 14,95	4	7081

+++ Nur begenzte Menge vorhanden! +++



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



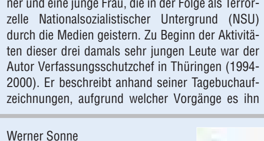
Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte

Dr. Reinhard Schmoeckel begibt sich auf die Suche nach unseren Ahnen, den Indoeuropäern oder Indogermanen. Im Geschichtsunterricht unserer Schulen kommt dieses geheimnisvolle Urvolk nicht vor. Die wissenschaftliche Erforschung unserer Herkunft und damit auch unserer Identität scheint immer noch von Tabus bestimmt zu sein. Der Autor widersetzt sich den herrschenden Denkverboten, indem er die verstreut vorliegenden Erkenntnisse der Archäologen, Sprachforscher und anderer Spezialwissenschaften zusammenträgt und sie zu einer spannend geschriebenen, populärwissenschaftlichen Gesamtdarstellung vereint. Ursprünglich in den Steppen des südlichen Innerasiens beheimatet, begann sich ein Hirten- und Bauernvolk schon vor sechstausend Jahren in immer neuen Auswanderungswellen über ganz Europa und große Teile Asiens auszubreiten. Griechen, Römer, Germanen, Slawen, Kelten, Perser und die frühen arischen Eroberer Indiens - sie alle sind Abkömmlinge des gleichen mysteriösen Hirtenvolkes. Eine ungeheure Dynamik, ein Leistungs- und Gestaltungswillen von beispielloser Kraft müssen diesem Volk seit vorgeschichtlichen Zeiten innegewohnt haben. So sind heute fast alle Europäer deren biologische und geistige Erben.
Reinhard Schmoeckel gelingt es, die Entstehung einer vielfältigen indoeuropäischen Kultur und den wirkmächtigen Aufbruch der sich daraus entwickelnden Völker aus der Vorgeschichte anschaulich zu beschreiben.
Eine faszinierende Entdeckungsreise auf den Spuren unserer Vorfahren.

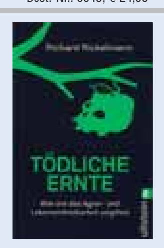
Geb., 587 Seiten
Best.-Nr.: 7244

€ 24,80

Helmut Roewer
Nur für den Dienstgebrauch
Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands

Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf und auf der mutmaßlichen Täterseite zwei jüngere Männer und eine junge Frau, die in der Folge als Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) durch die Medien geistern. Zu Beginn der Aktivitäten dieser drei damals sehr jungen Leute war der Autor Verfassungsschutzchef in Thüringen (1994-2000). Er beschreibt anhand seiner Tagebuchaufzeichnungen, aufgrund welcher Vorgänge es ihn nach Thüringen verschlug und wie er diese Jahre im wiedervereinigten Deutschland erlebt hat. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen also auch um eine Binnensicht über das Zustandekommen und die Schwierigkeiten der Deutschen Einheit. Drastisch schildert Helmut Roewer Verhältnisse, die man sich heute im Jahre 22 der Deutschen Einheit kaum noch vorzustellen vermag. Nicht zum Wenigsten war es eine labile Polizeistruktur, die einen Gutteil seiner Arbeitskraft in Anspruch nahm: Altlasten und unfähige Westimporte lieferten sich erbitterte Auseinandersetzungen, anstatt ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Ähnliches spielte sich in den politischen Parteien ab. Als Drittes kam zügellose Gewalt unter anpolitisierten Jugendlichen hinzu. In diesem brisanten Gemisch entwickelten sich jene Taten, denen wir heute ergebnisoffen gegenüberstehen.
Geb., 279 S. mit zahlreichen Abb., Best.-Nr.: 7240

€ 24,90



Richard Rickelmann
Tödliche Ernte
Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7239, € 9,99



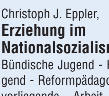
Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Werner Sonne
Staatsräson?

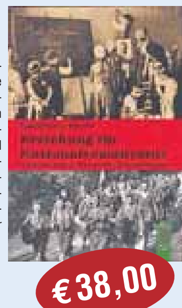


Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet Seit Jahrzehnten versorgt Deutschland den israelischen Staat mit Waffen aller Art, zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen. Darüber hinaus gibt es eine enge militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit, deren Ausmaß kaum bekannt ist. Gehört die Sicherheitsgarantie für Israel zur deutschen Staatsräson, wie Kanzlerin Merkel sagt? Erstmals schildert der langjährige ARD-Korrespondent Werner Sonne die intensive militärpolitische Kooperation beider Länder und stellt die weitgehend tabuisierte Frage, wie weit Deutschland im jederzeit möglichen Ernstfall für Israels Sicherheit haftet.
Sonne hat mit den relevanten Insidern - Geheimdienstchefs, Verteidigungspolitiker, Sicherheitsexperten gesprochen und vor Ort in Israel wie auch in deutschen Archiven recherchiert. Er kennt die deutsch-israelischen Beziehungen seit Jahrzehnten, hat führende deutsche Politiker von Genscher über Merkel bis Gauck auf ihren Israel-Reisen begleitet und vielfach über die deutschen Waffenlieferungen an Israel berichtet. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten, insbesondere des atomaren Showdowns zwischen Israel und Iran, ist sein Buch von höchster Aktualität und Brisanz.
Geb., 249 Seiten
Best.-Nr.: 7238

€ 19,99



Christoph J. Eppler,
Erziehung im Nationalsozialismus
Bündische Jugend - Hitlerjugend - Reformpädagogik Die vorliegende Arbeit untersucht, angeregt u. a. durch die Werke „Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend“ und „Hitlers Pädagogen“ des Göttinger Erziehungswissenschaftlers Hermann Giesecke, die Geschichte der deutschen Jugend, primär in der Zeit von 1890-1945.
Geb., 774 Seiten
Best.-Nr.: 7233



€ 38,00



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Gutes aus der alten Heimat
Die besten Rezepte aus Böhmen, Ostpreußen, Schlesien Lecker war's, in der geliebten Heimat Ostpreußen, Schlesien und Böhmen stehen für Freude am Genuss vieler guter Dinge des täglichen Bedarfs Liebevolle Zubereitung bester Zutaten in traditionellen Rezepten Der Duft einer Lieblingsspeise aus Kindertagen lässt uns in Gedanken heimreisen, und es ist ein Segen, dass viele Rezepte über Generationen überliefert wurden und noch heute zubereitet werden können wie damals.
Lassen wir also die alte Heimat durch den Genuss der Köstlichkeiten ein wenig aufleben und wünschen auch denjenigen, die sie neu entdecken, viel Freude daran und guten Appetit!



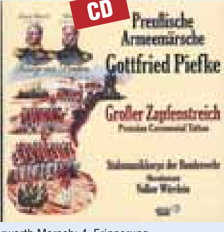
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7234

€ 14,99



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

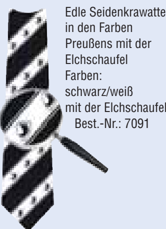
Pro Patria, Märsche und Lieder



1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Juli-Aktion*



Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie kostenlos dazu
1 Ex: Nidden und seine Maler, brosch., 43 S.

*gültig so lange der Vorrat reicht

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 28/13
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Estland würdigt seine Waffen-SS

Reval – Estlands Verteidigungsminister Urmas Reinsalu hat anlässlich des 21. Treffens ehemaliger estnischer Waffen-SS-Angehöriger in Reval [Tallinn] den Veteranen abermals für ihren Einsatz im Krieg gedankt. Schon im vergangenen Jahr hatte der Minister die Waffen-SS-Männer gewürdigt, im Jahre 2011 dankte ihnen auch das Parlament für ihren Einsatz. Die Veteranen sind in der „Union der Kämpfer für die Freiheit Estlands“ zusammengeschlossen. *H.H.*

Grüner muss ins Gefängnis

Potsdam – Der ehemalige Schatzmeister des brandenburgischen Landesverbandes der Grünen, Christian Goetjes, muss für dreieinhalb Jahre ins Gefängnis. Laut Urteil des Landgerichts Potsdam hat Goetjes seit Anfang 2009 aus der Parteikasse 270000 Euro veruntreut. Goetjes behauptet, er habe davon 160000 Euro aus Mitleid an Prostituierte weitergegeben. Mit einem fünfstelligen Betrag hatte er sich im Februar 2011 nach Bulgarien abgesetzt. *H.H.*

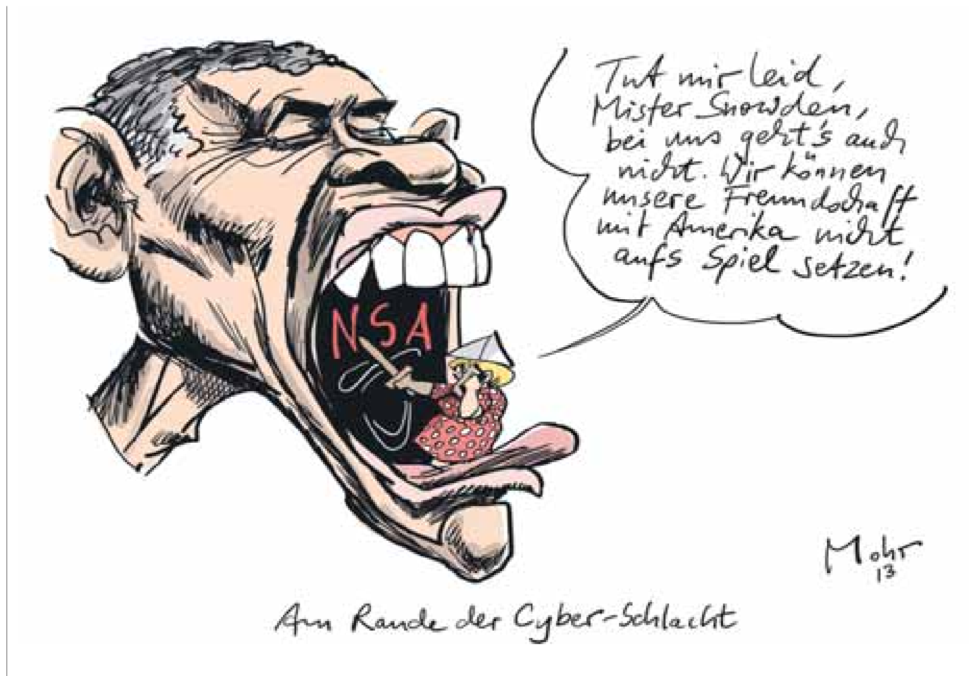
ZUR PERSON

Unglücklicher Geldvernichter

Dass zu viel Geld auch nicht immer ein Segen ist, davon kann **Ulrich Reineke**, Leiter des Geschäftsbereichs Finanzen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, ein Lied singen. Fast 28 Milliarden Rücklagen verwaltet seine Abteilung derzeit, was beim niedrigen Zinsniveau dieser Tage keine leichte Aufgabe ist. Denn natürlich soll das Geld für die deutschen Rentner sicher angelegt sein, doch der Zinssatz für relativ sichere Anlagen liegt so gut wie bei null. Und da die Inflation bei über zwei Prozent liegt, verliert das Geld Monat für Monat an Wert.

„Wir haben natürlich deutlich negative Realrenditen“, so Reineke, der aber immerhin den deutschen Rentnern versichern kann, dass das 1,5-fache der monatlichen Rentenausgaben existent ist. Doch das ist natürlich auch nicht so viel, daher darf das Geld nie langfristig angelegt werden. Bei über 40 Banken lässt der Familienvater seine Mitarbeiter das Geld maximal zwölf Monate anlegen, infrage kommen Termingelder, Staatsanleihen oder Schuldverschreibungen privater Unternehmen. Staatsanleihen von Euro-Krisenstaaten meidet Reineke. Das führt aber dazu, dass die Rendite 2012 insgesamt nur bei 0,5 Prozent lag, 2013 dürften es 0,3 Prozent werden. Diesen niedrigen Wert hat der Bundesrechnungshof schon gerügt. Und er hat der Politik die Argumente an die Hand gegeben, Reineke an die Reserven zu gehen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hätte die Rücklagen, bevor sie schließlich jeden Monat etwas weniger wert sind, gern als Mütterrente verteilt. Doch nun sieht es so aus, als würde der Beitragssatz 2014 von derzeit 18,9 Prozent auf 18,4 Prozent gesenkt. Das freut die Arbeitnehmer und nimmt Reineke die Last der Milliarden, indem jeden Monat mehr ausgegeben als eingenommen wird, so dass die Rücklagen verfrühstückt werden. *Bel*





Am Rande der Cyber-Schlacht

Wir haben gewonnen!

Warum uns die Ami-Spionage stolz machen sollte, wie man seine Dankbarkeit behält, und wie man die Frauenbewegung besiegt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Amis spionieren uns also aus wie kein anderes Land, während sie ihre angelsächsischen Brüder in England, Kanada, Neuseeland und Australien ganz und gar in Ruhe lassen. Darüber geben sich in Berlin nun alle beleidigt, weil sie sich viel näher am Busen der Supermacht gewähnt hatten und sich nun schnöde verstoßen fühlen.

Indes, man könnte die Sache auch ganz anders sehen: Die USA betrachten die vier scheinbar privilegierten Länder wie ihre Protektorate. So wie einst die „Dominions“ im Britischen Kolonialreich: Da die so gut wie gar keine eigene Außenpolitik betreiben, ohne Washington um Erlaubnis zu fragen, lohnt es auch nicht, sie auszuforschen. Seit wann interessiert sich der Schachspieler für die „Gedanken“ im Kopf seines Bauern auf dem Spielbrett? Ja, Bauern: Sind es nicht gerade diese vier Länder, die stets bereit sind, ihre Soldaten sofort ins Gemetzel zu werfen, wenn zwischen Wall Street und Washington beschlossen wurde, Krieg zu führen?

Australien, Neuseeland und Kanada sind demnach aus den Fittichen des Britischen Empires gleich in die Klauen des amerikanischen Weltreichs geraten, ohne zwischendurch jemals das Licht der Unabhängigkeit erblickt zu haben. Arme Teufel!

Wir dagegen! Abgehört wie keiner sonst, was nichts anderes bedeuten kann, als: Wir sind interessant, stehen gar unter dem Verdacht, eigene Ideen und Ziele zu haben, die wir sogar den Amis nicht verraten, weshalb die solchen Aufwand treiben, an Informationen zu gelangen.

Die Frage ist allerdings: Wer sind eigentlich „wir“? Ist damit auch unsere Regierung gemeint? Da fangen die Zweifel an. Während fremde Mächte mit allen Mitteln versuchen, an unsere industriellen Geheimnisse zu gelangen, hat Berlin dem deutschen BND Industriespionage untersagt. Merkwürdig, nicht wahr?

Die dürfen, wir nicht? Unser Verhältnis zu gewissen Freunden scheint ein wenig schief zu hängen, „Augenhöhe“ hatten wir uns anders vorgestellt. Da die Schieflage nun nicht mehr abzustreiten ist, mühen sich die verantwortungsbewussten Geister in unserem Land, das schräge Verhältnis zu rechtfertigen.

Sie zählen auf, was wir Amerika alles zu verdanken haben: die Demokratie, Care-Pakete, Marshall-Plan, die Berliner Luftbrücke und jahrzehntelangen Schutz vor den Kommunisten. Das stimmt einen in der Tat alles sehr dankbar. Zur Dankbarkeitspflege ist es allerdings unabdingbar, dass man im Geschichtsbuch keine einzige Seite weiter zurückblättert, als es dem prachtvollen Gesamtbild zuträglich ist.

Wer sich verblättert, landet sonst unversehens auf dem 6. April 1917. Damals erklärten die USA Deutschland den Krieg, sorgten so für den Sieg der aggressiven Entente-Mächte und stießen damit das Tor zur Hölle auf. Ohne die USA wäre es vermutlich zu einem auskömmlichen Erschöpfungsfrieden gekommen, so aber ermöglichte Washington die historische Katastrophe von Versailles. Den blutigen Rest kennen wir.

> Wo sie keine Ordnungsmacht benötigen, muss man den Bedarf eben schaffen: durch Chaos

Wie gesagt, wer seine Dankbarkeit ungetrübt genießen will, der sollte diese Seiten der Geschichte lieber geschlossen halten. Aus amerikanischer Sicht stellt sich die Geschichte sowieso ganz anders dar: Bis vor hundert Jahren hatte Europa eine wackelige Ordnung, die es ganz gut ohne fremde Einmischung erhalten konnte. Nachdem der Kriegseintritt der USA 1917 das fragile europäische Gleichgewicht aus den Angeln gehoben hatte, konnte davon keine Rede mehr sein. Entsetzliche Gestalten und Bewegungen quollen aus den Trümmern der 1918 zertretenen alten Ordnung, Nationalsozialisten, Kommunisten, Faschisten, das ganze Gruselkabinett. Das war die Gelegenheit für Washington, als Europas Schutzmacht die Bühne zu betreten. Insofern ist doch alles glatt gegangen – aus US-Perspektive.

Manchmal scheint sich die große Geschichte im Kleinen zu wiederholen: Auch in Syrien setzt Washington alles daran, als Ordnungsmacht gebraucht zu werden. Der erste Schritt dahin ist, wie damals in Europa, die Zerschlagung der alten Ordnung. Allerdings kommt man nicht recht voran. Assad sollte längst weg sein. Nun lässt der Chef des US-Generalstabs, Marin Dempsey, verlauten, der Konflikt könne bis zu zehn Jahre dauern.

Das ist aber lang. Andererseits, was sind schon zehn Jahre im Spiegel der Weltgeschichte, und zudem: Nach einem so langen Krieg ist zumindest sichergestellt, dass in dem Land gar nichts mehr steht. Umso unentbehrlicher werden dann auswärtige Schutzmächte sein, die sich aufopferungsvoll um die Ausbeutung der reichen Rohstoff... wollte sagen: die sich aufopferungsvoll um das Wohl der armen Menschen kümmern.

Die USA tun im Nahen Osten wirklich ihr Bestes. Daher kann Außenminister John Kerry auch nicht verstehen, warum in Ägypten das Gerücht aufgekommen ist, Washington unterstütze die islamistischen Muslimbrüder, die das Land in einen Bürgerkrieg stürzen wollen wie ihre US-gesponserten Kampfgefährten in Syrien. Alles anti-amerikanische Vorurteile, klärt uns Kerry auf. Islamisten unterstützen? Niemals würden die USA so etwas tun.

Schließlich haben wir es dem amerikanischen Geheimdienst zu verdanken, dass wir wichtige Infos über die islamistische „Sauerland-Gruppe“ erhalten haben, bevor die ihre Bombe zünden konnte. Die Gruppe soll in Kontakt zu Al-Kaida gestanden haben!

Sie wissen doch, Al-Kaida, jenes schreckliche Islamisten-Netzwerk, dass in den 1980er Jahren in Afghanistan aufgebaut wurde mit massiver Hilfe der US-Geheim... ach, verdammt! Es nervt, wenn man immer an derselben Stelle rauskommt, egal, welche verschlungenen Pfade der Recherche man auch gegangen ist.

Dabei ist die schrille Liebe zum Islamismus beileibe keine amerikanische Spezialität: SPD-Chef Sigmar Gabriel verkündete beim Podiums-Plausch mit einer Kopftuchträgerin: „Wenn Sie die erste ‚Tagesschau‘-Moderatorin werden, die so auftreten kann mit einem Kopftuch, dann haben wir gewonnen.“ Ah ja, schon wieder „wir“, und schon wieder wissen wir nicht, wer damit gemeint ist.

Das hat doch was: Bald 150 Jahre lang streiten Frauen, immer mit besonderer Unterstützung der SPD, für ihre Befreiung von Zwängen aller Art. Es wird darüber gestritten, ob der Kampf bereits siegreich beendet ist. Feministinnen bestreiten das natürlich, sie würden ja arbeitslos. Aber nehmen wir mal an, eines Tages sind sich wirklich alle einig, dass die Gleichberechtigung der Frau nun auf allen Ebenen erreicht ist – und im Fernsehen verkündet das eine Sprecherin unter züchtig-islamischem Kopftuch mit der frohen Botschaft: „Wir haben gewonnen!“

Kann Weltgeschichte nicht witzig sein? Indes: Schon die alten Griechen wussten, dass der Humor der Götter bisweilen grausam daherkommt. Ihr Hang zu ätzender Ironie hat noch jeden Dampfplauderer, Eiferer und Dummschwätzer gnadenlos überführt.

Anfang des 20. Jahrhunderts beklatschte die SPD den Abschied von reinen Jungen- und Mädchenklassen. Anfang des 21. Jahrhunderts fordert SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück einen nach Geschlechtern getrennten Sportunterricht, wenn Moslems das wünschen.

Die Gegner der Frauen-Emanzipation haben allen Grund, sich grün und blau zu ärgern. Warum sind sie darauf nicht selber gekommen? Abgemüht haben sie sich mit scheinwissenschaftlichen Argumenten, um die Gleichberechtigung aufzuhalten: Bildung mache Frauen krank, von Politik verstünden sie nichts, Erwerbsarbeit sei für Damen der besseren Gesellschaft entwürdigend ... was nicht alles. Hätten sie stattdessen doch bloß behauptet, die Forderungen der Suffragetten beleidigten ihre „religiösen Gefühle“ und bedrohten sie mit „kultureller Entwurzelung“! Die Frauenbewegung wäre am Ende gewesen, noch bevor sie begonnen hätte. Und von einer Alice Schwarzer hätten wir nie etwas erfahren.

MEINUNGEN

__Axel B. C. Krauss__ kommentiert am 3. Juli im Internet-Portal der Zeitschrift „eigentümlich frei“ den __neuesten Zuwachs bei der EU__ mit Sarkasmus:

„Der jüngste Beitritt des ‚Sorgenkandidaten‘ Kroatien zur (Europäischen) Union ließe sich wie folgt beschreiben: Ein taumelnder Einbeiniger mit Muskelschwäche steckt sich eine weitere entsicherte Handgranate an den Gürtel und ruft EUphorisch: ‚Das fetzt!‘.“

Der Enthüller der massenhaften Spionage durch den US-Geheimdienst NSA, __Edward Snowden__, verbreitete über „Wikileaks“ am 1. Juli die Vermutung, dass gar nicht er es ist, vor dem __Washington sich fürchte__:

„Letztlich fürchtet sich die Obama-Regierung nicht vor Whistleblowern [Kronzeugen illegaler Praktiken] wie mir, Bradley Manning oder Thomas Drake. Wir sind staatenlos, eingesperrt oder machtlos. Nein, die Obama-Regierung fürchtet sich vor euch. Sie fürchtet sich vor einer informierten, zornigen Öffentlichkeit, die jene verfassungstreue Regierung einfordert, die ihr versprochen wurde.“

Bei allem Ärger über den __US-Abhörskandal__ warnt __Roland Jahn__, Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, im „Focus“ vom 1. Juli davor, die NSA mit der __Stasi zu vergleichen__:

„40 Jahre lang hat die Stasi Informationen über sie (die Bürger der DDR) gesammelt und diese Informationen benutzt, um die eigenen Bürger an der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu hindern ... Die Dokumente mit Planungen von ‚Maßnahmen‘ gegen Menschen, die ihre Rechte wahrnehmen wollten, füllen Kilometer um Kilometer von Regalen im Archiv ... Manipulierte Lebensläufe. Zerstörte Karrieren. Gestohlenes Leben. Hier hat ein Staat menschenrechtswidrig Informationen gesammelt und damit seine eigenen Bürger kaltgestellt – aus Angst vor deren Freiheitswillen.“



Dass SPD-Chef __Sigmar Gabriel__ öffentlich von Tagesschau-Sprecherinnen mit islamischem __Kopftuch__ schwärmt, findet Nachrichten-Mann __Peter Hahne__ völlig verfehlt. In der „Bild“-Zeitung (7. Juli) schreibt er:

„Nachrichtensprecherinnen mit Kopftuch kennen wir aus dem TV im Irak, eine der ersten Anordnungen der Muslimbrüder in Ägypten nach ihrer Wahl vor einem Jahr. Auch davon wollen sich die Frauen befreien, die jetzt unter Lebensgefahr auf dem Kairoer Tahrir-Platz demonstrieren. Ein Grund, warum man im modernen Istanbul weniger Frauen mit Kopftuch sieht als in Berlin-Kreuzberg. Denn das Kopftuch ist keine folkloristische Textilie einer Religion, es gilt auch als Symbol für Unterdrückung. Die Frauenrechte schienen bisher bei linken Männern gut aufgehoben. Oder endet diese Freiheit etwa vor der Haustür von Muslima?“

